

Sitzungsbericht

12. Sitzung der Tagung 2004 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 29. April 2004

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 444).
(Ltg. 151/E-1/1 mehrheitlich angenommen, Resolutionsanträge Abg. Weiderbauer abgelehnt.)
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 444).
3. Ltg. 202/A-8/6: Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Chance und Herausforderung aus der EU-Erweiterung für Niederösterreich“.
Redner: Abg. Mag. Wilfing (Seite 446), Abg. Mag. Motz (Seite 449), LR Mag. Mikl-Leitner (Seite 451), Abg. Kadenbach (Seite 454), Abg. Honeder (Seite 457), Abg. Waldhäusl (Seite 458), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 460), Abg. Mag. Renner (Seite 463), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 464).
5. Ltg. 208/B-35/1: Antrag des Kultur-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2003.
Berichterstatter: Abg. Schittenhelm (Seite 479).
Redner: Abg. Mag. Ram (Seite 479), Abg. Weiderbauer (Seite 480), Abg. Dworak (Seite 481), Abg. Hiller (Seite 483).
Abstimmung (Seite 485).
(einstimmig angenommen.)
4. Ltg. 151/E-1/1: Antrag des Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend die Forderung des Jugendkongresses vom 3. Dezember 2003 an den Landtag von Niederösterreich.
Berichterstatter: Abg. Mag. Wilfing (Seite 466).
Redner: Abg. Cerwenka (Seite 467), Abg. Maier (Seite 468), Abg. Mag. Ram (Seite 470), Abg. Weiderbauer mit Resolutionsantrag betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25, Resolutionsantrag betreffend Senkung des passiven Wahlalters für Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre, Resolutionsantrag betreffend Senkung des Wahlalters bei Gemeinderats- und Landtagswahlen auf 16 Jahre (Seite 471), Abg. Thumpser (Seite 475), Abg. Adensamer (Seite 477).
Abstimmung (Seite 479).
6. Ltg. 214/A-1/14: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Kautz u.a. betreffend Führung und Betrieb der Landeskrankenanstalten durch den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds für die Bereiche Gesundheit – Soziales (NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetz)).
Berichterstatter: Abg. Hiller (Seite 485).
Redner: Abg. Mag. Ram (Seite 485), Abg. Dr. Krismer (Seite 486), Abg. Kautz (Seite 489), Abg. Mag. Heuras (Seite 492), Abg. Mag. Fasan (Seite 091), Abg. Kautz (Seite 495).
Abstimmung (Seite 495).
(mehrheitlich angenommen.)
7. Ltg. 135/A-2/12: Antrag des Verkehrs-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Sacher, Dipl.Ing. Toms u.a. betreffend Finanzierung dringend notwendiger Investitionen auf der Mariazeller- und Ybbstalbahn.

Berichterstatter: Abg. Razborcan (Seite 495).

Redner: Abg. Sacher (Seite 496), Abg. Hofmayer (Seite 497), Abg. Dr. Nasko (Seite 498), Abg. Waldhäusl (Seite 501), Abg. Mag. Fasan (Seite 502), Abg. Ing. Gratzner (Seite 505), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 506).

Abstimmung (Seite 507).
(*einstimmig angenommen.*)

- 8.1. Ltg. 211/S-5/6: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Stockerau, Neuerrichtung.

Berichterstatter: Abg. Maier (Seite 507).

- 8.2. Ltg. 212/S-5/7: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Wallsee, Neuerrichtung.

Berichterstatter: Abg. Herzig (Seite 508).

Redner zu 8.1. – 8.2.: Abg. Ing. Gratzner (Seite 508), Abg. Hinterholzer (Seite 509).

Abstimmung (Seite 510).

(*beide Anträge einstimmig angenommen.*)

9. Ltg. 213/H-11/5: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend a.ö. Krankenhaus Zwettl, Zu- und Umbau mit Hubschrauberlandeplatz, Freigabe der Gesamtkosten (Phase 2).

Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 510).

Redner: Abg. Honeder (Seite 510), Abg.

Waldhäusl (Seite 511).

Abstimmung (Seite 511).

(*einstimmig angenommen.*)

10. Ltg. 210/B-46: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Berufsschulbaufondsgesetz 1973 – Aufhebung.

Berichterstatter: Abg. Findeis (Seite 511).

Abstimmung (Seite 512).

(*einstimmig angenommen.*)

11. Wahl des Landesrechnungshofdirektors.

Redner: Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 512).

12. Ltg. 209/A-1/13: Antrag des Sozial-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Schittenhelm u.a. betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 und Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Schittenhelm und Vladyka betreffend Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993.

Berichterstatter: Abg. Dipl.Ing. Eigner (Seite 513).

Redner: Abg. Mag. Ram (Seite 514), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 514), Abg. Rosenmaier (Seite 515), Abg. Schittenhelm mit Abänderungsantrag und Resolutionsantrag betreffend Änderung des § 13 Bundespflegegeldgesetzes (Seite 517), Abg. Vladyka (Seite 519).

Abstimmung (Seite 519).

(*Abänderungsantrag und Ltg. 209/A-1/13 mehrheitlich angenommen, Resolutionsantrag Abg. Schittenhelm einstimmig angenommen.*)

Präsident Mag. Freibauer (*um 13.00 Uhr*):
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich nur für den Beginn entschuldigt Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi und Herr Landesrat Schabl. Beide werden aber zu einem späteren Zeitpunkt eintreffen.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

- Ltg. 214/A-1/14 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Führung und Betrieb der Landeskrankenanstalten durch den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetzes) – dieses Geschäftsstück habe ich am

21. April 2004 dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen und steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 212/S-5/7 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Wallsee, Neuerrichtung - und
- Ltg. 208/B-35/1 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 2003 - dieses Stück habe ich am 15. April 2004 dem Kultur-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 213/H-11/5 - Vorlage der Landesregierung betreffend a. ö. Krankenhaus Zwettl, Zu- und Umbau mit Hub-schrauberlandeplatz, Freigabe der Gesamtkosten (Phase 2) - diese Stücke habe ich am 21. April 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und sie stehen ebenfalls nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 218/A-2/14 - Antrag der Abgeordneten Razborcan, Dipl.-Ing. Eigner, Mag. Fasan, Mag. Ram u.a. betreffend beabsichtigte Auflösung des Bezirksgendarmeriekommandos Wien-Umgebung - dieses Stück weise ich dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zu.
- Ltg. 215/H-11/6 - Vorlage der Landesregierung betreffend Waldviertelklinikum, Standort Allentsteig, Neubau einer Neurorehabilitation - dieses Stück weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zu.
- Ltg. 209/A-1/13 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Schittenhelm u.a. betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 - dieses Stück habe ich ebenfalls am 15. April 2004 dem Sozial-Ausschuss zugewiesen. Nach abschließender Behandlung in der Sitzung des Sozial-Ausschusses am 27. April 2004 setze ich dieses Geschäftsstück, wie angekündigt, auf die heutige Tagesordnung, und zwar als letzten Verhandlungsgegenstand.
- Eingelangt sind die Anfragen:
- An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:
- Ltg. 203/A-4/42 - Anfrage der Abgeordneten Thumpser und Gartner betreffend die kolportierte Einstellung des Bahnbetriebes zwischen Hainfeld und Weißenbach/Triesting.
- Ltg. 204/A-4/43 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Ram betreffend Nitsch-„Blutbild“ im Weinviertel Klinikum.
- An Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop:
- Ltg. 205/A-4/44 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Ram betreffend Nitsch-„Blutbild“ im Weinviertel Klinikum.
- An Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi:
- Ltg. 216/A-4/45 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Aufsicht über Gemeindefinanzen.
- Ltg. 210/B-46 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landesberufsschulbaufondsgesetz 1973 - Aufhebung - dieses Stück habe ich am 20. April 2004 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss ebenfalls auf der heutigen Tagesordnung.
- Die folgenden drei Geschäftsstücke, nämlich:
- Ltg. 211/S-5/6 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Stockerau, Neuerrichtung, -
- An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:
- Ltg. 206/A-5/55 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Ram betreffend Nitsch-„Blutbild“ im Weinviertel Klinikum.

Ltg. 207/A-5/56 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Umbau des Gesundheitssystems in Niederösterreich und Rechtsträgerschaft der niederösterreichischen Krankenanstalten.

An Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank:

Ltg. 217/A-5/57 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Leichtfried betreffend Agrarförderungen.

Die Anfragen wurden an die befragten Regierungsmitglieder weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen:

Von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 177/A-4/35, zu Ltg. 184/A-4/36, zu Ltg. 191/A-4/39 und zu Ltg.-192/A-4/40; von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi zu Ltg. 187/A-4/37 und zu Ltg. 189/A-4/38; von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 200/A-5/54; von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank zu Ltg. 180/A-5/48, zu Ltg. 181/A-5/49, zu Ltg. 182/A-5/50 und zu Ltg. 188/A-5/52; von Herrn Landesrat Schabl zu Ltg. 183/A-5/51.

Am 16. April ist ein Antrag der Abgeordneten Klubobmann Mag. Schneeberger, Klubobmann Weninger, Klubobfrau MMag. Dr. Petrovic und Fraktionsobmann Mag. Ram betreffend Wiederbestellung des Landesrechnungshofdirektors, Ltg. W/7 eingelangt. Der unterfertigte Vierparteiantrag wurde dem Rechnungshof-Ausschuss am 22. April 2004 zur Kenntnis gebracht. Es findet daher heute unter Tagesordnungspunkt 11 die Wahl des Landesrechnungshofdirektors statt.

Weiters eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Sitzung am 29. April zum Thema „Chance und Herausforderung aus der EU-Erweiterung für Niederösterreich“, Ltg. 202/A-8/6.

Es wird beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen!

Bevor wir in die Behandlung der Tagesordnung eingehen, möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung

kommt. Die Gesamtredezeit dafür setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidiale beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 600 Minuten ohne Aktuelle Stunde fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 264 Minuten, der SPÖ 186 Minuten, den Grünen 90 Minuten und der FPÖ 60 Minuten zu. Weiters halte ich fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter dieses Kontingent fallen.

Für die Aktuelle Stunde gilt gemäß dem Redezeitmodell die Verteilung von 90 Minuten zwischen der Fraktionen im Verhältnis 44:31:15:10. Das sind für die ÖVP 39,36 Minuten, wobei für den als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten noch 15 Minuten hinzutreten, also heute für die ÖVP 54,36 Minuten. Für die SPÖ 27,54 Minuten, für die Grünen 13,30 Minuten, für die FPÖ 9 Minuten.

Bevor wir nun zur Aktuellen Stunde kommen, darf ich herzlich hier im Landtag namens des Landtages die vielen Besucher begrüßen. Unter anderem die Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Akademie Krems unter der Leitung von Herrn Univ. Doz. Prof. Dr. Loschek, herzlich willkommen. *(Beifall im Hohen Hause.)* Und die Schülerinnen und Schüler und Lehrer der Hauptschule Kirchberg am Wagram unter Leitung von Herrn Fachlehrer Bürgermeister Geier Franz. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Für alle Besucher, weil es so viele sind, möchte ich auf unsere Hausordnung hinweisen. Wenn Ihnen ein Redebeitrag gefällt, dann dürfen Sie heute trotzdem nicht applaudieren und auch keine Missfallkundgebungen von sich geben, das dürfen nur die Abgeordneten hier im Saal.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Mag. Wilfing (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Geschätzte Landesregierungsmitglieder! Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Träume sind oft die stärkste Realität. Viele Generationen über viele Jahrhunderte haben sich nach der Verwirklichung eines geeinten, eines friedlichen Europa gesehnt. Übermorgen wird diese Idee Wirklichkeit! Wir alle sind stolz darauf, dass mit dem 1. Mai 2004 zehn neue Mitgliedstaaten

dieser Europäischen Union beitreten werden und damit die Teilung des Nachkriegs-Europa endgültig der Vergangenheit angehören wird und darüber hinaus damit auch noch eine friedliche Zukunft uns bevorsteht. Und das ist das Sensationelle dabei, dass das in einer Phase geschehen ist, nicht nur Konflikte, nicht durch Kriege wie das bisher immer der Fall war, wenn sich Staaten, wenn sich die Bilder vergrößert haben, sondern in einem Wiedervereinigungsprozess aus freien Stücken, gestützt auf klare, demokratische Entscheidungen aller Beteiligten und das mit großen Mehrheiten in allen beteiligten Ländern Europas.

Wir alle erhoffen uns von dieser Erweiterung einen dauerhaften Frieden für Europa. Wir erhoffen uns, und müssen alle unseren Beitrag leisten, dass es damit zu mehr Stabilität aber auch zu mehr Wohlstand für uns alle kommt und dass wir uns als Mitglieder dieser großen europäischen Familie alle gemeinsam dafür einsetzen und unsere Kräfte und Fähigkeiten dafür einbringen, dass Wachstum und Wohlstand in Zukunft hier zunimmt, dass es eine kulturelle, eine regionale Vielfalt in Europa gibt und dass wir damit ein noch anregender Ort zum Leben, zum Arbeiten und zum miteinander Leben werden.

Ganz kurz im Zeitraffer: Wie rasch das von der Grenzöffnung 1989 ging, wir haben alle noch die Bilder von Alois Mock und Jiri Dienstbier vor uns wie sie in Laa a.d. Thaya den Eisernen Vorhang durchschnitten haben. Und es war dann schon 1993, im Juni, wo der Europäische Rat sich dafür entschieden hat dass alle assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas, die dies wünschen, auch Mitglied der Europäischen Union werden sollen. Und im Dezember 1997 hat dann dieser gleiche Europäische Rat die Bedingungen festgelegt unter denen das geschehen kann. Und es war dann Dezember 2002, kaum fünf Jahre danach, wo wieder dieser Europäische Rat diese Beitrittsverhandlungen mit den zehn Bewerberländern abgeschlossen hat und damit die insgesamt fünfte Erweiterung zum Abschluss gebracht hat. Nach der Gründung 1957 war ja die erste Erweiterung 1973 mit Dänemark, Irland, Großbritannien, 1981 Griechenland, 1986 Portugal und Spanien und dann 1995 Österreich, Finnland und Schweden.

Und wir alle wissen, dass diese Erweiterung – und das ist auch das Thema dieser heutigen Aktuellen Stunde – natürlich auch für Europa eine große Herausforderung bedeutet. Aber gerade für uns Niederösterreicher auch sehr sehr viele und große Chancen. Zum Einen nocheinmal: Es ist ein großes Friedensprojekt, weil wir uns erhoffen, dass damit

die Sicherheit aller beteiligten Völker verbessert wird.

Darüber hinaus erhoffen, erwarten und werden wir auch unseren politischen Beitrag dazu leisten, dass es auch dazu kommt, dass mit der Zunahme der EU-Gesamtbevölkerung um mehr als 100 Millionen Menschen und im Gesamten um zirka ein Fünftel, dass diese Länder auch eine starke, gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung hier beschreiten werden und dass es positive Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft sowohl der alten als auch der neuen Mitgliedstaaten hat und es damit auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze kommt.

Und es wird, und davon bin ich ganz überzeugt, für alle Bürger Europas jedenfalls zu einer Verbesserung ihrer Lebensqualität führen, da diese neuen Mitgliedstaaten und damit auch unsere Nachbarn, eine Reihe von Vorgaben im Bereich des Umweltschutzes sowie im Kampf gegen Kriminalität, Drogenhandel und illegale Einwanderung umsetzen müssen. Und es wird auch dazu kommen, dass wir uns wieder stärker und etwas stärker als vielleicht bisher als Europäer fühlen und unsere Außen- und Sicherheitspolitik, unsere Handelspolitik besser aufeinander abstimmen und damit auch in der globalisierten Welt mit einer Sprache, damit aber auch mit einer Kraft uns mit einer sehr, sehr großen Koordination hier auftreten werden.

Viele Vorteile sind schon im Vorprozess offensichtlich geworden. Zum Einen, und ich glaube, das können wir alle heute feststellen, sind die Demokratien in diesen neuen Mitgliedstaaten – und auch das war etwas, was wir uns vor 11, 14 Jahren vielleicht noch gar nicht so vorstellen konnten – als stabile Demokratien anzusehen.

Es ist festzustellen, dass sich die wirtschaftlichen Reformen in diesen Ländern bewährt haben, dass es zu hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten dort gekommen ist. Im Schnitt doppelt so hoch wie der derzeitige EU-Durchschnitt. Und dass es auch in diesen Ländern damit zu besseren Aussichten am Arbeitsmarkt geführt hat. Und wovon wir uns sehr viel erhoffen, und da werden auch die Chancen für Niederösterreich liegen, ist, dass die Europäische Union gegenüber diesen Beitrittsländern einen Handelsüberschuss von annähernd 18 Milliarden Euro im Jahr erzielt, wodurch wiederum in allen Mitgliedstaaten Arbeitsplätze geschaffen werden und die Wirtschaft verstärkt wird.

Mit dieser Erweiterung rücken wir endgültig vom Rande Europas in das Herz Europas, von der Randzone werden wir zur Kernzone. Und genau

diese Chancen inmitten des Herzens von Europa müssen wir nutzen, weil damit große, wirtschaftliche Vorteile verbunden sind und weil gerade die Länder Mittel- und Osteuropas auch starke Wachstumsmotoren für unsere Wirtschaft sein können, sein werden und wir uns darauf natürlich zeitgerecht vorzubereiten hatten.

Jede Veränderung, und das spüren wir auch im Gespräch mit den Menschen, bewirkt natürlich auch, dass es Ängste dazu gibt. Es ist in der Spezies Mensch begründet dass jede Änderung natürlich auch Ängste, Vorsicht mitbegründet. Und es war daher auch wichtig, diese Ängste wahrzunehmen, diese Ängste zu hören, mit den Menschen darüber zu reden und von der Politik her klare Antworten zu geben. Denn das zweite Gute am Menschen ist ja dass er neben den Ängsten auch ein Unternehmer ist und auch bereit ist, selbst etwas zu riskieren. Und darauf begründet auch sofort wieder neue Initiativen ergreift. Und es war auch bei uns in Niederösterreich so, dass die Politik hervorragend reagiert hat: Mit Landeshauptmann Dr. Pröll an der Spitze das Fitnessprogramm gestartet hat. Und dieses Fitnessprogramm hat dazu geführt, dass wir eben fit für die Erweiterung geworden sind, dass gerade auch unsere Grenzregionen bestens auf diesen 1. Mai vorbereitet worden sind und dass insgesamt mehr als 490 Millionen Euro von Landesseite, von Bundesseite, auch von der EU Fördermittel eingesetzt worden sind, womit insgesamt Investitionen von fast 1,5 Milliarden Euro ausgelöst worden sind und damit mehr als 1.200 Projekte bisher schon in Gang gebracht wurden. Und natürlich auch bis 2007 und darüber hinaus weiterhin in Gang gebracht werden.

Und jetzt könnte jeder von uns aus seinem Bezirk, aus seinem Viertel viele herausragende Leitprojekte nennen. Ich sage jetzt nur Althof Retz, ich sage jetzt nur Therme Laa, ich sage jetzt, weil auch das neue Casino in Leobendorf, das von Gastein hierher kommt, natürlich mit dieser Erweiterung zu tun hat, weil damit das größere Europa gesehen wird. Und ich glaube das zeigt, dass hier diese EU-Erweiterung gerade für Niederösterreich viel in Bewegung gebracht hat. Dass eine wirtschaftliche Dynamik verspürbar ist. Und wenn es heute in vielen Grenzregionen, wo wir noch vor 10, 15 Jahren eine Abwanderung von mehr als 10 Prozent von Volkszählung zu Volkszählung verzeichnen mussten, heute zum Teil uns stabilisieren konnten, und nur mehr am äußersten Gürtel immer noch die Probleme haben, das möchte ich jetzt nicht wegleugnen, dann zeigt das auch, dass hier die ersten Erfolge dieser Erweiterung schon spürbar sind. Und natürlich auch durch die weitere Arbeit die wir zu

leisten haben wird es hier auch in Zukunft besser werden.

Es ist uns, glaube ich, wirklich gelungen, eine Politik zu machen, dass wir keinen Cent in Brüssel liegen lassen und dass all das was an Innovationskraft in unserer Bevölkerung steckt, hier gerade auch in den Grenzregionen für diese EU-Erweiterung in Gang gesetzt werden konnte. Und gerade auch die Internet-Plattform hat ja dazu geführt dass nicht nur alle Zugang zu diesen Fördermöglichkeiten haben, sodass wir jetzt mit unserer Breitband-offensive ein wichtiges Infrastrukturprojekt gestartet haben damit wieder alle Regionen den besten Zugang haben und sich wirtschaftlich hervorragend bewähren können.

Natürlich liegen auch noch viele Aufgaben vor uns. Wir haben zeitgerecht begonnen hier die Maßnahmen zu setzen. Und wenn von 10 TEN-Projekten die in Brüssel beschlossen worden sind, fünf direkt uns Niederöreicher betreffen, ob das auf der Schiene, die Verbindungen nach Bratislava, hinauf nach München oder nach Budapest sind, ob das die Wasserstraße ist, ob das die Weinviertelautobahn ist, dann zeigt sich hier dass wir zeitgerecht gestartet haben und jetzt Gottseidank mit dieser EU-Erweiterung auch in die Umsetzung kommen und auch diese wieder natürlich mit unseren Nachbarn abzustimmen haben und damit auch für die Zukunft wieder wirtschaftliche Prosperität und große wirtschaftliche Chancen in diese Regionen bringen.

Und ich habe erst vergangene Woche eine intensive Diskussion gehabt mit Bürgermeister aus Südmähren und Bürgermeistern unserer Region und es ist interessant, dass natürlich jeder aus seiner Brille das anders bewertet. Hatten wir Angst und das wurde dort auch angesprochen, dass diese siebenjährige Übergangsfrist am Arbeitsmarkt notwendig ist, die dort eher kritisiert wurde, haben die Angst davor, dass gerade die Jugend den Handel in Niederösterreich, auch in Wien stark nutzt und sie Probleme haben und großen Kaufkraftabfluss. Und diese Angst ist nicht ganz unbegründet. Wenn wir die Zahlen uns ansehen dann merken wir, dass insgesamt mehr als 26 Prozent Kaufkraftabfluss in den letzten Jahren aus dem Osten zu uns gekommen ist. Und viele Handelszentren unserer Region auch davon profitieren, dass gerade Markenartikel gefragt sind und gerade die Jugend sehr, sehr stark nach Niederösterreich einkaufen fährt und das auch in Zukunft tun wird.

Und genauso richtig ist aber aus den Ängsten von uns heraus, dass es diese Übergangsfristen

am Arbeitsmarkt von diesen sieben Jahren gibt. Damit sich das Lohnniveau stärker annähert. Damit die Voraussetzungen stärker angepasst werden und dass wir auch in Zukunft hier wieder besser koordiniert, Problemzonen, die entstehen könnten durch das starke Lohnniveau damit besser abfedern können. Und dass wir darüber hinaus auch noch gewisse Ausnahmen insofern haben als Baugewerbe mit Nebengewerbe, gärtnerische Dienstleistungen, Sozialdienste und Reinigungsdienste nicht sofort hier bei uns aktiv tätig werden können, sondern ebenfalls mit den Übergangsfristen erst hier sich einsetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine große historische Chance, die wir gemeinsam nützen müssen und gemeinsam nützen werden. Und es gab schon und gibt jetzt noch mindestens 100 Veranstaltungen, die rund um diesen 1. Mai auch diese historische Bedeutung hervorheben und die einen Beitrag dazu leisten, dass es diese Erweiterung gibt. Ich denke hier vor allem an das große Erweiterungsfest des Landes Niederösterreich am 1. Mai in Hohenau, wozu ich noch einmal alle einladen darf, damit wir gemeinsam diese große, historische Chance sehen und in Zukunft diese große, historische Chance nutzen für eine Prosperität, für mehr Wohlstand und damit für mehr Lebensqualität in Niederösterreich. Danke und alles Gute! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. Motz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Zwei Tage sind es noch bis die Europäische Union 25 Mitgliedstaaten umfasst und dann 450 Millionen Menschen Bürgerinnen und Bürger Europas sein werden.

Die Erweiterung der Union um diese 10 neuen Mitgliedstaaten ist wohl das ehrgeizigste Projekt, das die EU je in Angriff genommen hat. Und in diesem Zusammenhang ist es nur gut und recht, dass wir über die Chancen, aber auch über die Herausforderungen dieses Projektes hier im Haus diskutieren.

Zu den Chancen hat mein Vorredner schon einiges gesagt und ich möchte mich daher eher den Herausforderungen und Aufgaben für unser Land zuwenden. Vor allem aber auch die Politik betrachten, die in Brüssel und Strassburg gemacht wird und auf unser Land einwirkt.

Manches, das in der Europäischen Union funktioniert, funktioniert gut, aber es funktioniert nicht perfekt und vor allem auch nicht so wie wir Sozialdemokraten uns das vorstellen. Die EU betreibt im Moment eine Wirtschaftspolitik, die die Schaffung von Arbeitsplätzen vernachlässigt. Sie betreibt eine Budgetpolitik, die die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten beschränkt, sie hat sozialpolitischen Stillstand zu verantworten und sie bedroht die Aufrechterhaltung unentbehrlicher, öffentlicher Dienstleistungen. Das können und wollen wir Sozialdemokraten nicht akzeptieren, meine Damen und Herren.

Mit welchen Herausforderungen sieht sich unser Land Niederösterreich daher konfrontiert? Ich meine zunächst, was die Wirtschaftspolitik der EU angeht, ist einmal eine Abkehr von der andauernden Politik der Flexibilisierung, der Deregulierung der Arbeitsmärkte notwendig sowie auch eine Abkehr der nur auf Liberalisierung ausgerichteten Politik. Eine neu koordinierte Wirtschaftspolitik muss durch eine gemeinsam wahrzunehmende Verantwortung der Akteure in den Bereichen der Lohnpolitik, der Geldpolitik, aber auch der Fiskalpolitik für Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität sorgen.

Zur Lohnpolitik: Die Lohnpolitik hat meines Erachtens durch eine Orientierung am Produktivitätswachstum und an der Inflationsrate auch die Aufgabe, die Konsumnachfrage zu stabilisieren. Die Geldpolitik ist neben der Verfolgung von Preisstabilität auch verantwortlich für Beschäftigung und Wachstum. Und die Fiskalpolitik muss letztendlich die Wirtschaftslage stabilisieren.

Die Umsetzung dieser wenn Sie so wollen neu koordinierten Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik soll ein Beitrag dazu sein, dass sich Europa positiv entwickelt. Das wird aber ohne eine Änderung der wirtschafts- und währungspolitischen Grundausrichtung der Union nicht zu haben sein.

Und damit möchte ich bereits zu einem wichtigen Punkt kommen. Und ich glaube, das berührt auch unser Land: Es ist eine Reform der Politik der Europäischen Zentralbank dringend notwendig. Die hat wesentlich die gegenwärtige triste Wirtschaftslage, wie ich meine, mit zu verantworten. Die Beschäftigungs- und Wachstumspolitik muss neben der Preisstabilität ein Ziel im Aufgabenkatalog werden, damit insbesondere diese europäische Zentralbank nicht nur mit einer Bremse ausgestattet ist, sondern dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch aktive wirtschaftspolitische Schritte von dort aus gesetzt werden können.

Wir wissen, dass die europäische Zentralbank nicht zu einer solchen Umorientierung bereit ist. Und daher glaube ich, dass die im EU-Vertrag verankerten Grundlagen entsprechend adaptiert werden müssen.

Ich meine auch, dass die restriktive Interpretation des Maastricht-Vertrages, einschließlich der überzogenen Nulldefizitpolitik im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aufgegeben werden soll. Denn, meine Damen und Herren, die Budgetkriterien der EU verlangen eigentlich kein Nulldefizit. Und noch weniger trifft das für den Maastricht-Vertrag zu, der ja eine Defizitgrenze von 3 Prozent vorsieht.

Das Argument des angeblich so notwendigen Schuldenabbaus, das bei uns in Österreich ja gern von den Kollegen der ÖVP und FPÖ, die in der Bundesregierung sitzen, strapaziert wird, ist eigentlich nicht für solche Argumentation geeignet. In dieser Diskussion bleibt aber, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene stets ausgeklammert, das möchte ich besonders unterstreichen, dass in den Staatsschulden ja gewaltige Vermögenswerte im Bereich der Infrastruktur, des Gesundheitswesens, aber auch der Bildung inkludiert sind, von denen auch künftige Generationen profitieren werden. Somit ist es durchaus legitim, dass über die Verschuldung ein Teil der getätigten Investitionen auch mitfinanziert wird. Jedenfalls möchte ich festhalten, dass es aus unserer Sicht nicht sinnvoll ist, europaweit Budgetdefizite innerhalb kürzester Zeit durch Belastungsprogramme auf null zu reduzieren. Das geht auf Kosten der Gesundheitsversorgung, auf Kosten der Bildung und der Infrastruktur! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielmehr sollte anstelle dessen dass der Staat kaputt gespart wird, ein vernünftiger Weg eingeschlagen werden wo Überschuldung vermieden wird, wo aber gleichzeitig die öffentliche Hand genügend Spielraum für Investitionen bekommt.

Dazu müssen aber auch die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes dahin geändert werden, dass investitionsorientierte, öffentliche Verschuldung zugelassen wird.

Ein paar Worte zur europäischen Steuerpolitik. Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass in den letzten 20 Jahren ein regelrechter Steuersenkungswettkampf bei Vermögens- und Unternehmensbesteuerung eingesetzt hat. Schuld daran ist die bisher fehlende Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene die es den Unternehmen ermöglicht, wie wir in diesen Tagen sehen, Standorte in einzelnen EU-Mitgliedstaaten gegeneinander auszuspie-

len. Zu dem wird durch zahlreiche Steuerschlupflöcher, durch Steueroasen, aber auch manchmal durch Steuerbetrug der Beitrag von Unternehmen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben immer geringer.

Und da werden auch auf Grund des Einstimmigkeitsprinzips in der EU in diesem Bereich der Besteuerung keine besonderen Schritte zu erwarten sein. Sie wissen dass in Estland etwa Gewinne, die im Unternehmen bleiben, gar nicht versteuert werden. Unser Nachbar Slowakei, wissen wir, hat die Steuern in diesem Bereich auf 19 Prozent abgesenkt. Ich glaube, man braucht kein großer Prophet sein um vorherzusagen, dass einige Staaten auch nach ihrem Beitritt zur EU zumindest Teile in ihrer Wirtschaft steuerrechtlich bevorzugt behandeln werden. Diese Ausnahmeregelungen verzerren naturgemäß den Wettbewerb.

Der Ausweg aus diesem Dilemma ist in einer europäischen Steuerharmonisierung zu sehen. Dabei ist natürlich auch auf eine gerechte Aufteilung im Bereich der Massenbesteuerung, vor allem im Bereich der Einkommens- und Mehrwertsteuern Wert zu legen. Aber auch die Unternehmensbesteuerung, die Vermögensbesteuerung ist gerecht aufzuteilen.

Wir brauchen auch dringend Regeln für die Finanzmärkte, meine Damen und Herren, wobei insbesondere die Kosten der kurzfristigen Kapitaltransaktionen erhöht werden müssen um negative Einflüsse der Finanzmärkte auf Grund ausufernder Spekulationen auf die reale Wirtschaft zu vermeiden.

Wir Sozialdemokraten verlangen daher zum Schutz der NÖ Wirtschaft und zum Schutz der NÖ Arbeitnehmer Punkt 1 eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, Punkt 2 eine Schließung der Steueroasen, Punkt 3 wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Punkt 4 die Entlastung des Faktors Arbeit gegenüber einer verstärkten Besteuerung von Kapital und letztlich Punkt 5 eine klare Besteuerung von Spekulationsgeschäften.

Wir Sozialdemokraten wollen, dass sich Europa zu einer starken Kraft entwickelt. Zu einer Kraft des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, die transparent und offen ist und in der demokratische Entscheidungen sichergestellt sind. Herausforderungen für unser Land gibt es mehr als genug. Verfolgen wir gemeinsam eine Politik, die Armut und soziale Ausgrenzung gezielt bekämpft. Verfolgen wir eine Politik, die neue hochwertige Arbeitsplätze in unserem Land schafft in dem das Wirt-

schaftswachstum durch Investitionen angeregt wird.
(*Beifall bei der SPÖ.*)

Vor allem bringen wir aber auch die EU den Bürgern näher. Und zwar dadurch, dass das Europäische Parlament aufgewertet wird indem die Vertreter der europäischen Bürger auch das letzte Wort haben. Verankern wir das Grundrecht auf Alterssicherung stärker, fördern wir die Generationensolidarität. Machen wir aus Europa einfach einen Raum der Demokratie und der Gleichheit und bekämpfen wir Betrug, Korruption und Misswirtschaft.

Nehmen wir also gemeinsam in diesen Tagen die Chance des endgültigen Überwindens der alten Nachkriegsordnung wahr. Unsere Nachbarländer, mit denen uns eine lange gemeinsame Geschichte und Kultur verbindet, kehren nach jahrzehntelanger kommunistischer Unterdrückung wieder in unser europäisches Haus zurück. Und damit ist auch die Aufteilung im überlieferten Sinn in West- und Osteuropa endgültig beendet.

Ich darf daher im Namen meiner Fraktion die neuen Mitgliedsländer Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern, aber auch insbesondere unsere beiden Nachbarn die Slowakische Republik und Tschechien recht herzlich willkommen heißen im neuen Europa der 25 Staaten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Nachträglich entschuldigt wurde der Herr Abgeordnete Kernstock. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner.

LR Mag. Mikl-Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungskollegin! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Schülerinnen und Schüler!

Heute eine Aktuelle Stunde wie sie nicht aktueller sein könnte. Heute, zwei Tage vor der europäischen Erweiterung, oder präziser noch, knapp 30 Stunden bis zu diesem großen historischen Schritt zu einem größeren, gemeinsamen Europa. Und gerade das ist für uns heute Anlass, auch dazu ein wenig zurückzublenden in die Jahre vor 1989, zurückzublenden in das Jahr 1995.

In der Zeit vor 1989 waren unsere Grenzregionen geprägt von Perspektivenlosigkeit, von Hoffnungslosigkeit und von Pessimismus. Und wir alle wissen, dass wir im wahrsten Sinne des Wortes eine Grenzregion waren, dass dort die Welt für uns alle zu Ende war.

Mit dem Jahr 1989 ist der Eiserne Vorhang gefallen. Und wir wissen, dass wir an der Grenzregion mehr als vier Jahrzehnte vom Eisernen Vorhang von unseren Nachbarn getrennt waren, getrennt waren durch Stacheldraht. Heute ist es uns gelungen, und das werden Sie bestätigen können oder bestätigen müssen, dass unsere Grenzregionen blühen und dass sie aufstrebend sind.

Heute, und Carlo Wilfing hat es bereits gesagt, können wir uns als Kernland bezeichnen, heute liegen wir im Herzen Europas, mitten in Europa. Und der Grundstein für diese äußerst positive Entwicklung war der Wandel bzw. große Entscheidung zu Europa im Jahr 1995. Im Jahr 1995 haben 65 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher Ja zu Europa gesagt. Und mit diesem Ja zu Europa verbunden ein Ja zu mehr Verantwortung, ein Ja zu einer großen Herausforderung.

Und bereits sechs Jahre davor, am 5. Dezember 1989, also unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hat der damalige Finanzreferent Dr. Erwin Pröll folgendes gesagt, und ich darf Erwin Pröll zitieren: „Europa ist in Bewegung geraten. Diese Bewegung bedeutet für Niederösterreich wie für kein zweites Bundesland Chance und Herausforderung zugleich. Chance, dass wir von der Grenzregion des westlichen Europas am Eisernen Vorhang zur Zentralregion eines pulsierenden und kommunizierenden Europas werden.“ Der ehemalige Finanzreferent und heutige Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat also bereits vor 15 Jahren erkannt, welche Herausforderung auf uns, welche Herausforderung auf Niederösterreich zukommt. Und gerade diesem Vorausdenken, diesem Weitblick haben wir es zu verdanken, dass wir heute dort stehen, wo wir heute auch tatsächlich sind. An dieser Stelle ein herzliches Danke unserem Landeshauptmann! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und heute können wir sagen, dass wir in Niederösterreich jene Region sind, die vom Fall des Eisernen Vorhanges, von dieser Öffnung am meisten profitieren. Und dass wir am meisten profitieren, zeigen die Zahlen, Daten und Fakten. Zeigt der Kaufkraftzustrom, zeigt unser Wirtschaftswachstum, zeigt aber auch unsere Exportquote. Allein 22 Prozent der niederösterreichischen Exporte gehen in unsere mittel- und osteuropäischen Länder, gehen in unsere Nachbarländer, während österreichweit nur 15 Prozent der Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder gehen.

Und wir werden auch heute schon von verschiedensten Seiten als Musterregion in Europa bezeichnet. Jetzt kann man sich die Frage stellen,

warum wird uns so ein gutes Zeugnis ausgestellt, warum können wir auf so eine gute Zahlen-, Daten- und Faktenlage hinweisen?

Und es lässt sich ganz klar beantworten: Weil wir in Niederösterreich einfach früher als alle anderen erkannt haben, welche Chance in diesem Europa liegt, welche Chancen diese Öffnung Europas für uns bringt. Und gerade auf diesem Weg vom Grenzland zum Kernland war es wichtig, Kontakte zu initiieren, Kontakte zu intensivieren. War es notwendig, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn zu suchen. War es wichtig, den Dialog mit unseren Nachbarn zu pflegen.

Und wir sind stolz darauf, dass wir heute gute Kontakte mit Topvertretern auf europäischer Ebene, auf Brüsseler Ebene haben, dass wir aber auch Topkontakte zu den Spitzenrepräsentanten unserer Nachbarländer haben. Und ich bin fest davon überzeugt, dass gerade jene, die Kontakte aufgebaut haben, die hier Allianzen rechtzeitig geschmiedet haben, rechtzeitig Netzwerke aufgebaut haben, dass diese auch morgen, übermorgen und in Zukunft davon profitieren werden.

Und deswegen ist es uns auch gelungen, gelungen, dass wir heute einfach besser da stehen wie manch andere. Ist es uns gelungen, dass wir uns auf diese europäische Erweiterung gut vorbereitet haben. Und lassen Sie mich nur einen kleinen Auszug aus dem bringen, was in den letzten Jahren passiert ist, was wir in den letzten Jahren an Maßnahmen und Initiativen gesetzt haben, wie wir uns in den letzten Jahren auf diesen großen, historischen Schritt auch vorbereitet haben.

Stolz sind wir auf unser Fitnessprogramm. Ein Fitnessprogramm, das einzigartig in Österreich ist. Ein Fitnessprogramm, das nur wir in Niederösterreich haben. Mit dem es uns gelungen ist, in den letzten Jahren mehr als 450 Millionen Euro in unsere Grenzregionen zu investieren. Und wir werden auch weiter in unsere Grenzregionen investieren. Wir haben beschlossen, dass wir ja in den nächsten fünf Jahren auch weiterhin jährlich 14,5 Millionen Euro in unsere Grenzregionen investieren.

Und diese Erfolgsgeschichte des Fitnessprogramms lässt sich an vielen, vielen Beispielen festmachen. Gestatten Sie mir aber, dass ich mir ein Beispiel aus dem Weinviertel herausnehme. Und dieses Fitnessprogramm, den Erfolg dieses Fitnessprogramms anhand der Therme Laa skizziere. Deswegen anhand der Therme Laa, weil ich selbst aus der Region rund um Laa komme, weil ich weiß, wie war es vorher und wie ist es heute dort.

Und ich glaube, jeder, der diese Region kennt, weiß, dass es gelungen ist, mit dieser Therme dieser Region Hoffnung zu geben, den Leuten Mut zu machen und diese Region auch zum Pulsieren zu bringen. Und viele von Ihnen, ein Franz Hiller, ein Carlo Wilfing, ein Hermann Findeis kann sich noch an die unzähligen Diskussionen erinnern, als niemand an die Realisierung dieser Therme geglaubt hat. Als jeder gesagt hat, diese Therme kommt nie hier in der Grenzregion. Und heute ist diese Therme dank unseres Landeshauptmannes und Landesrates Ernest Gabmann Realität. Und wir sind stolz darauf, dass sie sich bis jetzt schon zu einem ganz tollen touristischen Magnet entwickelt hat, wo wir eine äußerst tolle Bilanz ziehen können. Eine Bilanz von fast 600.000 Gästen. Und von diesen fast 600.000 Gästen mehr als 20 Prozent aus unseren Nachbarländern.

Und mit diesem Erfolg der Gästeanzahl ist natürlich auch verbunden der Erfolg im Bereich der Arbeitsplätze. Heute haben dort knapp 120 Angestellte einen Arbeitsplatz, bereits jetzt wurde der Spatenstich gesetzt was das Hotelprojekt betrifft. Und mit diesem Hotelprojekt gibt es weitere 100 Arbeitsplätze in dieser Region.

Und diese Erfolgsbeispiele lassen sich fortsetzen mit dem Althof Retz, mit der Euregio Weinstraße oder auch aus Beispielen aus dem Waldviertel. Mit dem Loisium im Kamptal, mit dem Ausbau des Dungal-Zentrums oder dem Ausbau vom Moorheilbad Harbach.

Und ein Projekt, Carlo Wilfing hat es angesprochen, unser jüngstes Projekt, ein sehr erfolgreiches Projekt, das Casino in Leobendorf, wo es dem Fingerspitzengefühl und dem Verhandlungsgeschick unseres Landeshauptmannes zu verdanken ist, dass dieses Casino von Bad Gastein nach Niederösterreich kommt. Und allein mit diesem Schritt von Bad Gastein nach Niederösterreich gibt es 200 neue Arbeitsplätze in dieser Region, gibt es 200 neue Arbeitsplätze in Leobendorf.

Und eines muss man auch ganz klar sehen: Tatsache ist, dass viele, viele dieser Projekte einfach nicht umgesetzt hätten werden können, wenn es nicht diese europäische Erweiterung gäbe, wenn es nicht diesen neuen, vor uns liegenden Markt geben würde.

Und diese Impulsprojekte sind zweifelsohne auch die Speerspitze der Regionalentwicklung im touristischen, im landwirtschaftlichen, im gewerblichen und im industriellen Bereich. Mit diesen Impulsprojekten, mit der Förderung in diese Leitpro-

jekte gelingt es uns dort einen Wertschöpfungseffekt zu erzielen. Gelingt es uns dort, die Wirtschaft anzukurbeln. Gelingt es uns dort, den Wirtschaftsstandort Niederösterreich zu stärken. Gelingt es uns, den Standort auszubauen.

Und wenn ich hier von wichtigen Projekten für Niederösterreich und wichtigen Projekten in Niederösterreich spreche, darf ich auch an die vielen, vielen grenzüberschreitenden Projekte erinnern. Es waren in den letzten Jahren 4.200 Projekte, grenzüberschreitende Projekte, die wir umsetzen konnten. Und mit diesen grenzüberschreitenden Projekten ist es uns gelungen, 7.500 neue Arbeitsplätze zu schaffen und mehr als 40.000 Arbeitsplätze, vor allem in den Bereichen der Klein- und Mittelbetriebe abzusichern.

Vorbereitet, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir uns aber nicht nur was den Wirtschaftsstandort betrifft. Vorbereitet haben wir auch, und das ist mir persönlich sehr, sehr wichtig, die Menschen in unserem Land. Und hier vor allem auch unsere Jugend. Und ich denke hier im Speziellen an die von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ins Leben gerufene Sprachoffensive. Eine Sprachoffensive, die alle Erwartungen übertroffen hat. Und ich denke daran, an den Start dieser Sprachoffensive, wo wir davon ausgegangen sind, dass sich in etwa 800 bis 1.000 Jugendliche an dieser Sprachoffensive beteiligen werden. Heute sind es bereits mehr als 6.700 Jugendliche, die sich aktiv an dieser Sprachoffensive beteiligen. Mehr als 6.700 Jugendliche, die tschechisch, slowakisch oder ungarisch lernen.

Und gerade unsere Jugend hat es erkannt, dass sie mit einer gewissen Sprachkompetenz die Nase vorne haben, dass sie mit einer gewissen Sprachkompetenz einfach für die Zukunft die besseren Karten in der Hand haben. Und ich bin zuversichtlich, dass sich unsere jungen Menschen in einem größeren, in einem gemeinsamen Europa auch durchsetzen können und dass sie hungrig sind, sich einem größeren und gemeinsamen Europa einzubringen.

Selbstverständlich wissen wir auch, dass diese große Herausforderungen nicht nur immer Sonnenseiten hat, sondern dass es hier auch die eine oder andere Schattenseite gibt. Und das schon deswegen, weil wir auf Grund unserer langen Außengrenze, auf Grund unserer 414 Kilometer langen Außengrenze von dieser europäischen Erweiterung sehr betroffen sind im Positiven. Das heißt, am meist betroffen sind von den positiven Auswirkungen, aber natürlich auch am meisten betroffen sind was die Ängste und die Sorgen unserer Bevölke-

rung betrifft. Und wir wissen um die Sorgen und um die Ängste unserer Bevölkerung. Und wir haben diese Ängste und diese Sorgen auch rechtzeitig erkannt und haben dementsprechend auch rechtzeitig Maßnahmen gesetzt.

Es gibt hier Ängste. Ängste, was die Kriminalität betrifft. Ängste, was die Sicherung unserer Grenzen betrifft. Hier haben wir gehandelt. Und ich darf hier erinnern an den Sicherheitsgipfel, an den Sicherheitsgipfel von Innenminister Ernst Strasser und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, wo ganz klar vereinbart worden ist, dass ab Sommer es um 360 Beamte mehr in Niederösterreich geben wird, wo mehr als 360 Beamte hier in Niederösterreich für mehr Sicherheit und für Sicherheit an unseren Grenzen garantieren werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Aufgabe, die wir jetzt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass wir den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern die Ängste nehmen. Dass wir sie informieren, dass wir sie aufklären. Aufklären darüber, dass die Schengen-Grenze auch nach dem 1. Mai aufrecht bleiben wird, dass es auch nach dem 1. Mai Kontrollen an unseren Grenzen geben wird. So lange Kontrollen geben wird, bis unsere Nachbarn ihre Sicherheitsstandards an unsere Sicherheitsstandards angeglichen haben.

Ängste, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es auch was den Zustrom an Billigarbeitskräften betrifft. Und hier traue ich mir heute schon zu sagen, dass auch diese Ängste unbegründet sind. Unbegründet deswegen, weil wir aus der Erfahrung wissen, dass unsere Nachbarn wenig mobil, nicht gerne mobil sind. Unbegründet auch deswegen, weil Europa hier Vorsorge getroffen hat. Vorsorge getroffen hat mit der siebenjährigen Übergangsfrist. Und wir alle können uns noch erinnern, als Österreich diese Forderung aufgestellt hat, als Österreich diese Forderung durchgesetzt hat. Und diese siebenjährige Übergangsfrist auch übernommen worden ist von allen anderen EU-Ländern außer Irland. Und ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit dieser siebenjährigen Übergangsfrist gut fahren werden. Gut fahren werden deswegen, weil allein wir darüber bestimmen, wer hier bei uns arbeiten darf und wer nicht arbeiten darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf all diese Erfolge können wir stolz sein und werden auch weiterhin in dieser Konsequenz und mit dieser Disziplin arbeiten. Aber ein Thema, das mir in diesem Zusammenhang noch wichtig ist und das ich auch noch hervorstreichen möchte, das ist das zentrale Thema, eines der wichtigsten Themen, das Thema der Verkehrsinfrastruktur. Und auch hier

haben wir in den letzten Jahren hart gearbeitet und haben uns gegenüber Brüssel durchgesetzt. Denn es kommt auch nicht von ungefähr, dass zu den wichtigsten europäischen Projekten fünf niederösterreichische Projekte gehören. Das heißt, fünf Projekte, die für Niederösterreich von größter Wichtigkeit sind, fünf Projekte, die auch oberste Priorität in Brüssel haben.

Es sind dies die Bahnverbindung Wien-Bratislava, Wien-Budapest, es ist dies die Westbahn, die Nordautobahn und der Donauweg östlich von Wien. Und allein heuer im Jahr 2004 investieren wir in die Verkehrsinfrastruktur 730 Millionen Euro. Mehr als jemals zuvor in einem Jahr! Und ich glaube, das zeigt dass wir dieses Thema sehr ernst nehmen, dass dieses Thema für uns in Niederösterreich von großer Wichtigkeit ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aufgabe von uns allen wird es aber auch sein, nach dem 1. Mai hart weiter zu arbeiten. Aufgabe von uns allen muss es aber auch sein, die Akzeptanz zur Erweiterung innerhalb der Bevölkerung zu stärken und zu verstärken. Entscheidend ist, dass wir die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher am Weg nach Europa und am Weg in Europa mitnehmen. Entscheidend ist, dass wir die Vorteile und die Chancen den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern sichtbar machen. Dazu bedarf es Ehrlichkeit und dazu bedarf es einer umfassenden, intensiven Auseinandersetzung mit den Ängsten und den Sorgen der Bevölkerung.

Und eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss auch klar sein. Selbst wenn die Arbeitsweise auf europäischer Ebene komplex ist, selbst wenn dort Prozesse langwierig sind, selbst wenn wir hier mit bürokratischen Hürden zu kämpfen haben, selbst wenn unsere Nachbarn hier lange für einen Aufholprozess brauchen, selbst wenn das eine oder andere Problem entsteht auf Grund dieser europäischen Erweiterung, wir wissen es, und jeder von Ihnen fühlt es, es gibt keine Alternative.

Daher ist es, glaube ich, wichtig, nicht zu fragen, was kann Europa für uns tun, was bringt uns diese europäische Erweiterung, was bringt es dass mit 1. Mai zehn weitere Länder hinzukommen. Sondern richtig ist es zu fragen, richtig ist es, wenn die Frage lautet: Was können wir gemeinsam an diesem Erfolg beitragen, was können wir zu einem gemeinsamen, größeren und erfolgreichen Europa beitragen!

Und ich glaube, wichtig ist es, was können wir an Beitrag leisten für eine weitere friedliche, wirtschaftliche, dynamische Entwicklung dieser Union. Und zweifelsohne ist es hier Aufgabe der Politik,

Aufgabe von uns allen, hier wichtige Grundvoraussetzungen zu schaffen. Genauso wichtig ist aber auch, dass sich jeder Einzelne und jede Einzelne auch hier aktiv einbringt und dieses gemeinsame, größere Europa aktiv mitgestaltet und hier eine Bürgerbeteiligung stattfindet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen, der 1. Mai ist kein Abschluss des großen europäischen Projektes. Dieser 1. Mai ist erst der Beginn eines zukünftigen Projektes, eines zukünftigen, erfolgreichen Europas. Und heute wurde schon skizziert, wir haben uns optimal vorbereitet, wir haben uns sehr gut vorbereitet auf diesen 1. Mai. Es heißt aber auch, nach diesem 2. Mai hart weiter zu arbeiten, viele Projekte, die jetzt geplant sind umzusetzen. Und es heißt jetzt, die Ernte unserer harten Arbeit auch einzuholen. Ich lade Sie daher ein, egal ob grün, blau, rot oder schwarz, arbeiten wir gemeinsam, setzen wir diesen erfolgreichen Weg fort. Arbeiten wir gemeinsam für unser Bundesland Niederösterreich damit wir auch weiter in einem größeren, gemeinsamen Europa stark sind, damit wir unser Ziel, nämlich zum Erweiterungsgewinner Nummer 1, auch erreichen können. Und auf diesem Weg zum Erweiterungsgewinner Nummer 1 wünsche ich uns, wünsche ich Ihnen viel Erfolg und ein herzliches Glückauf! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Als Vorsitzender habe ich jetzt bemerkt, dass es irgendwo Unmutsäußerungen gibt weil die Frau Landesrat über 20 Minuten gesprochen hat. Es steht ihr zu, auch noch weitere 21 Minuten und 6 Sekunden zu reden. Das ist der Beschluss des Landtages vom Vorjahr, vom 15. Mai 2003. Es gilt also dieses Redezeitmodell und das bedeutet, dass jede Fraktion ihr Kontingent hat. Und ob nun einer davon alles verbraucht oder drei Viertel davon verbraucht, ist Angelegenheit des jeweiligen Klubs. Und es gibt keine Beschränkung auf 10 Minuten oder 15 Minuten. 10 Minuten und 15 Minuten für Erstredner und für Regierungsmitglieder gibt's nur dann, wenn das Redezeitmodell nicht zur Anwendung kommt. Aber heute kommt's zur Anwendung. Und daher ist es vollkommen richtig, dass ich nicht unterbrochen habe. Die nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Kadenbach.

Abg. Kadenbach (SPÖ): Werte Frau Landesrätin! Werter Herr Präsident! Wertes Hohes Haus! Werter Herr Landesrat!

Chancen und Herausforderung aus der EU-Erweiterung für Niederösterreich. Zwei Tage vor dem großen Schritt der aus den EU 15 die EU 25 machen wird, beschäftigen wir uns heute auf Antrag der ÖVP in dieser Aktuellen Stunde mit diesem

Thema. Reichlich spät, würde ich sagen. Aber wie es scheint, geht es der ÖVP heute auch gar nicht darum, sich ernsthaft mit diesen Chancen und vor allem mit diesen Herausforderungen auseinander zu setzen. Sondern sie versucht unter Ausnutzung ihrer Redezeit bis zur letzten Sekunde wie es scheint, alles um die Versäumnisse der Bundesregierung, aber auch der Verantwortlichen in Niederösterreich unter einer dicken Schicht von Lobhudelei und Schönfärberei zu verstecken.

Und diese einseitige Darstellung birgt eine große Gefahr in sich. Diese verzerrte Wahrnehmung gefährdet nämlich, sollte sie Schule in Europa machen, langfristig das Projekt Europäische Union. Denn diese Europäische Union von heute ist als Friedensprojekt nach den grauenvollen Erfahrungen von zwei Weltkriegen in Europa und dem Unrechtsregime der Nationalsozialisten entstanden. Es ging darum, den immer wieder kriegerisch ausgetragenen Wettbewerb der europäischen Nationalstaaten zu überwinden und das hat die Europäische Union erreicht.

Sie hat ihre Mitgliedsländer zu einer zuvor unvorstellbaren langen Periode des Friedens und der politischen Stabilität gebracht. Das macht auch einen großen Teil der Attraktivität für die neuen Beitrittsländer und weit darüber hinaus für zukünftige Kandidaten aus. Und dort liegt auch die große politische Herausforderung und die Chance, die Zone des Friedens und der Stabilität – und ich möchte heute in dem Zusammenhang ganz besonders die Stabilität betonen – in Europa zu erweitern.

Natürlich sprechen auch wirtschaftliche Gründe für die Erweiterung. Sowohl die neuen 10 wie auch die bisherigen EU 15 werden überwiegend, ich betone überwiegend, Vorteile aus der Erweiterung haben. Ich finde es daher auch sehr egoistisch und kurzsichtig, wenn wir in Niederösterreich von unserer Region als dem Erweiterungsgewinner ständig sprechen. Denn das birgt in sich, dass es irgendwo auch Verlierer geben muss. Wir wissen, Win-Win-Situationen sind sehr kurzfristige.

Darauf, dass die Beitrittskandidaten ihre Hausaufgaben gemacht haben um am 1. Mai überhaupt als Mitglieder aufgenommen zu werden, darauf achtet die europäische Kommission und die bisherigen Mitgliedsländer. Darauf aber, dass die bisherigen Mitgliedsländer ihre Hausaufgaben machen, darauf müssen sie selber achten bzw. ist die Aufgabe der Opposition es aufzuzeigen, wenn die Regierung untätig bleibt. Und in Österreich ist sie untätig. Wenn es zum Beispiel um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht.

Österreich ist durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung über drei Jahrzehnte stets eines der Länder mit der geringsten Arbeitslosigkeit in Europa gewesen. Das gilt es zu bleiben. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Österreich und leider auch in Niederösterreich kontinuierlich gestiegen. Ende März waren in Niederösterreich 44.637 Personen – das sind Schicksale – 44.637 Personen beim AMS arbeitslos vorgemerkt. Das sind um 2.733 mehr Schicksale als vor einem Jahr. Das ist ein Anstieg um weitere 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ist die Lage mit einer Steigerung um 9,4 Prozent noch dramatischer. Aber es kommt noch schlimmer. Im Haupterwerbssalter von 25 bis 49 Jahren verzeichnet Niederösterreich einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 10,4 Prozent. Und noch immer spricht die ÖVP von einer angeblichen Konjunkturbelebung. Nun, zumindest am Arbeitsmarkt hat sie noch keine Besserung ausgelöst.

Mit der Erweiterung ist nach den Saisoniers mit zusätzlichen Arbeitspendlern zu rechnen. Natürlich, wie die Frau Landesrat ausgeführt hat, werden es nicht die Massen sein die nach Österreich stürmen, aber sie werden trotzdem den hier ansässigen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ihre bisherigen Arbeitsplätze streitig machen. Und das sind vor allem die weniger qualifizierten. Darum ist eine umfangreiche und finanziell auch entsprechend dotierte Qualifizierungsmaßnahme zugunsten dieser regional- und branchenspezifisch feststellbar gefährdeten Gruppen mehr als überfällig.

Das von uns geforderte Fitnessprogramm auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätte hier zumindest zu einer Entschärfung der Lage beitragen können. Und wenn die Frau Landesrat hier ausführlich schildert, dass seit vielen, vielen Jahren in Niederösterreich auf diese Erweiterung hingearbeitet wird und positiv hingearbeitet wird, dann müssen diese Vorbereitungen ganz dramatisch an der Öffentlichkeit vorbei gegangen sein. Eine breit angelegte Studie, die vom OGM in Niederösterreich durchgeführt wurde, zeigt klar auf, dass die verfehlte Arbeitsmarktpolitik in unserem Bundesland bereits gravierende Auswirkungen auf die Einstellung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zur EU-Erweiterung hat.

Mehr als 55 Prozent der befragten Weinviertler, wir waren gerade beim Weinviertel, die Region in der sich die Frau Landesrat auskennt, würden bei einer Volksabstimmung diese Erweiterung ab-

lehnen. Wenn wir gerade vorher gehört haben, dass 1995 65 Prozent der Niederösterreicher Ja zu dieser EU gesagt haben und wir heute aus österreichweiten Umfragen wissen, dass die Niederösterreicher mehrheitlich das Projekt EU im Moment ablehnen, dann muss in Ihrer Verantwortung etwas ganz gewaltig schief gelaufen sein.

Noch mehr, nämlich zwei Drittel sind mit der Vorgehensweise der österreichischen Politik in Bezug auf die EU-Erweiterung nicht einverstanden. Fast ebenso viele sind der Meinung, dass sich die zuständigen Politiker offensichtlich ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung nicht bewusst sind. Und da nützen auch eindrucksvolle Beispiele, wie Sie sie von der Therme Laa geschildert haben, nichts. Sie haben erwähnt es sind 100 Arbeitsplätze, 120 Arbeitsplätze. Aber wir haben bei einigen Gesprächen mit Verantwortlichen, mit Experten aus dem Bereich Arbeitsmarkt, aus dem Bereich Finanzierung, feststellen müssen, dass dieser Finanzierungsschub sich nicht fortpflanzt so wie das zu erwarten wäre. Und dafür gibt es eine recht klare und leider ihrer Arbeit nicht gerade gutes Zeugnis ausstellende Begründung dafür.

Wie der Nobelpreisträger Josef Stiglitz deutlich ausführt, wird nur in einem Klima, in dem sozialer Friede herrscht, in dem die Leute sich finanziell und sozial abgesichert fühlen, eine Bereitschaft zum Risiko, eine Bereitschaft zu finanziellen Investitionen auch im Privatbereich entstehen. Nur wenn Leute der Meinung sind, es zahlt sich aus, ich kann es mir leisten, ich kann dieses Risiko eingehen, wird privat investiert. Das wären die Investitionen, die wir gerade im Weinviertel, die wir gerade im Land um Laa bräuchten. Wir brauchen die kleinen, die Privatunternehmer, die dieses Risiko auf sich nehmen. Nur leider stimmt im Moment das Umfeld für diese Investitionen nicht. *(LR Mikl-Leitner: Sie kennen aber schon die aktuellen Initiativen?)*

Und es tut mir leid, dass mit einer Vorstellung wie heute hier im Haus diese EU-Skepsis, wie sie in Niederösterreich festzustellen ist, wie sie in Zahlen ganz eindrucksvoll da liegt, nicht ausgeräumt, sondern in Wirklichkeit noch bestätigt werden muss. *(LR Mikl-Leitner: Frau Kadenbach! Schauen Sie sich bitte die Investitionen an die gesetzt worden sind für die Klein- und Mittelbetriebe! Sie sind nicht informiert!)*

Es gibt eine Reihe von positiven Maßnahmen. Es ist nicht genug. Und es reicht nicht, sich jedes Mal mit ein oder zwei positiven Beispielen zu schmücken. *(LR Mikl-Leitner: Waren Sie jemals schon draußen? Ich habe Sie noch nie gesehen!)*

Ja, reichlich. Das kann aber auch an Ihnen liegen, es muss nicht an mir liegen.

Die Frage ist auch, wie kommunizieren wir diese EU? Wie kommunizieren wir die Leistungen die in Europa passieren? Alles, was uns nicht passt, alles, was negativ ist, kommt aus Brüssel. Alles was positiv ist, heften wir uns auf unsere nationalen oder lokalen Fahnen.

Und einen Höhepunkt an, sage ich jetzt einmal, infantiler Darstellung der Arbeit des europäischen Parlaments war die Diskussion um die Marmeladen-Verordnung. Da hat sich der Herr Landeshauptmann stark gemacht. Es hat Themen im Sozialbereich gegeben, da hätten wir uns eine Wortmeldung früher und öfter gewünscht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nur wenn die ÖVP im Bund und Land bereit ist, die Probleme beim Namen zu nennen. Und ich zähl sie jetzt wirklich nur schlagwortartig auf: Fehlende Qualitätsoffensive zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Fehlende Bildungs- und Forschungsoffensive. Eine Verkehrsinfrastruktur, die sogar in ihrer eigenen Industriellenvereinigung mehr als mangelnd bezeichnet wird. *(LR Mikl-Leitner: Frau Kadenbach! Was reden Sie hier? Haben Sie noch nie etwas gehört von regionalen Entwicklungszentren?)*

Grobe Fehlentscheidungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Und da denke ich jetzt an die Schließung der Gendarmerieposten. Und dass wir in Zukunft vielleicht 300 Leute mehr draußen haben werden ist Zukunftsmusik. Ich wünsche es mir. *(LR Mikl-Leitner: Frau Kadenbach! 360!)*

Der 1. Mai 2004 ist sicher ein Jubeltag für dieses historische Projekt. Es ist sicher kein Jubeltag für das Zeugnis das Ihnen und Ihrer Arbeit ausgestellt wird. Wir werden uns in Europa bemühen, ein soziales, ein sozial gerechtes Europa zu erreichen. *(LR Mikl-Leitner: Frau Kadenbach! Sie wissen aber schon, dass wir hier top sind?)*

Wir haben mit unserer Spitzenkandidatin Karin Scheele die beste Frau in Brüssel in Europa. Wir wünschen uns ein Europa, das sozial und gerecht ist. *(LR Mikl-Leitner: Wir sind sozial und gerecht!)*

Wir sagen Nein zu einem Europa das eine Spielwiese für Neoliberalismus und Privatisierungsstrategien ist. Nur der soziale Friede sichert das. Die zuständigen Regierungsmitglieder im Bund, aber auch in Niederösterreich sind aufgerufen, ihre Arbeit zu leisten. Es ist noch einiges zu tun! *(Beifall bei der SPÖ. – LR Mikl-Leitner: Frau Kadenbach! Auch Sie sind Politikerin!)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Honeder.

Abg. Honeder (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag!

In zwei Tagen ist es so weit, die Europäische Union wird um 10 Länder größer und Niederösterreich rückt daher ins Zentrum der Europäischen Union. Wir werden vom Grenzland zum Kernland. Wir leben eigentlich in einer sehr spannenden und herausfordernden Zeit und die Welt um uns verändert sich in atemberaubendem Tempo.

1989 Fall des Eisernen Vorhanges, der Europa 44 Jahre lang geteilt hat. Und nur eine glückliche Fügung der Geschichte hat Österreich davor bewahrt, hinter diesem Vorhang leben zu müssen. Sie wissen, dass die russische Besatzungszone bis zur Landesgrenze zwischen Niederösterreich und Oberösterreich gereicht hat.

1995 Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, die Jahrtausendwende, die Einführung der Europäischen Gemeinschaftswährung des Euro und mit 1. Mai 2004 stehen wir vor der nächsten Herausforderung: Statt 15 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union werden es 25 sein.

Die meisten dieser Staaten haben schon mit uns im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie zusammen gelebt und kehren nun wieder in die Staatengemeinschaft Europas zurück. Das Ziel Frieden, Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität für ihre Bürger zu schaffen, hat die EU seit ihrer Gründung im Jahr 1957 in hervorragender Weise erreicht und ist zu einer echten Wertegemeinschaft geworden.

Dieser große Erweiterungsschritt in zwei Tagen bringt nicht nur für die Menschen der mittel- und osteuropäischen Länder die 44 Jahre lang in einem autoritären politischen System mit all seinen negativen Auswirkungen leben mussten, Vorteile und Chancen. Auch den sehr leistungsfähigen Volkswirtschaften der Europäischen Union, ich bringe hier nur ein Beispiel, das Bruttoinlandsprodukt von Holland macht mehr aus als das der zehn Mitgliedsstaaten die am 1. Mai dazu kommen. Das zeigt die Unterschiede, die noch gegeben sind. Sie werden sicherlich auch uns hier Absatzmärkte und Absatzchancen eröffnen, dass Europa auch in der Weltwirtschaft wieder mehr Gewicht bekommt.

Auch uns in Niederösterreich als von der Erweiterung hauptbetroffenes Bundesland mit 414 Kilometer Außengrenze wird diese Erweiterung

Chancen eröffnen und Vorteile bringen. In der Übergangszeit sicherlich auch Risiken mit sich bringen. Es wird an uns liegen, die Chancen zu optimieren und die Risiken zu minimieren. Ein bekanntes Zitat sagt: Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern um sich vor dem Wind zu schützen. Die anderen Windmühlen um den Wind zu nützen. Wir in Niederösterreich haben die sprichwörtlichen Windmühlen gebaut und sind daher auf die Erweiterung bestens vorbereitet.

Eine große Herausforderung wird sicher auf die Landwirtschaft zukommen. Wenn man durch Tschechien fährt und die riesigen kommassierten Flächen der ehemaligen Kolchosen sieht, und dann über die Grenze fährt und die kleinstrukturierte, österreichische Landwirtschaft sieht, bekommt man schon ein etwas mulmiges Gefühl. Man weiß, dass in diesen großflächigen Landwirtschaftsbetrieben jeder Maschineneinsatz notwendig ist und dass daher am Markt in Zukunft ein sehr starker Mitbewerber für uns auftreten wird. Ich glaube, das zeigt auch eine Schlagzeile in der „Bauernzeitung“, wo steht: Agrar-Tschechien mit Großstruktur und wachsender Exportkapazität EU-bereit.

Generell wird die landwirtschaftliche Nutzfläche nach der Erweiterung in diesen zehn Staaten um 40 Prozent zunehmen, die Zahl der Konsumenten um 28 Prozent. Wir wissen natürlich auch, dass im landwirtschaftlichen Bereich in diesen Ländern nur mit Wasser gekocht wird, dass Umstrukturierung, Privatisierung der Landwirtschaft, die geringeren Ausgleichszahlungen, und die relativ kleinen Kontingente und vor allem der große Nachholbedarf was das Erreichen der EU-Standards im Bereich Hygiene und Umwelt betrifft, hier diesen Ländern sicherlich Schwierigkeiten bereiten wird. Es wird an uns liegen dafür zu sorgen, dass nur landwirtschaftliche Produkte, die dieselben Qualitäts-, Umwelt- und Hygienestandards aufweisen wie in den EU 15 importiert werden dürfen um Chancengleichheit mit unserer Landwirtschaft hier zu schaffen.

Wir werden hier auch die Unterstützung der Konsumenten brauchen, die bereit sind, beste Qualität der eigenen landwirtschaftlichen Produkte entsprechend zu honorieren und nicht unbedingt Massenware aus Agrarfabriken zu kaufen. Es sind aber auch hier Bemühungen im Gange, die Stärken der Waldviertler Landwirtschaft entsprechend zu positionieren, die sehr naturnah produziert, kleinstrukturiert ist und wo es einen sehr hohen Anteil an Biobauern gibt, entsprechend zu nützen.

Es ist geplant unter der Dachmarke Waldviertel das Waldviertel als gentechnikfreie Zone zu positionieren.

onieren, wo Lebensmittel höchster Qualität produziert werden um dem Konsumenten eine Alternative zu der landwirtschaftlichen Massenware zu bieten. Um Niederösterreich auch wirtschaftlich, gesellschaftspolitisch, regionalpolitisch und touristisch entsprechend zu positionieren hat das Land Niederösterreich bereits im Jahr 1998 ein Fitnessprogramm für die EU-Erweiterung gestartet. Eine Fülle von Projekten wurde auch im Waldviertel von Gemeinden, Vereinen, Klein- und LEADER-Regionen sowie vom Waldviertelmanagement umgesetzt.

Diese Projekte sind im Bereich Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Kultur angesiedelt und reichen von der Schaffung von regionalen Innovationszentren bis zur Therme Laa und bis zur Erlebniswelt Stift Zwettl, wo ich heute am Vormittag wieder eine Ausstellung eröffnen durfte.

Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde mit den sogenannten INTERREG-Projekten entsprechend forciert und umgesetzt. Organisationen, Institutionen, Gemeinden, Körperschaften und Vereine arbeiten im Rahmen dieser Projekte grenzüberschreitend zusammen, damit die Nachbarn hier auch zusammenwachsen können.

Insgesamt wurden im Wald- und Weinviertel in diesen Jahren seit 1998 238 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 267,5 Millionen Euro auf Schiene gestellt. Auch der gute Wirtschaftsstandort Niederösterreich, die guten Wirtschaftsdaten und die im Rahmen der Steuerreform beschlossene KÖSt-Senkung tragen dazu bei, den Wirtschaftsstandort auch in Niederösterreich in Zukunft attraktiv zu erhalten und attraktiv für die Zukunft zu gestalten. Ich glaube auch, die Auszeichnung mit dem „Award of Excellence“ sagt hier einiges aus.

Ein ganz wesentlicher Punkt der Zusammenarbeit mit den neuen Nachbarn ist es auch, deren Sprache sprechen zu können. In den Grenzregionen können sehr viele Menschen auf tschechischer Seite deutsch. Das ist historisch bedingt durch die Sudetengebiete. Es wurde hier von Generationen diese Sprache an die Jugend weiter gegeben. Aber selbstverständlich auch während der kommunistischen Herrschaft wurden sehr viele westliche Radio- und Fernsehsender gehört. Daher dieser Vorteil im Bereich Sprachen.

Die Frau Landesrätin hat bereits hier angeführt, dass der Herr Landeshauptmann daher eine Sprachoffensive auf Schiene gestellt hat, die in Niederösterreich auch sehr gut angenommen wird. Sehr viele Schulen haben sich beteiligt, 6.700 allein in Niederösterreich. Schülerinnen und Schüler ler-

nen tschechisch, slowakisch und ungarisch. Bei uns im Bezirk Zwettl sind es 268.

Um den Unternehmen die Schaffung von Betrieben bzw. Zweigniederlassungen in den Nachbarländern zu erleichtern, wurden bzw. werden in den Hauptstädten Prag, Bratislava und Budapest Niederösterreich-Häuser eröffnet. Diese Wirtschaftsagenturen unter der Federführung von ECOPLUS haben die Aufgabe, Anlaufstellen für Niederösterreichs Klein- und Mittelunternehmen zu sein. Sie sollen auch Firmen aus den Nachbarländern motivieren, mit den österreichischen Betrieben zu kooperieren bzw. eigene Betriebe in Niederösterreich zu gründen.

Auch der sogenannte Unternehmerlotse bzw. das NÖ Beteiligungsmodell NÖBEG erleichtern Betriebsgründungen und Ansiedelungen.

Auch dem Thema Sicherheit wird in unserem Land hier sehr großer Stellenwert eingeräumt. Es ist auch heute schon gesagt worden, dass hier sicherlich 360 Beamte zusätzlich dafür sorgen werden, dass die teilweise importierte Kriminalität hier entsprechend eingedämmt werden kann.

Abschließend kann gesagt werden, dass Niederösterreich bestens auf die historische Wiedervereinigung Europas vorbereitet ist. Dass unser Land die Chance hat, durch seine geografische Lage Drehscheibe und Brückenkopf zu den neuen Mitgliedstaaten zu sein und dass wir zum Erweiterungsgewinner werden.

Die Wirtschaft in Österreich und Niederösterreich hat schon jetzt große Exporterfolge in diesen Ländern zu verzeichnen, die prozentuell über allen anderen EU-Staaten liegen. Ein entsprechendes Wirtschaftswachstum ist der Garant dafür, dass auch in Zukunft die Sicherheit, die Lebensqualität und der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger im Land Niederösterreich gesichert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des NÖ Landtages!

Wenn man so die letzten Minuten, aber auch den Beginn dieser Aktuellen Stunde verfolgt hat, dann hat man fast feststellen können, gut, dass in zwei Tagen diese Erweiterung stattfindet. Warum nicht schon viel früher? Jetzt wird Milch und Honig fließen, Arbeitsplätze wird es geben, dieses bereits blühende Grenzland wird noch mehr blühen, es

wird überhaupt keine Arbeitslosen mehr geben und Gottseidank gibt es das bald. Das hat mich so erinnert an das was so manche Politiker oder die meisten der ÖVP, aber auch von eurer Seite, beim EU-Beitritt schon gesagt haben. Nur Hurra und auf, gemma, es wird alles gut und so schnell wie nur möglich.

Die SPÖ hat heute schon erkannt, dass es in gewissen Bereichen Probleme gibt. Nur dass ihr selbst immer wieder die Ersten wart die gesagt haben, so schnell wie möglich EU, so schnell wie möglich die Osterweiterung, das muss man schon ehrlicherweise sagen.

Bei der ÖVP gibt es keine Risiken und Nachteile mehr. Bei der ÖVP gibt es nur mehr eine Chance und eine Herausforderung. Bei der ÖVP gibt es nur mehr die Euphorie, nur mehr einen Erweiterungsgewinner. Es gibt sowieso nur mehr Sieger. Und wer anders denkt, der ist gegen die Wirtschaft, der ist gegen die Bürger und der ist gegen den Fortschritt.

Nur, so ist es nicht! Da gibt's einen Abgeordneten, der sagt, dass der dann keine Ahnung hat. Und genauso denkt die ÖVP. Und wenn sie dreimal daneben liegen und viermal glauben eins und eins ist fünf, wenn die ÖVP so zählt, dann ist es so und so kommen sie auf diese guten Wirtschaftsdaten in dem Bundesland, weil eins und eins fünf ist.

Und daher sage ich, dass es gut ist, dass es hier in dieser entscheidenden Phase uns Freiheitliche gibt, die auch die Nachteile und die Gefahren dieses Projektes der EU-Erweiterung aufzeigen. Ja, es gibt diese Erweiterung.

Und dann fragt man sich ganz einfach, wo stehen wir als Abgeordnete? Stehen wir auf der Seite der Beitrittskandidaten so wie ihr da alle? Mich wundert es ja dass ihr heute nicht schon in tschechisch geredet habt. Oder stehen wir auf der Seite der niederösterreichischen Bürger? Und wir Freiheitlichen, wir stehen in Niederösterreich, wir sagen Ja zu Österreich. Wir sagen Ja zu unserem Bundesland Niederösterreich und wir sagen Ja zum Grenzland.

Wir sagen auch Ja zu unseren Bürgern. Ja zu allen Berufsgruppen, zu den Arbeitern. Weil es ist schön, wenn ich jetzt wieder einen Zwischenruf von der SPÖ gehört habe, wie man da so einfach darüber hinweg wischt. Die SPÖ, die jetzt bei der Arbeiterkammer sich Sorgen um die Arbeitnehmer macht - berechtigterweise, weil Wahlen sind - denen ist es aber ganz egal wieviel billige Arbeitskräfte reinkommen und unseren niederösterreichi-

schen Bürgern die Arbeit wegnehmen. Da liegt nämlich das Detail und das Problem. Und das ist euch auch egal. Vor den Wahlen groß reden und danach wieder zurück zu den Pfründen. Typisch SPÖ.

Wir sagen Nein zu den Problemen und zu den Nachteilen an dieser Erweiterung. Konkret sagen wir im Bereich des Arbeitsmarktes, trotz dieser Übergangsfristen wird es Probleme geben. Wir sagen, dass die Gefahr des Anstieges an Arbeitslosen verstärkt wird. Dass in den Grenzregionen die Probleme größer werden. Ich sage ein Beispiel: Eine Ausschreibung eine jüngste in der Grenzregion. Die Firmen, die ausschließlich mit niederösterreichischen Arbeitern arbeiten, bekommen keinen Zuschlag mehr, sie sind zu teuer. Die Firmen mit bereits tschechischen, aber auch anderen Bürgern aus anderen Staaten, sind Billigstbieter und erhalten die Arbeit. Und jetzt arbeiten auf dem Bau Menschen von anderen Ländern und unsere niederösterreichischen Bürger sitzen vis a vis zu Hause und sind arbeitslos und schauen auf den Bau. Die sagen dann auch, so wie viele von euch heute, danke, Herr Landeshauptmann, danke Erwin Pröll.

Die Klein- und Mittelbetriebe in der Grenzregion im Dienstleistungsbereich. Hier ist konkret Handlungsbedarf. Die Förderproblematik. Wie wird es ausschauen? Vor fünf, sechs Jahren habe ich hier schon gesagt, immer wieder, und auch im Bundesrat, meine Damen und Herren, wenn drüben Ziel 1-Gebiet ist, brauchen wir auf der herüberen Seite die gleiche Förderqualität. Was ist gemacht worden in dieser Zeit? Nichts! Es ist keine Lösung angeboten worden. Sowohl in der Landwirtschaft, die der Hauptverlierer sein wird, als auch im Grenzland insgesamt.

Es sind die Hausaufgaben nicht gemacht worden. Vor dem EU-Beitritt nicht und es ist auch vor dieser Erweiterung fast keine einzige Hausaufgabe erledigt worden. Diese EU-Osterweiterung kommt zu schnell. Niederösterreich hat viele Vorbereitungsarbeiten verschlafen. Im Bereich der Landwirtschaft, im Bereich des Grenzlandes. Ich denke nur an die Infrastruktur, die unbedingt notwendig ist, die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe im Bereich des Arbeitsmarktes. Wenn ich an die hohen Arbeitslosenzahlen im Grenzbereich denke und auch im Bereich der Sicherheit. Wenn man jetzt sagt, man stockt ein Personal auf, dann ist es nichts anderes als das Personal das der Innenminister Dr. Strasser die letzten zwei Jahre gekürzt hat dass er das jetzt wieder aufstockt. Und auch nur weil sich genügend Politiker dagegen gewehrt haben.

Also frage ich mich, wer kümmert sich eigentlich noch um die wahren Interessen der niederösterreichischen Bürger? Die Politiker von ÖVP und SPÖ eigentlich nicht. Da gibt's einen Wettlauf nach Tschechien und in die Slowakei, wer dort mehr Fördergelder hin trägt. Das kann es doch nicht sein! Die ÖVP-Politiker, glaube ich, sowieso schon teilweise dass die in Tschechien und in der Slowakei einen Wohnsitz haben. Sie reden von riesigen Chancen, vom riesigen Markt der auf uns zukommt und gleichzeitig übersehen Sie die Probleme im eigenen Land.

Firma Buhl: 400 Leute arbeitslos geworden auf Grund eines Konkurses. Genau auf den Tag wie der Konkurs im Radio rüber gekommen ist, wo war unser Herr Landeshauptmann? Er war gerade in Tschechien. Er fühlt sich wahrscheinlich in diesen ehemaligen kommunistischen Staaten sehr wohl.

Bürger behaupten sogar, wenn er nicht gerade einen Kreisverkehr oder einen Gehsteig irgendwo eröffnet, ist er auf Gaude in den Beitrittsländern. Behaupten Bürger in den Gasthäusern. Und was ist in Niederösterreich? Was passiert in Österreich derweil ÖVP-Politiker in Tschechien unterwegs sind? Sie verlieren im eigenen Bundesland eine Bundespräsidentenwahl. Das ist es ja. Weil sie eigentlich nur mehr woanders unterwegs sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dank dieser Arbeit der ÖVP ist es halt so, dass jetzt Niederösterreich, das Bundesland Niederösterreich, auch bei der Bundespräsidentenwahl die ÖVP-Mehrheit verloren hat. Danke Erwin Pröll werden viele sagen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Freiheitlichen stehen zu den niederösterreichischen Bürgerinnen und Bürgern. Wir Freiheitlichen werden der Schutzpatron aller jener Bürger sein, die durch diese Erweiterung benachteiligt werden. Wir werden für Niederösterreich kämpfen und nicht so wie ihr für Tschechien und Slowakei, weil wir hier gewählt sind. Und wenn der Landeshauptmann lieber weiterhin woanders tätig ist, dann soll er nachdenken wo er gewählt worden ist. Ich würde unserem Landeshauptmann empfehlen, wenn er in Niederösterreich gewählt ist, soll er für Niederösterreich arbeiten. Ansonsten soll er nach Tschechien auswandern, soll dort kandidieren. Er soll dort kandidieren. *(Unruhe bei der ÖVP. – LR Mikl-Leitner: Er verhandelt mit den Nachbarn!)* Und ich sage euch noch etwas. Ich sage es ganz offen und ehrlich: Sollte unser Landeshauptmann in Tschechien kandidieren, gut für Niederösterreich, schlecht für Tschechien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wir Freiheitlichen werden, das tiefste Niveau, das ist ganz klar, wenn jemand sich erlaubt hinzuweisen, dass es in Niederösterreich Ängste gibt, Bürger, die arbeitslos sind, dann ist das tiefste Niveau. Ist ganz klar. Aber andere prahlen sich damit. 200 Veranstaltungen, wo man jetzt am 1. Mai miteinander feiern. Ich habe sie mir eh alle angeschaut. Gesponsert werden sie alle nur von österreichischen Firmen und Institutionen. Und da macht ihr einen Wettlauf und tuts Feuerstoß entzünden und alles Mögliche. Ich würde mir wünschen, dass diese Veranstaltungen für unser Niederösterreich, für unseren Grenzraum, für unsere Wirtschaft und für unsere Arbeiter und Arbeiterinnen wäre. Diese Arbeit für niederösterreichische Bürger. Und darum sage ich, dann soll lieber unser Landeshauptmann in Tschechien kandidieren. Wir werden weiterhin nicht müde werden, diese Probleme aufzuzeigen und auch Maßnahmen hier und jetzt zu sagen, die die Bürger auch wirklich brauchen. Die die Bürger unterstützen und nicht den Wettlauf nach Tschechien unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Frau Landesrätin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie!

Ich gehe nicht auf meinen Vorredner ein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber insgesamt ein paar Worte aus meiner Sicht zur Thematik.

Frau Landesrätin Mikl-Leitner hat eingeladen, gemeinsam zu arbeiten an dieser europäischen Integration. Wir nehmen diese Einladung gerne auf. Und ich halte es für wichtig zu betonen, dass, ich denke breiteste Mehrheiten, diesen europäischen Integrationsprozess als ein Friedensprojekt, als ein Projekt einer wirtschaftlichen Entwicklung und Pro futuro hoffentlich auch ein Projekt einer stärkeren Umwelt- und Sozialunion darstellt. Und wir werden gerne – die Grünbewegung ist hier auch in ganz Europa sehr aktiv – an diesem Projekt mitarbeiten, eben besonders um die Entwicklung in Richtung Umwelt und Sozialunion zu verstärken und der doch noch vorherrschenden wirtschaftspolitischen Orientierung hier ein Gleichgewicht in den anderen Politikfeldern zur Seite zu stellen.

Daher betone ich, und das ist mir wichtig, dass dieser gemeinsame Geist selbstverständlich vorhanden ist. Ich will aber doch ein paar kritische Worte auch anbringen, weil die Tatsache, dass wir

darin übereinstimmen, dass die EU ein Friedensprojekt, eine Chance für wirtschaftliche und soziale Entwicklung darstellt, die darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir bei der Frage, wie denn diese Entwicklung einen positiven Verlauf nehmen kann, was noch getan werden kann, hier im Lande und durch die Vertreterinnen und Vertreter Österreichs auf der Europäischen Ebene, in dieser Frage da gehen doch die Meinungen teilweise auseinander.

Wenn man sich anschaut, welche Länder in der EU eine besonders positive Entwicklung genommen haben, dann waren das Länder, die sehr stark die eigenen, die nationalen Wirtschaftsstrukturen gestärkt haben und nicht zu allererst die Transitrouten, vor allem die Straßentransitrouten ausgebaut haben. Und auch wenn wir innerhalb Österreichs uns anschauen, welche Gebiete stark zugelegt haben, und wo es eher Regionen gibt in denen wir Probleme haben, die von Strukturproblemen, von Abwanderung gekennzeichnet sind, dann zeigt sich gerade für Niederösterreich ein sehr, sehr eindeutiges Bild. (*Zeigt Statistik.*) Das ist jetzt eine kleinräumige Darstellung, grafische Darstellung. Aber ich denke auch auf die Distanz ist wahrzunehmen, wo die Gewinner Bezirke und Regionen liegen, nämlich das sind die Ballungsräume. Das ist einmal das Umland von Wien und das ist bis zu einem gewissen Grad auch die Achse der West- und der Südbahn.

Tatsache ist jedoch, dass aus unserer Sicht viel zu stark auf den Ausbau von hochrangigen Straßen hier in Niederösterreich Bedacht genommen wird, auch mit dem Generalverkehrsplan. Und das ist kein Konzept um die wirtschaftliche Prosperität vor allem in den strukturschwächeren Regionen sicherzustellen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Gerade in der Infrastrukturpolitik, und die Infrastrukturpolitik wurde ja auch von den anderen Rednerinnen und Rednern sehr stark angesprochen, hier werden schwere Fehler begangen. Und zwar Fehler, die sich auf Generationen hin bemerkbar machen werden. Wer jetzt noch stärker auf den Ausbau der Autobahnen und Schnellstraßen setzt anstatt auf den öffentlichen Verkehr, der wird Verkehr ernten. Straßenverkehr, Abgase und Unfälle.

Eine VCÖ-Studie zeigt, dass wir, wenn keine politischen Handlungen passieren, mit dramatischen Zuwächsen im Lkw-Transitverkehr zu rechnen haben. Zuwächse, die mit der Gesundheit absolut nicht mehr vereinbar sind. Gerade in der Ostregion kommt hier eine Situation auf uns zu, die stärker und zu heftigeren Belastungen führen wird als sie heute schon in Westösterreich am Brenner

zu verzeichnen sind. Und trotzdem werden immer noch sehr stark Autobahn- und Schnellstraßenprojekte favorisiert. Auch mit der Begründung, da käme eben Wirtschaftskraft in die Regionen. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall! Gerade für strukturschwache Regionen wirkt sich ein hochrangiges Straßennetz entleerend, die Wirtschaftskraft mindernd aus.

Wir wissen aus allen Studien und durch einen Vergleich der europäischen Entwicklungsgebiete, dass diese hochrangige Straßeninfrastruktur zu einer Verstärkung der Ungleichgewichte im Raum führt. Das heißt, die Ballungsräume boomen bis hin zum Verkehrsinfarkt und die strukturschwachen Regionen geben Arbeitskräfte und geben Wirtschaftskraft ab. Das ist eine Entwicklung, die wir uns nicht wünschen können. Daher brauchen wir eine neue, eine ökologische Mobilitätspolitik, die auf eine andere Wirtschaftspolitik aufbaut und insbesondere den öffentlichen Verkehr ins Zentrum stellt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die Frau Landesrätin hat als positive Beispiele erwähnt die Therme Laa und das Moorbad Harbach. Auch unsere Einschätzung ist eine überaus positive. Und insgesamt glauben wir, dass derartige Betriebe natürlich in Zukunft verstärkt Chancen haben. Je stärker die Wirtschaftskraft wächst, je mehr auch die Produktivität wächst, desto mehr werden Menschen auch Freizeit zur Verfügung haben, auch Geld zur Verfügung haben um diese Freizeit dann mit aktiven Projekten zu gestalten. Und Österreich hat hier einen Heimvorteil. Nämlich unsere Natur, unsere Umgebung. Daher ist es wirtschaftspolitisch hochgradig vernünftig, eben auch auf die Freizeitwirtschaft, auf Tourismus, auf Gastronomie und auf benachbarte Branchen, also die ganze Kunst- und Kultursparte halte ich für überaus entwicklungsfähige Wirtschaftszweige. Nur, diese Betriebe, die brauchen keine Autobahn! Dort rollen nicht die Sattelschlepper hin, dort handelt es sich um qualitativ höchstwertige Dienstleistungsbetriebe, die auch ein entsprechendes Angebot brauchen. Ja im Gegenteil sogar, niemand würde einen Kuraufenthalt vielleicht in unmittelbarer Nachbarschaft einer Autobahn mit den dann entsprechenden Ozonwerten usw. im Sommer verbringen wollen.

Das heißt, wir werden auch trachten müssen aus wirtschaftlicher Vernunft, nicht aus Verzicht, aus wirtschaftlicher Vernunft müssen wir verstärkt auf Umweltschutz setzen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und jetzt noch ein Wort mit dem ich insbesondere die sozialdemokratische Fraktion anspreche,

nämlich die Sozialpolitik. Natürlich wollen wir diese EU-Erweiterung im Geiste der Nachbarschaft und der Freundschaft, der Völkerverbindung, aber die Töne, die immer wieder kommen, eigentlich von beiden Regierungsparteien, wo doch Ausländerinnen und Ausländer, Fremde primär als Gefahr dargestellt werden. Wo von Sozialtourismus, einem ganz schlimmen Wort, die Rede ist. Da wird ein falsches Bild gezeichnet! Und ich gebe Ihnen wirklich mit, denken Sie einmal nach, wie weit Sie nicht eine Politik, die Sie sicher nicht wollen und wie sie immer wieder von Seiten der Freiheitlichen versucht wird, unterstützen, in dem sie solche Bilder zeichnen.

Natürlich kann es da oder dort soziale Anpassungsprobleme geben. Aber das hängt nicht am Reisepass, sondern das hängt primär an Phänomenen der Armut. Das hängt daran, dass es Branchen gibt, in denen Menschen keine fairen Arbeitsverhältnisse mehr haben. Es sind große Fälle durch die Medien gegangen. Eben einmal mehr im Bereich des Verkehrs, der Frächter. Dort gab es teils wirklich extreme Formen von Ausbeutung mit neuen Selbständigkeiten und ähnlichem. Und wir haben hier im Inland es über viele Jahre und Jahrzehnte nicht geschafft, eine echt greifende Mindestlohnregelung zu schaffen. Wir haben auch nach unten in den sozialen Netzen nach unten hin keine Absicherung, keine Sockelung. Mit der neuen Regelung der Zumutbarkeit - ich gebe schon zu, das sind Bundesregelungen, aber 80 Prozent vom Job, und wenn der Job wieder verloren wird, dann 80 Prozent von 80 Prozent, das ist eine Spirale nach unten. Und das macht den Menschen Angst. Nicht die Tatsache, dass vielleicht andere Menschen eine andere Sprache sprechen oder von mir aus eine dunklere Hautfarbe oder sonstwas haben. Das macht den Menschen nicht Angst. Sondern die Angst, selber ins Abseits zu geraten. Und da muss man gegensteuern.

Das heißt, wir brauchen starke soziale Normen. Wir brauchen eine effiziente Mindestlohnregelung und wir brauchen auch eine Sozialpolitik, die nicht primär nach dem Reisepass Menschen so oder so behandelt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und ich weiß aus Gesprächen, dass der Innenminister eigentlich genauso denkt. Nur im Rahmen der Koalition auf Bundesebene teilweise nicht anders kann als, naja, minder vernünftige Regelungen umzusetzen. Ich gebe Ihnen mit zu denken, und das sind WIFO-Studien, das sind nicht grüne Erfindungen, wir haben in Österreich mindestens 7.000 Kinder, Schulkinder, deren Aufenthalt nach dem Aufenthaltsrecht nicht legal ist. Die immer nur touristisch einen Aufenthalt, einen Dreimonatsauf-

enthalt an den anderen reihen. Wir wissen das deswegen so genau, weil die Kinder Gottseidank in die Schule gehen. Weil man beim Schuleintritt keinen Nachweis einer Aufenthaltsberechtigung verlangt. Die Forderung der Freiheitlichen lautet, Kinder sollen nur in die Schule gehen dürfen mit einer Aufenthaltsberechtigung. Unsere Forderung lautet, jedes Kind muss legal bei den Eltern dauerhaft wohnen und leben können! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und gerade die Partei, die sich ja immer gern als Familienpartei apostrophieren lässt, die täte gut daran, diese Normen, die für Fremde, für Ausländerinnen und Ausländer gelten, einmal genau unter die Lupe zu nehmen. Und zu prüfen, ob hier nicht ein großer Änderungsbedarf besteht. Ich sage Ihnen, den gibt es! Wir müssen zumindestens Familienangehörige, Kinder aus einer Quotenregelung herausnehmen. Und mir kann niemand weiß machen, dass die starke niederösterreichische ÖVP gerade bei einem Innenminister, der aus diesem Bundesland kommt, nicht ein gewichtiges Wort dafür einlegen könnte, dass wir hier auf Bundesebene zu besseren, zu sinnvollen Normen im Sinne der Integration kommen.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Ja, wir teilen die Meinung und die Grundstimmung, dass die Erweiterung der EU ein sehr positives, ein sehr freudiges Ereignis ist. Wir heißen die Bürgerinnen und Bürger aus unseren Nachbarstaaten und den anderen Beitrittsstaaten herzlich willkommen. Oder auf tschechisch: Vitejte u EU. Und wir freuen uns über den 1. Mai dieses Jahres. Wir hoffen aber, und wir pochen darauf, dass in Fragen der Umwelt und der Sozialpolitik teilweise Korrekturen angesagt sind, um unbegründete Ängste zu nehmen, aber auch um wirtschaftliche Chancen wirklich voll ausnützen zu können.

Meine Damen und Herren! Sie kennen wie ich die demografische Entwicklung in Österreich und in Niederösterreich. Und daher war es insbesondere notwendig, wir haben jetzt, es kommen die letzten geburtenstarke Jahrgänge in das Alter in dem sie sich um Lehrstellen bewerben. Wir werden sehr bald einen dramatischen Mangel vor allem an qualifizierten Arbeitskräften haben. Daher ist die Integration nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit und der Mitmenschlichkeit und der guten Nachbarschaft, sondern es ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Und in diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Tag wirklich der Beginn einer positiven und einer sehr schönen Entwicklung für uns und unsere Nachbarstaaten sein wird. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Renner.

Abg. Mag. Renner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist jetzt sehr oft schon gesagt worden, ich schließe mich natürlich auch der Meinung an, Europa steht wahrscheinlich vor der größten politischen Herausforderung, ich möchte fast behaupten seit Menschengedenken. Große Zusammenschlüsse unterschiedlichster Staaten oder die umgekehrte Entwicklung des Zerfalls weitläufiger Völkerverbindungen waren fast immer mit politischen Unruhen und Turbulenzen verbunden.

Die Zukunft der neuen, nunmehr 25 Staaten umfassenden Europäischen Union stellt daher unserer Auffassung nach eine historische Prüfung für alle Beteiligten dar. Wir wissen, und sehr geehrte Frau Landesrat, ich wohne auch in einer Grenzregion und ich beschäftige mich auch mit den Leuten, und daher weiß ich, dass die Euphorie, die am Ende der 80er Jahre bzw. zu Beginn der 90er Jahre durchaus da war - es war wirklich eine große Freude, ein historisches Ereignis usw., doch einer gewissen Skepsis gewichen ist, um nicht zu sagen, es herrscht Angst bis zu Ablehnung. Mir begegnet das zumindest. Ich will nicht sagen im großen Maße, aber es begegnet mir.

Und in diesem Zusammenhang wird es auf uns alle ankommen, was aus diesem erweiterten, aus diesem großen Gebilde der neuen europäischen Union wird. Und es werden alle, und wirklich ausdrücklich alle Säulen einer Gesellschaft aufgerufen sein. Das heißt Wirtschaft, das heißt Politik, das heißt Konfessionen und das heißt vor allem aber auch die vierte Macht im Staate die Medien, die um eine möglichst objektive Berichterstattung ersucht werden in dem Zusammenhang, weil jedes Schüren von Ressentiments in dieser Causa der gesamten Geschichte der Europäischen Union in Wirklichkeit nur schaden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Gestatten Sie mir doch, ein wenig auf die Situation in meinem Heimatbezirk, in meiner Heimatregion einzugehen. Wir sind direkter Nachbar der Slowakischen Republik. Und am 30. bzw. am 1. Mai, es ist schon gesagt worden, in Hohenau findet ein großes Fest statt. Es wird der ganze Tag im Zeichen von Feierlichkeiten stehen. Und im Unterschied zu dir, Herr Abgeordneter Waldhäusl, bin ich schon der Meinung, dass dieser Tag gefeiert gehört.

Es kann nicht so sein, dass man sich jahrelang darum bemüht, dass die zehn Staaten zur EU wollen, Kriterien erfüllen müssen, Auflagen erfüllen müssen, und dann ist es nicht drinnen, einen Tag diesen historischen Schritt zu feiern. Wir sind anderer Auffassung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Außerdem nimmt gemeinsames Feiern gewisse Berührungsängste, lässt neue Freundschaften knüpfen und stellt somit einen Beitrag für die Völkerverbindung dar.

Erlauben Sie mir nun darzulegen, was die Menschen in meiner Heimatregion nachdenklich stimmen lässt. Wie Sie wissen, wächst die Wirtschaft in der Slowakei sehr rasant. Manche Wirtschaftsfachleute sprechen vom Tiger in Anlehnung an Singapur usw. an die rasche Wirtschaftsentwicklung in den asiatischen Staaten. Und wie Sie wissen, ist diese rasche Wirtschaftsentwicklung eine permanente Gratwanderung zwischen gesundem und überhitztem Wirtschaftswachstum und eigentlich auch nicht ganz ungefährlich für die Slowakei.

Aber unabhängig davon ist rund um Pressburg eine Autoindustrie entstanden, die pro Jahr 290.000 Autos herstellt. Dieses Jahr soll die Produktion um –zig tausende Stück erhöht werden. Es sind fast 10.000 Menschen beschäftigt. Und diese geballte Konzentration an Wirtschaftsentwicklung in wirklich unmittelbarer Nähe lässt natürlich den einen oder anderen neidvoll hinüber blicken.

Die Autoindustrie wird im Dreiländereck Slowakei, Polen, Tschechien weiter prosperieren. Es gibt weitere Ansiedlungen von sehr großen Autofirmen. Ich möchte jetzt keine Namen nennen, weil ich denke, das tut nichts zur Sache. Und die Slowakei lockt natürlich mit einem Einheitssteuersatz von 19 Prozent und mit niedrigen Lohnkosten. Im EU-Vergleich sind das oft weniger als 20 Prozent des EU-Durchschnitts. Und mit der raschen Herstellung der von der Wirtschaft verlangten Infrastruktur.

Diese Zahlen und Fakten sollen nur veranschaulichen, welche Dynamik in unserem Nachbarland stattfindet. Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Denn ein Blick über die Ballungszentren dieser Automobilindustrie in der Slowakei hinaus zeigt das andere Gesicht der Slowakei. In der Peripherie kämpfen unsere Nachbarn nämlich mit bedrückend hoher Arbeitslosigkeit. Von den Beitrittsländern hat die Slowakische Republik nach Polen, wo 2003 nach Berechnungen der OECD 20 Prozent der Menschen arbeitslos waren mit 18

Prozent die zweithöchste Arbeitslosenrate. Das bedeutet, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung nicht für alle Slowaken, nämlich vor allem für die entlohnte Arbeit lohnt und nicht gerade ermunternd ist in dem Zusammenhang auch, vielleicht haben Sie es auch in den Medien gelesen und entnommen, dass das slowakische Finanzministerium mit einer Entspannung am Arbeitsmarkt erst 2030 rechnet. Und das ist nicht gerade aufbauend.

Kurzum, es gibt Ängste, es gibt Sorgen, es gibt aber auch – und um die Stimmung nicht zu drücken – eine Aufbruchstimmung, eine Euphorie. Ich denke da gerade an die schöne Entwicklung rund um Schlosshof unter der Leitung von Direktor Dr. Pechlaner mit der Errichtung eines Gartens mit der Hoffnung auch auf Touristen aus den Nachbarstaaten. Ich denke da an eine Zweigstelle und an Verhandlungen mit der Fachhochschule Wr. Neustadt betreffend Marchfeld Akademie Strasshof. Dies alles bedarf natürlich dann einer entsprechenden Infrastruktur. Frau Dr. Petrovic, wir sind da nicht ganz einer Meinung. Ich bin der Meinung, es muss die Bahn ausgebaut werden, wir brauchen Brücken zu den Nachbarn und wir brauchen auch selbstverständlich Straßenverbindungen unter Berücksichtigung der Umweltinteressen. Ganz klar. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Aber keine Transitautobahn. Vielleicht genügt eine Bundesstraße!)*

Und weil ich jetzt nur mehr sehr wenig Zeit habe und ich die Euphorie wirklich nicht drücken will, aber trotzdem mit einem nachdenklichen Satz schließen will, bevor ich ein herzliches Willkommen unserer Nachbarn sage, erlauben Sie mir den Philosophen Peter Sloterdijk zu zitieren, der meines Erachtens in drei Worten auf den Punkt gebracht hat, warum es in den nächsten fünf, zehn, zwanzig oder mehr Jahren gehen wird für diese 25 Staaten umfassende Europäische Union bzw. eine noch erweiterte. Die 25 scheitern eher als die 15. Alle prozeduralen Affären werden im neuen Europa noch träger, noch schwieriger, noch mehr von gegenseitiger Blockade geprägt. Die Europäer schulden der Welt den ersten Beweis, dass Gremien regieren können. Dafür gibt es kein historisches Analogum. In diesem Sinne bemühen wir uns. Herzlich willkommen und danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms.

Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Niederösterreichischen Landtages!

Wir sind heute mit schon sehr vielen Fragen konfrontiert worden hier im Rahmen der Aktuellen Stunde „Chancen und Herausforderungen aus der EU-Erweiterung“. Und ich darf dieses Thema auf den Wirtschaftsstandort Niederösterreich ausdehnen.

Und erlauben Sie mir einige Statements hier abzugeben bevor ich auf diverse Wortmeldungen meiner geschätzten Kolleginnen und Kollegen eingehe. Für mich, geschätzte Damen und Herren, ist es die wesentlichste Frage, die wirtschaftspolitische Entwicklung unseres Landes in folgende Erweiterung. Man kann hier herumdrehen, man kann herumdeuteln, die Einkommen hängen ganz einfach von dieser Entwicklung ab. Die Weiterentwicklung unseres sozialen Systems hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Wir können uns Pflegeheime, wir können uns Krankenhäuser nur dann leisten, wenn auf der anderen Seite die Wirtschaft gut arbeitet, die Umweltmaßnahmen, die wichtigen Umweltschutzinvestitionen hängen ganz einfach von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Sehen wir uns doch die Entwicklungsländer an, bitte, wie weit es mit dem Umweltschutz steht. Wir haben natürlich nicht diese Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet und die sind im Umweltschutz weit hinten. Und das sollten wir uns auch vor Augen führen, dass Umweltschutz nur in Verbindung mit Wirtschaftspotenz zusammenhängt. Ganz einfach.

Ja, und die Sozialsysteme, das habe ich auch schon gesagt. Das hängt uns allen hier in diesem Hohen Haus sehr am Herzen, dass die Sozialsysteme nicht demontiert werden, dass sie sich weiter ausbauen usw. Und das hängt auch davon ab. Und geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, den meisten ist das noch gar nicht so richtig vor Augen. Wir haben eine Jahrtausendchance. Die geografische Lage unseres Landes, 440 Kilometer Grenze. Wir haben die günstigste Position, bitte. Die Amerikaner würden uns beneiden um diese Position, die Ausgangslage. Wir haben die Historie. Wir haben die ehemalige Monarchie. Wir haben hier alte Verbindungen. Die alte Monarchie, die alten Handelsverbindungen sind auf einmal wieder möglich.

Und wir haben, geschätzte Damen und Herren, die Möglichkeiten. Nämlich jetzt die EU-Erweite-

rung, die uns vom Himmel in den Schoß fällt. Wir müssen nur den Erfolg, die Früchte aufklauben, sie aufmachen und verwerten. Es ist ganz einfach. Ich habe immer gesagt, die Geldsäcke vom Arlberg. Damals, wie wir studiert haben, Schi gefahren sind, sage ich, ein Wahnsinn, die Bauern, die haben ihre Grundstücke bei den Liften und jetzt sind sie Hoteliers, jetzt sind sie Liftbesitzer und cashen ab die Goldsäcke vom Arlberg.

Geschätzte Damen und Herren! Die Niederösterreicher sind in der selben Situation. Und das muss man sich bewusst machen und nicht krank jammern und nicht irgend welche Ängste schüren.

Ich darf hier auf einige Äußerungen meiner lieben Kolleginnen und Kollegen eingehen. Ich meine, wenn die Kollegin Mag. Renner nicht zum Schluss gesprochen hätte, hätte ich fast den Eindruck gehabt, die SPÖ ist gegen die EU-Erweiterung. Liebe Frau Kollegin Kadenbach! Sind Sie gegen die EU-Erweiterung? So wie Sie gesprochen haben, so wie Sie geredet haben war das eine Antireden gegen die EU. Sie sind die Landesparteigeschäftsführerin, Sie haben eine gewisse Verantwortung zu tragen. Was Sie draußen sagen ist auch das Sprachrohr der SPÖ. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Frau Kollegin! Was haben Sie die letzten Jahre gemacht? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Haben Sie das Fitnessprogramm, wie man hört, was haben Sie von der Exportoffensive mitbekommen? Ist Ihnen der Unternehmerlotse ein Fremdbegriff oder die Internetplattform oder die Niederösterreich-Häuser die wir jetzt der Reihe nach eröffnen. Ich meine, das sind ja Maßnahmen die kann man nicht zerreden. Fitnessprogramm bitte. Die Frau Landesrat hat das ganz genau gesagt. Hier sind große Millionenbeträge gerollt zur Vorbereitung unserer Regionen, bitte. Und man kann das Ganze nicht so kleinkariert sehen. Ich kann hier ganz genau nachweisen, dass Niederösterreich der große Gewinner ist, nicht nur innerhalb Österreichs, sondern auch innerhalb Mitteleuropas. Das lässt sich aus Zahlen sehr schön heraus lesen. Und erst, lieber Kollege Waldhäusl, wenn man sich sowas anschaut, wenn man sich die Kraftstromanalysen anschaut, dann muss man gestehen, wir sind die Gewinner. Die Zahlen sprechen dafür. Wir haben, es ist schon gesagt worden, alleine bis 2008 14,5 Millionen Euro aus dem Fitnessprogramm. Wir haben induzierte Projekte, 1.200 Projekte mit 1,44 Milliarden Euro seit 1998.

Wir haben die Infrastruktur. Und da sind wir auch Richtung Grüne dabei. Auch die Bahn, auch die Bahn Wien-Pressburg, auch die Bahn Wien-Budapest und die Schiffe von March und der Donau

und so weiter und, und, und. Es ist unserem Landeshauptmann, der auch unser Verkehrsreferent ist, gelungen, von 10 TEN-Projekten fünf nach Niederösterreich zu holen. Und das ist eine große Leistung und das wissen wir. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und geschätzte Frau Dr. Petrovic, wir wissen, der Verkehr ist ein neuralgischer Punkt in der gesamten Region, ist uns bewusst. Und es ist auch der Zusammenhang der Wirtschaftskraft, des Wirtschaftsstandortes mit der Verkehrssituation eine ganz, ganz wichtige Frage. Man kann sie nicht so hinunter spielen. Und es kommt wirklich darauf an, ob hier Arbeitsplätze geschaffen werden und natürlich auch die liebliche Kleinkultur, die liebliche Kleinwirtschaft usw. muss natürlich auch wachsen. Das gehört alles zusammen. Aber ich glaube, die großen Würfe passieren natürlich auf den Hauptlinien. Und unsere Intentionen sind diese sogenannten Autobahnen, diese sogenannten Hauptverkehrslinien in dieser Art und Weise zu gestalten, dass für die Anrainer möglichst keine Belastungen kommen. Und irgendwo müssen wir den Lkw-Verkehr hinbringen und irgendwo muss der Lkw-Verkehr bei uns durchgehen. Und wenn ich bitte die Statistik anschau, so stimmt das mit der Verdoppelung bei weitem nicht. Wir haben eine 43 %ige Erhöhung des Gesamtverkehrs prognostiziert, wobei der Lkw-Transit davon nur 8 bis 16 Prozent ausmachen.

Geschätzte Damen und Herren! Man könnte jetzt weiter fortfahren. Ich muss auch hier die Kritik abweisen Richtung Bundesregierung. Hier wird nichts geschehen. Die Absenkung der KÖSt, der Körperschaftssteuer ab 2005 ist ein Tausendguldenbayerischer Unternehmen zu sprechen. Der Wiesheu, der Landesrat in Bayern, also der Wirtschaftslandesrat von Bayern ist zum Schröder gegangen, rot-grüne Koalition in Deutschland, und hat sich bitterst beschwert, dass in Deutschland 38,5 KÖSt ist. Es gibt bereits Betriebe, die von Bayern nach Salzburg überwandern. Und es wird die Spanne von zirka 6 Prozent wenn ich 19 Prozent schau KÖSt in den Erweiterungsländern oder sogar 16 Prozent, ist es nicht wert über die Grenze zu gehen. Außer es gibt außerordentliche Förderungen dort. Denn das soziale Gefüge, die Sicherheit, die Stabilität ist bei uns natürlich viel besser. Und ich glaube auch, die potenten Wirtschaftsfirmen werden lieber sich im Osten von Niederösterreich niederlassen als weiter drüben. Weil sie dort auch einen Bezug haben zum neuen Markt der Erweiterungsländer.

Ich darf hier noch eine ganz, ganz interessante Kaufstromanalyse bringen, die wir auch im Rahmen

der Wirtschaftskammer ermittelt haben. Und zwar ist es sehr interessant, dass die Kaufströme sich zugunsten Niederösterreichs entwickelt haben. Und großer Gewinner, das ist natürlich ein bisschen ein Wermutstropfen dabei, ist die SCS, die mit 85 Prozent der Gesamtkaufströme hier partizipiert. Wir haben eine Steigerung von 26 Prozent ... (*Zwischenruf bei Abg. Kadenbach.*)

Jetzt reden wir einmal über die Kaufströme. Ihr redet immer von Konsum in Verbindung mit Wirtschaftskraft. Wenn es den Angestellten gut geht können sie konsumieren. Das ist eine Katze, die beißt sich in den Schwanz, bitte. Da muss man einmal anfangen die Wirtschaft zu päppeln, dann geht's den Arbeitnehmern auch gut und dann können sie einkaufen gehen. So geht das.

Wir haben 467 Millionen Euro 2002 alleine aus den Einkäufen der östlichen Nachbarn. Wobei wir hier ein Plus von 26 Prozent haben und wie gesagt, die SCS hat 85 Prozent dieses riesen Umsatzes. Das nur zu Ihrer Information.

Es ist ganz wichtig, geschätzte Damen und Herren, und das möchte ich hier auch bringen. Die Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion sagen, sie sind staatstragende Partei. In dem Land arbeitet ihr auch mit. Und ihr seid Partner in der Regierung und ihr habt die Aufgabe, bitte, nicht wie die Landesgeschäftsführerin Ängste zu verbreiten. Ich glaube, es ist sicherlich keine gemähte Wiese. Wir haben, bitte, wir wissen die Probleme, die Risiken, wir sind aber gut da. Es sind Ängste da. Aber man kann Leute auch mit Falschinformationen verunsichern oder mit Halbwahrheiten. Und das ist, glaube ich, das Problem, dem wir hier mit einem kleinen Wermutstropfen am 1. Mai entgegen sehen, dass Sie leider nicht mit vollem Herzen dafür sind.

Und das muss man jetzt schon einmal unterstreichen, bei diesen großen Chancen, die wir haben und die unserer Wirtschaft und unseren niederösterreichischen Arbeitnehmern und –nehmerinnen hier entgegen leuchten ab dem 1. Mai, und in diesem Sinn, geschätzte Damen und Herren, möchte ich auch von meiner Seite und von unserer Seite die Kolleginnen und Kollegen aus den EU-Beitrittsländern herzlich willkommen heißen. In diesem Sinn danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird Ihnen aufgefallen sein, dass beim Redner 18,39 Minuten steht, obwohl er natürlich nicht so lange gesprochen hat.

Das ist nämlich die Summe jetzt der beiden Redezeiten von Mag. Renner und Dipl.Ing. Toms. Und bei der ÖVP wurde richtig abgezählt immer die Redezeit des Abgeordneten Toms. Weil nicht zweimal hier auf den roten Knopf gedrückt wurde. Jetzt beim zweiten ist erst richtig null. Man muss zweimal rot drücken, das ist ungerecht. (*Heiterkeit*) Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Chance und Herausforderung aus der EU-Erweiterung für Niederösterreich“ für beendet.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing, die Verhandlungen zum Geschäftsstück, Ltg. 151/E-1/1 einzuleiten.

(*Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Unterlagen zur Geschäftszahl liegen allen Mandataren vor, sodass ich zum Antrag des Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschusses komme (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Herr Präsident des NÖ Landtages wird ersucht, die TeilnehmerInnen des Jugendkongresses über diesen Beschluss des Landtages und über die zu ihren Forderungen von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen in geeigneter Weise zu informieren.
2. Die NÖ Landesregierung wird ersucht,
 - an den ORF und die Tageszeitungen heranzutreten, dass über Europa und jugendbezogene EU-Projekte verstärkt berichtet wird und beim ORF NÖ zu erreichen, dass im Radio verstärkt über die Anliegen der Jugend berichtet wird.
 - an den Bund die Forderungen der Jugendlichen im Sinne der vorstehenden Begründungen heranzutragen.
3. Die Vorlage an den Landtag Ltg. 151/E-1/1-2003 betreffend Forderungen des Jugendkongresses vom 3. Dezember 2003 an den Landtag von Niederösterreich wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 erledigt.“

Ich ersuche die Debatte durchzuführen und dann darüber abstimmen zu lassen.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt als erster Redner Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist wunderbar jedes Jahr wieder zu erleben, mit welchem Engagement sich die jungen Menschen, die am Jugendkongress teilnehmen, einbringen. Daher haben sie auch ein Recht auf die Haltung der NÖ Landespolitik zu ihren Anliegen. Daher ist es auch vom Zeitfaktor wichtig, jetzt, bevor viele von ihren Schulen abgehen, noch rechtzeitig die Rückmeldung den jungen Menschen zukommen zu lassen.

Die Jugendlichen haben sich inhaltlich, wie vorgegeben, in erster Linie mit der europäischen Zukunftskomponente beschäftigt. Aber sie haben wie jedes Jahr wieder auch grundlegende nationale und Systemfragen ernsthaft angesprochen. Es geht um einen breiten Themenkatalog, den wir ernst nehmen müssen. Da uns jene Generation, die unmittelbar betroffen ist und sein wird, ihre Vorstellungen eingebracht und vorgegeben hat.

Niederösterreich ist in vielen Bereichen, was Serviceleistungen und Angebote für Jugendliche betrifft, vorbildhaft. Aber dem stehen gerade von Seiten der Bundespolitik tiefe Einschnitte, speziell im Bildungsbereich, gegenüber. Angefangen von den Stundenkürzungen, Minimierung oder Eliminierung von zusätzlichen Angeboten, die unsere Schüler und Schülerinnen, unsere Jugendlichen dringend notwendig hätten.

Wir haben eine erste Variante diskutiert und ich bin froh, dass ein Unterausschuss eingesetzt wurde zu dieser Thematik. Denn die erste Variante die vorgelegt wurde, hat den Vorstellungen, auch meinen Vorstellungen in keiner Weise entsprochen. In Wirklichkeit waren drei große Linien zu erkennen. Das ist Bundesmaterie, dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit, okay. Zweite Linie, wird derzeit im Österreich-Konvent besprochen, steht in Diskussion. Und der dritte Faden der sich durchgezogen hat, die Aufzählung der niederösterreichischen Angebote.

Wobei auch gelegentlich ein bisschen übers Ziel geschossen wurde. Es ist uns Gottseidank gelungen, den „Schnapsführer“ aus der Vorlage herauszubringen, weil ich glaube, das ist nicht zielführend. Und für die Jugendlichen wären damit die erwarteten Antworten nicht gegeben worden. Es hätte nämlich der politische Wille über weite Berei-

che gefehlt. Und da bin ich jetzt beim Kollegen Dipl.Ing. Toms. Wenn es um die Arbeitsleistung geht: Es war unser Part im Unterausschuss, im Wesentlichen die Handschrift aufzuprägen über die vorliegende Fassung, die wir heute behandeln, die wir heute beschließen werden und damit auch wirklich die Möglichkeiten des Landtages, der Landesgesetzgebung auszunutzen. Denn ursprünglich waren es nur drei Forderungen wert an den Bund weitergetragen zu werden. Diese Unvollständigkeit konnten wir erfolgreich korrigieren. Denn es muss unsere Aufgabe sein, alle Anliegen der Jugendlichen nicht nur ernst zu nehmen, sondern auch wirklich zu behandeln und dort hin zu tragen wo sie umgesetzt werden können.

Ein paar Anmerkungen zum Schwerpunkt Bildungsbereich. Von den Jugendlichen werden immer wieder alternative Lehrmethoden eingefordert. Und wir haben in der Realität hochqualifizierte Lehrer, die nach neuesten Erkenntnissen, mit neuesten Methoden arbeiten. Aber, das darf man auch nicht verschweigen, wir haben auch fortbildungsresistente um es so zu formulieren, wo es noch Probleme gibt mit neuen Methoden.

Und da haben wir uns durchgesetzt. Unser Vorschlag, der eingeflossen ist, wurde angenommen. Ein spezielles, verstärktes Angebot in der Lehrerfortbildung gerade in diesem wichtigen Segment. Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen. Das war schon oft Thematik im NÖ Landtag. Ich glaube, wir sind uns alle über die pädagogischen Vorteile einig. Und es steht wieder einmal Betriebswirtschaft gegen Volkswirtschaft. In Wirklichkeit zählen für viele eben nur die reinen Zahlen. Und wir müssen uns einmal entscheiden, diese Entscheidung wird öfter getroffen, findet aber keine Mehrheit, ob uns der Sparstift lieber ist oder ob es die Zukunftschancen für unsere Jugendlichen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Genauso erkennt die Jugend selbst auch aus den Pisa-Ergebnissen die Vorteile, die die Gesamtschule bietet. Bei uns kommen wir über ideologische Diskussionen nicht hinaus. Genauso ist es mit der Ganztagschule. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen, die gibt es, es ist durchführbar und wir sind in dieser Frage total offen, der Bedarf jener, die Schule nützen, soll entscheiden, welches Angebot ihnen am Liebsten ist, am Wichtigsten ist und welches sie für ihre Region, für ihren Lebensbereich möchten.

Und genauso geht es bei der Leistungsbeurteilung. Auch hier im Unterausschuss muss ich sagen, ist wirklich fast Revolutionäres gelungen. Da konnte etwas erreicht werden. Nämlich, dass der-

zeit wirklich ernsthaft von allen Parteien getragen eine Überarbeitung der Leistungsbeurteilung beim Bund von Seiten Niederösterreichs deponiert wird. Wir wissen, dass das derzeitige reine Notensystem nicht der Schlüssel der Weisheit ist und sein kann. Es passiert in heterogenen Gruppen und es gibt keine Vergleichbarkeit. Gleiche Lehrer kommen bei gleichen Arbeiten, die zu verschiedenen Zeiten qualifiziert werden zu verschiedenen Benotungen. All diese Probleme kennen wir. Und daher wird es notwendig sein, hier wirklich umzudenken und auch hier andere Formen in Zukunft zu erreichen. Nicht nur im Versuchsbereich und nicht nur wie ursprünglich vorgesehen war rein auf die verbale Beurteilung bezogen, wo wir genauso wissen, dass wir bei Stehsätzen schlussendlich landen werden.

Und wir diskutieren jetzt viel im Bereich der Bildungsstandards. Ich habe nichts gegen Leistung, im Gegenteil. Ich bin auch dafür, Standards, Standardisierungen zu erreichen. Aber bitte fachlich überlegen. Vierte und achte Stufe bedeutet nichts anderes als dass die Selektion überwiegen wird. Wenn ich das in der dritten und siebten Stufe mache, dann haben die Lehrer und auch die Kinder Chance, sich zu korrigieren, auf den richtigen Weg zu kommen, sich zu verbessern.

Jedes Jahr wieder nimmt bei den Jugendlichen die politische Bildung einen großen Stellenwert ein. Sie ist zwar in allen Schulformen verankert, in unterschiedlicher Ausprägung. Aber nachdem es von den Jugendlichen immer wieder angesprochen wird, scheint klar zu sein, dass zwischen Theorie und Praxis eine Lücke klafft.

Und ich glaube, dass es vielmals die Scheu ist, politische Bildung zu betreiben, weil manche das mit parteipolitischer Bildung verwechseln und natürlich auch die Ausbildung der Lehrer gerade in diesem Bereich nicht unbedingt schwerpunkthaft betrieben wird. Obwohl ich persönlich, zum Beispiel mit Podiumsdiskussionen in Schulen, wo wirklich die einzelnen Politiker ihre Meinungen, Standpunkte, darlegen können, sehr gute Erfahrungen gemacht habe.

In Summe, wenn wir jetzt das Gesamtpaket anschauen, ist es sehr wohl ein Erfolg meiner sozialdemokratischen Fraktion, dass neben dem Herantreten an die Medien alle Forderungen der Jugendlichen an den Bund herangetragen werden und nicht nur partiell einige Dinge, wie ursprünglich vorgesehen. Und ich bin sehr froh, dass wir das gemeinsam in der Ausschusssitzung erreicht haben.

Abschließend ein Wort zu einer Diskussion, die zum Jugendkongress passt, die zum Bildungsbereich passt und die derzeit in der Öffentlichkeit angeheizt wird und beinahe Kampagnenartig betrieben wird mit Missinterpretation von Diskussionspapieren, wo nicht einmal die halbe Wahrheit gesagt wird, sondern der Wunsch Vater des Gedankens ist. Und ich bemerke das schon in einigen Bezirken, dass ÖVP-Mandatare die Botschaft verbreiten, die SPÖ möchte die kleinen Standorte schließen auf Grund eines Diskussionspapiers, wo es in Wirklichkeit um verwaltungstechnische Überlegungen gegangen ist. Ob das sinnvoll ist oder nicht sinnvoll ist, das wird sich im Diskussionsprozess erweisen. Aber das ist wirklich einer Mehrheitspartei in diesem Land nicht würdig, so unseriös in der Öffentlichkeit zu agieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man könnte viele Dinge aus der Zukunftskommission herausnehmen, aus dem Österreich-Konvent, wo alles in Fluss ist, der ganze Bildungsbereich diskutiert wird und immer wieder von einem Bottom up, von einer totalen Umkrepelung des Bildungssystems gesprochen wird. Man könnte auch über die Anregungen des Bundesrechnungshofes diskutieren. Wo einige Dinge drinnen stehen, die meiner Meinung nach nicht realisierbar sind. Und ernsthafte Kollegen aus dem Bildungsbereich werden das auch nicht bestreiten können.

Uns ist es wichtig, dass klar ist, und zeitlich lässt sich das nachvollziehen, dass wir es waren, die im November 2003 den Antrag eingebracht haben, die ländliche Struktur aufrecht zu erhalten. Und Gottseidank erreicht haben, dass wir hier einen Allparteien-, einen gemeinsamen Antrag zustande gebracht haben. Denn für uns steht im Vordergrund, die Schule im Dorf zu lassen und unsere kleinen, jungen sechsjährigen Erstklassler nicht zu Pendlern werden zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Maier zu Wort.

Abg. Maier (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Jugendkongress vom Dezember letzten Jahres, den wir heute hier diskutieren, glaube ich, hätte nicht besser das Thema Europa aufgreifen können und hätte nicht besser in die heutige Landtagssitzung gepasst als wie vor so einem historischen Zeitpunkt.

Ich treffe mich mit vielem Gesagten mit Abgeordneten Cerwenka, bei ein paar Sachen sind wir

auseinander, das wissen wir. Ich glaube aber auch, dass es gerade Ihr letzter Eingang auf dieses SPÖ-Papier, es gibt auch Beispiele andererseits, das Papier Team 04, das Ihrerseits dementsprechend ohne dass es noch großartig diskutiert wurde, schon zerrissen wurde. Man wird ja wohl noch Stellung beziehen können zu einem Papier das auch bei Ihnen diskutiert wird oder aus irgend einem Kopf wird ja das entstanden sein, das ist ja nicht irgendwas das vom Himmel fällt, sondern das ist schon in den Köpfen so mancher und somit sollte es auch dementsprechend der Öffentlichkeit kundgetan werden.

Bleiben wir beim Jugendkongress. Wer dabei war, wer sich die Zeit genommen hat, diesen Tag mit der Jugend hier im Landtag zu verbringen, hier Initiative dieses Jugendkongresses von unserem Landtagspräsidenten Mag. Freibauer, dem ich dafür sehr danke, und ich glaube auch, der richtige Weg wird damit beschritten, der wird bemerkt haben, dass in diesen Arbeitskreisen engagiert diskutiert wird von den Jugendlichen. Dass in diesen Arbeitskreisen wirklich Hirnschmalz hineingelegt wird, wenn ich so sagen darf. Dass sich Jugendliche hier interessiert zu Wort melden und probieren, ihre Meinungen kund zu tun. Das zu einem Bereich, der, glaube ich, in der Zukunft vor allem für die Jugend ein sehr wichtiger sein wird, nämlich das Thema Europa, das Thema EU-Erweiterung, das Thema wo stehen wir in einem Europa als Niederösterreicher, wo steht die Jugend und wo bewegen wir uns künftig hin.

Dieses Thema, das passender nicht sein kann, hat aber auch wieder einiges aufgezeigt. Bei vielen Diskussionen in den Arbeitskreisen, aber dann vor allem hier im Plenum im großen Saal, hat man einfach gemerkt, dass wir jedes Jahr, und wir waren uns hier auch im Unterausschuss, hat der Herr Abgeordnete Cerwenka auch schon gesagt, eigentlich einig. Dass wir vieles wiederfinden und das alle Jahre wieder hat auch einen Grund. Wir sehen jedes Jahr in diesem Saal nur wenige gleiche Gesichter, sondern sie wechseln ganz einfach. Es sind immer wieder dieselben, unter Anführungszeichen, dieselben Probleme. Vor allem aber die Informationsdefizite, die immer wieder auftauchen, weil ja tatsächlich schon vieles in Niederösterreich passiert. Das kann man ja nicht verschweigen. Aber ich glaube, gerade wir sind besser geworden bei der Information, wir müssen aber noch viel besser werden. Und das ist ein klarer Auftrag, glaube ich auch, an die zuständige Landesrätin, die hier schon viel bewirkt hat und dazu darf ich der Hanni Mikl-Leitner auch wirklich gratulieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo aber für uns alle, und vor allem für uns Abgeordnete hier auch im Landtag noch viel zukommt. Denn auch wir sind draußen vor Ort bei der Jugend, auch wir sind ständig in Diskussion mit der Jugend und auch wir sollten Multiplikatoren sein für das was wir in Niederösterreich anbieten.

Exemplarisch haben wir Etliches angeführt. Wir haben unser Landesjugendreferat das beispielhaft ist. Beispielhaft ist für ganz Österreich, denn ich kenne auch andere Landesjugendreferate. Und nicht überall hat die Jugendarbeit so einen hohen Stellenwert wie hier in Niederösterreich. Wir haben mit der TOPZ-Jugendinfo im Landhausboulevard eine öffentliche Anlaufstelle mit Jugendlichen hinter dem Schreibtisch sozusagen, wo erste Hemmschwellen schon genommen werden. Wir machen Veranstaltungen, wir bieten Jugendaustauschprogramme an, wir haben jedes Jahr das europäische Jugendcamp in Niederösterreich, auch schon jahrelang ausgerichtet auf die kommende EU-Erweiterung. Wir haben in diesem Landesjugendreferat Kontakt zu ausländischen Partnern. Wir sind aktiv bei Jugendpolitik in der Gemeinde. Wir betreuen vom Jugendreferat extrem viele Wettbewerbe in den Schulen, unter den Vereinen. Wir bieten Seminare an, wir haben jede Menge Broschüren, wir sind die Anlaufstelle in der TOPZ-Jugendinfo, die EU-Regionalstelle für EU-Förderungen. Und ich glaube, dass es vor allem auch hier deine Arbeit war, Frau Landesrätin, dass wir im letzten Jahr 2003 500.000 Euro für Jugendprojekte hier nach Niederösterreich holen konnten. Du hast dich hier sehr, sehr engagiert und auch dafür ein herzliches Dankeschön. Weil mit diesen 500.000 Euro haben wir 50 Projekte im Jugendbereich erledigen können, positiv erledigen können und auch 8.000 Kids, Jugendliche sind hier dementsprechend bestärkt in ihren Plänen, bestärkt in ihren Projekten in den Gemeinden, in den Organisationen hervorgegangen. Beim Jugendkongress selbst wurden vier Bereiche diskutiert, Sie sehen sie alle im Antrag. Ein großer Bereich, der herausgekommen ist war der schulische Bereich, das ist natürlich ureigentlich. Es waren hauptsächlich Schüler die hier sitzen. Viele Schülervertreter selbst die auch in den Schülervertretungen sitzen. Natürlich gibt es dann auf der einen Seite ein Übergewicht an diesem Thema. Aber auch das Thema EU wurde vielfältig diskutiert und auch Bereiche wie der ländliche Raum sind sogar vorgekommen. Bereiche wie das Wasser. Auch hier ist es die Meinung der Jugend die dem hier zugrunde liegt.

Ein Grundproblem, das habe ich anfangs gemerkt, wir entdecken immer wieder selbige The-

men. Wir entdecken aber zum Teil auch durchgängig andere Problemstellungen. Man könnte jetzt rein theoretisch sagen, wenn man ein Thema vorgibt, so werden viele der Themen, die besprochen wurden, Themenverfehlung. Nur ich glaube, wir haben hier nicht das Recht, oder wir sollten hier nicht nach der Schule vorgehen und uns Themenverfehlung vorgeben, sondern wir sollten hier zulassen beim Jugendkongress, wir sollten sie über alles sprechen lassen. Und dass die Jugend hier aufbegehrt und so manches Thema auf den Tisch bringt, das jetzt gar nicht der Tagesordnung entspricht oder den vorgegebenen Themen entspricht, das kann durchaus sein. Das soll auch so sein und ich glaube, wir sollten auch so weit sein, das diskutieren zu können.

Vieles von dem was angesprochen ist, haben wir – und das habe ich schon angemerkt – erfüllt. Wir haben vieles von dem bereits realisiert, wir sind besser geworden in unserer Informationspolitik, in unserer Information an die Jugendlichen. Wir haben aber hier noch viel zu tun, das ist Tatsache. Wir haben im Unterausschuss - und auch ich bin froh dass es diesen Unterausschuss gegeben hat. Aber Herr Abgeordneter Cerwenka, es war ja nicht so, Sie haben es ja fast so dargestellt wie wenn die ÖVP jetzt gegen alle Beantwortungen gewesen wäre. Ich glaube, im Unterausschuss war sehr viel Einigkeit dabei. Natürlich sind wir dankbar auch für Ihre Anregungen, keine Frage. Aber es war Einigkeit im Unterausschuss. Ich glaube, es hat keine wesentlichen Debatten über einzelne Teile gegeben. Es hat keine Differenzen gegeben, wir waren uns hier einig. Und der heutige Antrag und die Beantwortung die vorliegt, ist, glaube ich, in Summe heute hier sicher positiv zu beurteilen. Wichtig war, und da pflichte ich Ihnen bei, kann ich auch sehr wohl die Meinung von unserer Seite darstellen.

Wesentlich ist, dass wir eine klar und deutliche Antwort geben. Wesentlich ist, dass wir die niederösterreichische Position vertreten. Wesentlich ist, dass wir hier nicht darum herumreden, sondern der Jugend reines Wasser einschenken. Hier bitte keinen Wein oder Schnaps.

Ja, alles in allem glaube ich ist der Jugendkongress sehr interessant mitzuerleben als Mandatar. Ich würde mich freuen, wenn jedes Jahr noch mehr von den aktiven Mandataren, von den Mandataren hier das aktiv erleben würden. Erleben würden, wie hier die Jugend agiert, wie sich hier die Jugend engagiert hier in diesem Saal auf den Plätzen wo normalerweise Sie, geschätzte Damen und Herren, sitzen. Das ist wirklich ein Erlebnis. Das ist, sage ich, auch Politik in Reinkultur. Hier merkt man schon, hier kommen die Politiker der Zukunft. In

dem Sinne freue ich mich jetzt schon auf den Jugendkongress im Dezember diesen Jahres. Ich nehme an, dass er im Dezember sein wird. Und würde Sie alle einladen, auch daran teilzunehmen und mit den Jugendlichen auch zu diskutieren. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner in der Rednerliste erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Ram das Wort.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der größte Fehler den die Jugend von heute hat, ist, dass man nicht mehr zu ihr gehört. Das sagte Salvador Dali. Und tatsächlich glauben sehr viele Ältere, die Jugend hat utopische und nicht erfüllbare Forderungen und Vorstellungen. Wie meine beiden Vorredner schon gesagt haben, war dieser Jugendkongress der letzte wirklich für mich auch sehr spannend und sehr interessant. Er war sehr interessant weil man gesehen hat, welche Forderungen die jungen Menschen haben, welche Themen die Jugend beschäftigt und vor allem welche Ansatzpunkte zur Politik unsere jungen Menschen in unserem Bundesland haben.

Betrachten wir die vorliegenden Forderungen des letzten Jugendkongresses, so sieht man, dass es sehr wohl Forderungen sind, die beweisen, dass die jungen Menschen von heute im Leben stehen. Die jungen Menschen haben in lebhafter Diskussion Programmpunkte erarbeitet, die realisierbar sind und die man sehr wohl berücksichtigen sollte. Vor allem in der politischen Arbeit für dieses Bundesland. Es gibt Themen, die uns alle betreffen. Wie zum Beispiel die europäische Verfassung. Wie zum Beispiel die Frage der Demokratie in Europa. Die Europaskepsis, und das hat man beim Jugendkongress gesehen, macht auch vor der Jugend nicht halt. Auch die Jugend hat das Gefühl, dass die EU über die Menschen drüberfährt und das Mitspracherecht des Einzelnen nicht gegeben ist.

Ich darf Sie erinnern in diesem Zusammenhang, wenn wir über das Thema Europa reden, dass vor dem EU-Beitritt die FPÖ als einzige vor dem Demokratiedefizit in der EU gewarnt hat. Es hat vor dem EU-Beitritt diverse Versprechungen gegeben. Versprechungen, die abweichend von den berühmten wie den sogenannten Ederer-Tausender auch zum Beispiel die Demokratie in Europa betroffen haben.

Es hat geheißen, nur wer dabei ist, soll auch mitreden. Nur wer dabei ist, kann auch mitreden.

Und wie hat es die Jugend formuliert in ihrem Forderungskatalog? Die Jugend hat gesagt, die EU soll bürgernäher, verständlicher und weniger bürokratisch sein. Ich glaube, diesen Ansatzpunkt sollten wir alle und können noch unterstützen. Ebenso die Forderungen nach dem europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft.

Auch hier hat man gesehen, dass die Jugend mit Engagement bei Themen, die ihre Zukunft betreffen, bei der Sache sind. Die Jugend hat sich hier eindeutig gegen die weitere Nutzung von Atomkraft und für alternative Energien, für die Unterstützung alternativer Energien ausgesprochen.

Interessant war auch die Diskussion im Bereich Zukunftschancen in der EU. Hier hat man gesehen, dass die Jugend sehr wohl, und der Kollege Cerwenka hat das auch gesagt, Interesse an den Themen Ausbildung, Bildung und Beschäftigung hat. Und besonders wichtig für unseren Landtag, der Punkt Niederösterreich in der EU. Und auch hier hat es der Kollege Maier schon erwähnt: Diese Punkte, die die Jugend vorgebracht hat, sind alle zu unterstützen. Es ist der Schutz der lokalen Ressourcen, der Schutz des Wassers, die Stärkung des regionalen Bewusstseins. Die regionale Produktivität soll ebenso gestärkt werden und natürlich auch der ländliche Raum.

Hier sieht man, dass die jungen Menschen in unserem Bundesland heimatverbunden sind und dass die jungen Menschen, wenn es um ihre Zukunft geht, sehr gute Ansätze haben.

Und ein wesentlicher Punkt, und den haben wir auch beim vorletzten Jugendkongress schon gehabt, war der Punkt bezüglich der Mitsprachemöglichkeit. Und hier hat es eine sehr lebhafteste Diskussion gegeben, vor allem zu dem Thema Wählen mit 16. Ein Thema, das wir auch in einer der letzten Landtagssitzungen gehabt haben, wo es auch heftige Auseinandersetzungen gegeben hat, und wo es auch heute wieder einen Vorstoß der Grünen geben wird, ich glaube, ich darf das schon verraten, es wird einen Resolutionsantrag geben, federführend des Abgeordneten Weiderbauer und seiner Kollegen betreffend der Senkung des Wahlalters bei Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre, des Passivwahlalters, und der Senkung des Wahlalters bei Gemeinderats- und Landtagswahlen, also des aktiven auf 16 Jahre.

Ich darf hier an dieser Stelle gleich sagen, dass wir hier gerne beitreten würden. Auch wir sind der Meinung, dass die jungen Menschen mehr Mitsprachemöglichkeiten in diesem Bundesland haben sollten. Es geht um die Zukunft der Jugend und

genau deswegen sollten wir ihnen auch die Möglichkeit geben, mitzuentcheiden. Ebenso wird es einen Resolutionsantrag der Grünen geben auf Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25. Ich glaube ... (*Abg. Dr. Krismer: Aber jetzt sagen wir das dann selber!*)

Darum habe ich die Begründung nicht vorgelesen, weil ich möchte euch natürlich eure Redebeiträge nicht wegnehmen. Aber das Recht, hier zu sagen, dass wir gerne beitreten würden, das nehme ich mir schon heraus, Frau Kollegin. Weil sonst hätte ich mit zweimal zu Wort melden müssen und das hätte ich dir vielleicht auch geben können. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Das muss man natürlich auch bei dieser Gelegenheit. Ich bin dir sehr dankbar, Kollege Kautz, dass man das auch hier bei dieser Gelegenheit erwähnen kann. Und ich dich erinnern darf, dass wir Freiheitliche als erste in diesem Landtag die Forderung nach Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre gestellt haben. Dass es auch schon Anträge von der SPÖ in dieser Richtung gegeben hat, und dass Ihr sicher nicht die Urheberschaft auf diesen Antrag habt. Aber wir sind froh, dass dieser Antrag wieder gestellt wird und werden deswegen diesen Antrag unterstützen und auch beitreten.

Geschätzte Damen und Herren! Nachdem wir hier ein bisschen abgesprochen sind, darf ich zum Abschluss sagen, dass die jungen Menschen, die Meinung der jungen Menschen in diesem Haus sehr wohl wahrgenommen werden sollte. Ich glaube, man hat sich auch bemüht, diese Meinungen dementsprechend aufzunehmen. Wir werden diesen Bericht gerne zur Kenntnis nehmen. Und ich darf mit folgendem Zitat von Willi Brandt enden: Wir brauchen die Herausforderung der jungen Generation, sonst würden uns die Füße einschlafen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Weiderbauer am Wort. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen des NÖ Landtages! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, liebe Freunde aus dem Waldviertel und aus Schwechat!

Lieber Thomas! Danke für deine Ankündigungen, aber ich habe mir Gottseidank noch ein bisschen mehr vorbereitet dass ich doch noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde.

Ich möchte damit beginnen, dass ich an dieser Stelle den Jugendlichen großen Respekt zollen

möchte. Und zwar einerseits dafür, dass sie wirklich eine sehr engagierte, inhaltsreiche und oft auch emotionale Diskussion geführt haben. Auf der anderen Seite für ihre irrsinnig große Geduld die sie aufbringen, dem NÖ Landtag gegenüber. Auch wenn die Personen immer wieder wechseln bei den Jugendlichen, sind doch einige dabei, die schon mehrmals bei diesen Jugendkongressen waren und sie sind wirklich so geduldig und kommen immer wieder, obwohl nur ein Bruchteil ihrer Forderungen eigentlich erfüllt wird. Also das ist wirklich beschämend. Auf der einen Seite eine Diskussionsplattform zu bieten wo sie ihre Anliegen, ihre Wünsche, ihre Forderungen formulieren können ist sehr, sehr positiv, wird von uns unterstützt. Auf der anderen Seite, diese Forderungen dann kaum oder überhaupt nicht zu unterstützen, lässt die ganze Aktion zu einer Alibiaktion verkommen und fördert unserer Meinung nach die Politikverdrossenheit, die den Jugendlichen immer wieder nachgesagt wird. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zu den Forderungen im Einzelnen: Eine Forderung war, Europa sollte demokratischer werden. Dieser Forderung müssen wir uns voll inhaltlich anschließen. Wenn wir sie allerdings auf die niederösterreichische Situation herunterbricht, dann muss man dazu sagen, sollten zuerst die Hausaufgaben auch hier im NÖ Landtag gemacht werden. Und Sie werden sich sicher erinnern können, dass wir in den letzten Sitzungen auch bei einer Aktuellen Stunde die Demokratiedefizite in unserem Bundesland kritisiert haben. Und bevor das nicht erledigt wird, wird das kaum auf europäischer Ebene durchsetzbar sein werden, dass hier Demokratie auch so gelebt wird, wie es unseren Vorstellungen entspricht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zu den Europathemen im Unterricht. Hier wird für mich ein grundsätzliches Problem sichtbar, das auch schon von den Vorrednern angeschnitten wurde. Es heißt, es schaut so aus, dass die Jugendlichen Forderungen stellen und die Antwort des Landtages lautet dann, wird im Konvent diskutiert, muss an den Bund verwiesen werden, ist schon im Landtag diskutiert worden. Also stellt man sich hier die Frage, gibt es ein Kommunikationsproblem oder ist wirklich die Ursache darin zu sehen, dass eben ständig neue Jugendliche kommen.

Es sollte schon im Vorfeld gelöst werden und man sollte schon in Vorbereitung dieser Jugendkongresse einfach darauf Rücksicht nehmen um diese Mehrgleisigkeiten zu vermeiden. Und wenn auch eine Forderung in diesem Zusammenhang war, die Themen im Unterricht sollten altersadäquat und nach neuen Lernformen eingebracht werden, dann ist hier anzumerken, dass sicher sehr viele

Lehrerinnen das auch schon praktizieren. Aber dass auch ein Anreiz geboten werden muss für Lehrerinnen, bei Fortbildungsseminaren sich diese neuen Lernformen anzueignen. Und dafür fehlen leider auch auf Grund der jetzigen Bildungssituation der Einsparungen die Anreize.

Nächstes Thema Atomausstieg. Natürlich ist das vollinhaltlich zu unterstützen von unserer Seite, das wird nicht verwundern. Aber, meine Damen und Herren, genügt es einfach zu erklären, das ist ein gemeinsames Anliegen des Bundes und des Landes Niederösterreich? Das wird wohl nicht ausreichen. Wo sind die Vorstöße in der letzten Zeit in Richtung Anti-Atompolitik? Es war eigentlich nichts zu hören. Man wird sehen, wenn die zehn Länder jetzt beigetreten sind, ob mit Tschechien diesbezüglich verhandelt wird, ob es hier Vorstöße gibt. Und ob eine Trendwende auch in Bezug auf die Alternativenergien hier wirklich stattfinden wird. Es heißt lapidar in der Begründung, es gibt Förderungen in der EU. Das wissen wir. Es gibt sie auch in Niederösterreich, nur werden sie mittlerweile gedeckelt und daher ist die Trendwende aus unserer Sicht nicht zu erkennen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zur gemeinsamen Asylpolitik. Die Antwort in dem Katalog lautet: Dazu gibt es viele Initiativen auf EU-Ebene die noch im Laufen sind. Ob das die Jugendlichen in Wirklichkeit zufrieden stellt, das frage ich mich. Bei der Gelegenheit fällt mir ein, wir haben vor einiger Zeit im Landtag eine Sicherheitsdiskussion gehabt. Da ist es darum gegangen, dass es Defizite gibt bei der Gendarmerie in Niederösterreich. Und da ist dann irgend wann der Klubobmann der ÖVP ans Rednerpult getreten und hat gesagt, naja, meine Damen und Herren, ist ja ganz klar. Was die SPÖ in den letzten Jahren verbockt hat, das kann unser Ernstl Strasser in dieser kurzen Zeit nicht aufholen. Sehr witzig.

Bei dieser Gelegenheit fällt mir ein, was aber dieser Innenminister in ganz kurzer Zeit geschafft hat im Hinblick auf die Asylpolitik. Er hat es sich vergrämt mit allen Institutionen in Österreich die Willens sind, gezielte Asylpolitik zu machen und zu unterstützen. Das ist ihm in kürzester Zeit gelungen und er hat dafür aus dem Inland und aus dem Ausland große Schelte geerntet und es hat sich an und für sich nichts geändert. Ich habe heute im „Standard“ gelesen, er ist sich immer noch nicht sicher, wird das jetzt so sein dass die Aufteilung klappen wird und dass Traiskirchen wirklich entlastet wird, also so sicher ist das noch gar nicht. Das ist die Asylpolitik, die sich die Jugendlichen sicher nicht gewünscht haben. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Präs. Ing. Penz: Wer sagt das? Das stimmt ja gar nicht!)*

Ich bin fest davon überzeugt, Herr Präsident, dass das stimmt.

Was den Verkehr anbelangt haben die Jugendlichen das auch genau auf den Punkt gebracht, meine Damen und Herren. Die Jugendlichen haben nicht gefordert, bitte baut uns Straßenkorridore. Das steht nicht drinnen in den Forderungen. Sondern sie haben gesagt, wir wollen eine Förderung des öffentlichen Verkehrs. Wir wollen billige Fahrten in den EU-Raum. Wir wollen, dass der Güterverkehr auf die Schienen kommt. Das steht drinnen.

So. Wie reagieren wir jetzt darauf? Bei einem Treffen im Zuge des Landesentwicklungskonzeptes hat unser oberster Verkehrsplaner und Raumplaner gesagt, bitte, wir haben in den letzten Jahren Unmengen für die Bahn ausgegeben. Das glaube ich schon. Weil ein vierspuriger Ausbau der Westbahn, das ist alles recht gut und schön, der ist sehr kostenintensiv. Und daher müssen wir jetzt, jetzt müssen wir anfangen, Straßen zu bauen. Das ist ganz wichtig.

Er hat auch das Beispiel, das wird euch vielleicht interessieren, von der Straße von Krems nach Zwettl genannt. Die ist ausgebaut worden und das geht jetzt wunderbar rasch. Was sehr rasch geht, das hat sich in der letzten Zeit gezeigt, dass es irrsinnig viel schwere Unfälle gegeben hat mit Todesfolge. Das ist die Konsequenz dieser Maßnahmen. Und wir haben heute schon darüber diskutiert, meine Damen und Herren, sind Sie wirklich der Meinung da herinnen, dass diese Verkehrspolitik der Straßenkorridore, der hochrangigen Autobahnen, dass das wirklich die Lösung ist?

Ich bin gestern Nachmittag um halb vier von meiner Schule aus Loosdorf nach Melk gefahren, Bundesstraße 1. Lkws rund 40 Stück. Ich weiß schon was jetzt kommen wird. Naja, Lkw-Flüchtlinge, da hat unser Landeshauptmann schon Initiativen gesetzt, wird sich sofort ändern, keine Frage. Nur glaube ich nicht daran. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie sind lernfähig Herr Kollege!)* Bei Gelegenheit, Herr Präsident, gebe ich gern das Kompliment zurück.

Weitere Forderung: Anpassung des Unterrichts in Geschichte und Geografie und Ausweitung der politischen Bildung. Ich gebe den Antworten Recht, hier ist ein Spielraum gegeben. In diesen Gegenständen liegt es an den Lehrerinnen, sie haben die Möglichkeit, EU-Themen in den Unterricht einfließen zu lassen. Auch bei der politischen Bildung ist das möglich. Ob es sie wirklich überall in dem Maße gibt wie wir uns das vorstellen das bezweifle

ich. Und die heute schon angekündigte Wahlaltersenkung, darauf später noch, wird es natürlich erfordern, hier gezielt Änderungen durchzuführen. Nämlich schon in der Unterstufe damit zu beginnen und das dementsprechend auch anzubieten.

Niederösterreich in der EU. Für mich total interessant und faszinierend. Die Jugendlichen entwickeln hier in ihren Forderungen sehr viel Sensibilität um einerseits die eigene Identität zu bewahren und andererseits den neuen Mitgliedstaaten die Hand zur Zusammenarbeit zu reichen. Wir halten vor allem die Ausrichtung der Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit für unumgänglich, was einen schonenden Umgang mit den Ressourcen jeglicher Art impliziert und sehen vor allem hier auch in Niederösterreich noch einen großen Aufholbedarf.

Was haben wir in der EU zu sagen? Ich bin ja froh, Thomas, dass du das angeschnitten hast, und lieber Helmut Cerwenka, ich habe das eigentlich von euch vermisst. Die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre ist doch ein ureigenstes Thema der Sozialdemokratie. Wir sind von den sozialistischen Jugendlichen geprügelt worden, wir hätten uns diese Idee unter den Nagel gerissen. Und jetzt kommt von euch nichts. Jetzt kommt von euch nichts. Also ich bin schon gespannt wie ihr darauf reagieren werden.

Wir sind es wieder, die jetzt dazu einen Resolutionsantrag stellen werden. Und wenn ich daran denke, dass im Wahlkampf zur Bundespräsidentenwahl beide Kandidatinnen dieses Thema aufgegriffen haben. Die Kandidatin der ÖVP hat gemeint: Natürlich. Ausprobieren auf Kommunalebene, das sollte man machen. Der Kandidat und zukünftige Bundespräsident der Sozialdemokraten hat gesagt: Natürlich. Sofort umsetzen. Gemeinderatswahlen, Landtagswahlen, auch im Bund soll darüber diskutiert werden.

Es gibt genug Beispiele anderer Bundesländer wo das schon lange praktiziert wird, und zwar mit Erfolg praktiziert wird. Und Niederösterreich hinkt hier hinten nach und es ist Handlungsbedarf. Das sollte endlich durchgesetzt werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Abschließend meine Damen und Herren. Wenn man sich den Antrag schlussendlich anschaut, steht da drinnen eine einzige Forderung. Und wenn Sie sich erinnern, haben wir die beim letzten Jugendkongress auch schon gehabt. Es soll an den ORF herangetreten werden, dass Jugendthemen vermehrt gebracht werden. Das haben wir voriges Jahr genauso drinnen gehabt. Es hat sich nicht viel geändert. Jetzt haben wir es als einzige

Forderung wieder drinnen und es wird sich wahrscheinlich auch nicht viel daran ändern. Daher komme ich jetzt schlussendlich zu meinen Resolutionsanträgen. Ich darf sie Ihnen zur Kenntnis bringen. Erster Antrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Weiderbauer, Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Ram und Waldhäusl zum Antrag des Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschusses, Ltg. 151/E-1/1 - Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend die Forderungen des Jugendkongresses vom 3. Dezember 2003 betreffend Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25.

Der NÖ Jugendkongress 2003 hat sich abermals dafür ausgesprochen, dass die Klassenschülerzahl auf 20–25 gesenkt werden soll. Bereits 1989 haben Eltern mit dem Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen auf die unhaltbaren Zustände der zu hohen Klassenschülerzahlen hingewiesen. Trotz großer Anstrengung von Eltern- und Lehrerseite, ist in all den Jahren keine Verbesserung bzw. kein Wille zur Änderung von Seiten der Bundesregierung erkennbar gewesen.

Besonders schwierig ist die Situation an den AHS, BHS und BMHS, in denen nach wie vor auf Grund einer Ausnahmebestimmung 36 SchülerInnen in einer Klasse unterrichtet werden. Im Pflichtschulbereich ist ebenfalls die Senkung von 30 auf 25 ein Gebot der Stunde.

Gründe für die Senkung aus Sicht der Eltern und SchülerInnen:

- Die in den Lehrplänen geforderte Individualisierung ist in Klassen mit 36 bzw. 30 Schüler/innen nicht möglich.
- In großen Klassen ist die Mitarbeit für alle äußerst schwierig (sollte jeder Schüler in die Mitarbeit einbezogen werden, so wäre bei einer 50-Minuten-Stunde eine durchschnittliche Zuwendung des Lehrers/der Lehrerin von knapp über einer Minute pro Schüler/in maximal möglich).
- Reines Faktenwissen wird zunehmend weniger vermittelt, immer mehr moderne Fertigkeiten sollen gelehrt bzw. eingeübt werden, dazu muss mehr Zeit pro Schüler/in aufgewendet werden.
- Sprachunterricht (verstärkte Kommunikation erforderlich), aber auch handlungsorientierter Unterricht, wie Biologie, Physik, Chemie, sind

fast unmöglich mit 30-36 Kindern in der Klasse zu unterrichten.

- Projektunterricht, Teamarbeit, individuelle Betreuung, etc. sind in großen Klassen ein Problem.

Die derzeitige Situation ist für alle Betroffenen unzumutbar. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Resolutionsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ziel heran zu treten, die KlassenschülerInnen-Höchstzahl auf 25 zu senken.“

Zweiter Antrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Weiderbauer, Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Ram und Waldhäusl zum Antrag des Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschusses, Ltg. 151/E-1/1 - Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend die Forderungen des Jugendkongresses vom 3. Dezember 2003 betreffend Senkung des passiven Wahlalters für Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre.

Die so oft bemühte ‚Politikverdrossenheit‘ unter Jugendlichen ist in Wirklichkeit weniger eine Verdrossenheit gegenüber der Politik, als vielmehr gegenüber PolitikerInnen und Institutionen. Je älter man wird, ohne aktiv mitbestimmen zu dürfen, desto größer wird die Kluft zwischen WählerIn und Partei, zwischen BürgerIn und Entscheidungsträgern. Gerade da muss angesetzt werden und Jugendlichen die Chance zur Mitbestimmung gegeben werden. Dennoch sieht die NÖ Gemeinderatswahlordnung vor, dass in den Gemeinderat nur Personen gewählt werden können, die das 19. Lebensjahr vollendet haben. Dies, obwohl in Österreich bereits im Jahre 2001 die Volljährigkeit auf 18 Lebensjahre gesenkt wurde.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle der NÖ Gemeinderatswahlordnung vorzulegen, wonach das passive Wahlrecht für Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre gesenkt wird.“

Letzter Antrag (*liest:*)

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Weiderbauer, Mag. Fasan, Dr. Petrovic, Dr. Krismer, Ram und Waldhäusl zum Antrag des Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschusses, Ltg. 151/E-1/1 - Antrag der Abgeordneten Mag. Wilfing, Cerwenka u.a. gem. § 34 LGO 2001 betreffend die Forderungen des Jugendkongresses vom 3. Dezember 2003 betreffend Senkung des Wahlalters bei Gemeinderats- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.

Das Wahlrecht ist ein zentrales Mitbestimmungsrecht. Politik von heute bestimmt die Gesellschaft von morgen. Die heutige Jugend ist jene Generation, die mit der zukünftigen Gesellschaft fertig werden muss. Daher sollen auch Jugendliche ab einem bestimmten Alter die Möglichkeit haben, in politische Entscheidungsprozesse einzugreifen und an Wahlen teilzunehmen.

Der Jugendkongress 2003 hat abermals die Forderung nach einer Wahlaltersenkung auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen beschlossen und diese Forderung an den NÖ – Landtag gerichtet. Dieser Forderung könnte der Landtag ohne weitere bundesgesetzliche Maßnahmen durch einen Gesetzesbeschluss nachkommen. Darüber hinaus sollte im Zuge dessen auch das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre reduziert werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, Novellen der NÖ Gemeinderatswahlordnung sowie der NÖ Landtagswahlordnung vorzulegen, wonach das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wird.“

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Thumpser das Wort.

Abg. Thumpser (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Lieber Kollege Weiderbauer!

Die Forderung nach Senkung des Wahlalters ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Ich bin zwar vielleicht noch jung an Jahren, aber reich an politischer Erfahrung. Ich kann mich erinnern, vor rund 25 Jahren, da waren die Grünen noch in keinem Parlament in Österreich vertreten, haben wir dazumals schon als Sozialistische Jugend diese

Forderung dementsprechend eingebracht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ich freue mich, dass die Grünen auch dafür sind und wir werden diesem Antrag sicherlich zustimmen. *(Unruhe bei Abg. Mag. Fasan.)*

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Sinn dieses Jugendkongresses sehe ich einerseits darin, in einen Dialog mit den Jugendlichen zu treten. Und auf der anderen Seite sehe ich diesen Jugendkongress aber auch darin, die Politik den Jugendlichen näher zu bringen. Und das kann man auf sehr vielfältige Art und Weise positiv tun. Man kann das aber auch in einer negativen Art und Weise tun.

Positiv wenn man Forderungen des Jugendkongresses übernimmt, umsetzt. Negativ, wenn man gewisse Forderungen schubladiert auf den Sankt Nimmerleinstag verschiebt. Oder aber auch in einer negativen Art und Weise, wenn Kolleginnen und Kollegen völlig entgleisen und abseits jeder politischen Kultur agieren. Und wenn der Kollege Karner zum Schluss meint zu einem Koalitionspartner von ihm, er macht letzte politische Zuckungen eines abgehalfterten Vizekanzlers und abgehenden Ministers, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist es ein Zeichen einer Unkultur. Und ich möchte gleich hinzufügen, ich bin kein Freund von Minister Haupt, wahrscheinlich kennt er mich weniger wie den Kollegen Karner. Aber er hat uns zumindest am Wochenende geholfen. Und es ist auf alle Fälle eine Unkultur, die sich da breit macht, mit der wir jungen Menschen die Politik nicht näher bringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist schon sehr viel auch inhaltlich zum Jugendkongress gesagt worden. Sehr viel von dem, was meine Vorredner gebracht haben kann ich auch unterstreichen. Es ist richtig und es ist gut, dass es diesen Jugendkongress gibt. Es ist richtig und gut, dass es Niederösterreichs Jugend in Form dieser Plattform möglich ist, ihre Forderungen zu erheben. Und es ist richtig und gut, sie auch aktiv in diesen Diskussionsprozess einzubinden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist aber auch gerade in der Jugendarbeit wichtig, die Forderungen der Jugendlichen ernst zu nehmen. Es ist wichtig, die Forderungen, soweit sie im Bereich des NÖ Landtages sind, zu diskutieren und umzusetzen. Und es ist wichtig, bei all den anderen Forderungen Druck auf die jeweilige Institution auszuüben um den Forderungen der niederösterreichischen Jugendlichen Nachdruck zu verleihen. Es ist wichtig, in einen offenen und ehrlichen Dialog mit den Jugendlichen zu treten. Es ist wichtig, auch einen inhaltlichen Dialog mit den Jugendlichen zu

führen. Aber es ist umso wichtiger, dies auch ernst zu meinen.

Und gestatten Sie mir dazu, nach all den Beispielen, die die Kollegen vor mir schon zitiert haben, dies auch noch an drei Beispielen zu tun. Eine Forderung des NÖ Jugendkongresses betrifft die Schülerinnenvertretung und die Verbesserung der Schülerinnenvertretung. Punkt 2 ist, die Schülerinnenvertretung sollte ein selbstbestimmtes Budget zur Verfügung haben. Die Antwort, die Landesregierung wird diesbezüglich ersucht, beim Bund vorstellig zu werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich schau mir jetzt die nächsten paar Monate an, wie ernst auch die Landesregierung diese Forderung nimmt und wie wir dann am 1. Dezember des heurigen Jahres auch unseren Jugendlichen in diesem Forum wieder gegenüber stehen und sagen, wir haben diese Forderung vertreten. Wir haben diese Forderung beim Bund dementsprechend deponiert und es wird, so hoffe ich, für die Schülerinnenvertreter an unseren Schulen in Bälde ein Budget geben mit dem sie selbst in ihrem Bereich agieren können.

Zweites Beispiel und vom Kollegen Weidbauer auch schon angesprochen worden, die Forderung, der Schienenausbau soll mehr gefördert werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Glaubhaft und den Jugendlichen auch Ernsthaftigkeit vermitteln kann man dann, wenn man die öffentlichen Verkehrsmittel, und in dem Fall auch den Schienenausbau so attraktiv macht, dass die Schülerinnen und Schüler, die Lehrlinge dementsprechend mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihren Arbeitsplätzen oder zur Schule kommen. Denn die Jugendlichen sind zu einem Großteil auf diesen öffentlichen Verkehr dementsprechend auch angewiesen.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren im Bezirk Lilienfeld gerade die Einstellung der Bahnlinie Hainfeld bis nach Weißenbach a.d. Triesting. Eine Bahnlinie, die am Morgen und dementsprechend am Abend rund 50 Jugendliche dazu benützen um in die Schule nach Baden zu kommen. Diese 50 Jugendlichen, es war wahrscheinlich keiner von diesen beim Jugendkongress dabei, aber diese 50 Jugendlichen brauchen diese Bahn um nach Baden in die Schule zu kommen. Diese 50 Jugendlichen haben jetzt schon genug Schwierigkeiten vom Bezirk Lilienfeld nach Baden mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu kommen. Und diese 50 Jugendlichen werden wahrscheinlich weitaus größere Probleme haben wenn sie dann von Traisen nach Hainfeld fahren, von Hainfeld in einen Bus umsteigen müssen, mit dem Bus dann nach

Weißenbach a.d. Triesting fahren und von Weißenbach a.d. Triesting umsteigen in den Zug um dann weiter nach Baden zu fahren. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine halbe Weltreise.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einer solchen Thematik, mit einer solchen Praxis, nämlich öffentliche Verkehrsmittel einzustellen, werden wir, so glaube ich, im Bereich des Jugendkongresses nicht recht glaubwürdig werden. Deshalb denke ich mir, dass auch in dieser Praxis gerade im Ausbau der Nebenbahnen dementsprechend dem Jugendkongress Rechnung getragen werden muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Drittes Beispiel: Wählen mit 16. Der Landtag hat sich mit dieser Thematik beschäftigt. Im Landtag wurde diese Thematik ausführlich diskutiert und im Landtag fand dieser unser damals gestellter Antrag nicht die Mehrheit. Hätten wir es halt hinein geschrieben, dass die Mehrheit im Landtag gegen Wählen mit 16 ist. Ich hätte an und für sich nichts dagegen gehabt. Weil ich denke mir, auf eines sollten wir auch mit den Jugendlichen dementsprechend Rücksicht nehmen. Nämlich, wenn sie klare Forderungen aufstellen, dann sollen sie auch klare Antworten bekommen. Und eine klare Antwort wäre von mir durchaus gewesen zu sagen, der NÖ Landtag hat sich mit dieser Thematik beschäftigt. Antrag wurde eingebracht, ist aber von der Mehrheitsfraktion dementsprechend nicht zugestimmt worden. Und deshalb gibt es diese Forderung noch nicht, gibt es das Wählen mit 16 in Niederösterreich noch nicht.

Übrigens vielleicht geht es jetzt, weil die Salzburger sind ja auch mittlerweile gescheiter geworden. Und der Kollege Haslauer aus Salzburg tritt ja durchaus auch vielen anderen Beispielen in Österreich bei und sagt, Wählen mit 16 auf kommunaler Ebene ist durchaus gut. Und ich befürchte, dass irgendwann mittlerweile in Niederösterreich in diesem Bereich so eine Enklave sein wird, und zwar rundherum bei Landtags- und Gemeinderatswahlen mit 16 gewählt werden darf, nur in Niederösterreich noch nicht.

Und wenn Sie die vielleicht eigenen Umfragen aus dieser Bundespräsidentchaftswahl ernst nehmen und die Sie erhofft haben und die Ihnen ja gesagt haben dass eh die Jugendlichen eher konservativ gewählt haben, vielleicht wäre das dann ein Ansatzpunkt für Sie, diesem auch dementsprechend beizutreten und Wählen mit 16 auch in Niederösterreich möglich zu machen.

Zum Schluss, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass wir als NÖ Landtag von den Jugendlichen, von den Vertretern am Jugendkongress

daran gemessen werden, wie glaubwürdig wir ihre Anliegen im Landtag selbst bzw. gegenüber den übergeordneten Stellen vertreten. Der nächste Jugendkongress wird am 1. Dezember stattfinden. Und ich möchte bei diesem Jugendkongress in der Lage sein, den Jugendlichen entsprechend entgegenzutreten zu können und zu sagen, liebe Freunde, der Jugendkongress des Jahres 2003 hat etwas gebracht. Diese und jene Forderungen wurden im NÖ Landtag umgesetzt, diese und jene Forderungen von euch wurden gegenüber dem Bund dementsprechend vertreten und wir werden schauen, dass wir auch dieses umsetzen. Um dieses, werte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie zum Schluss. Den Anträgen der Grünen werden wir selbstverständlich zustimmen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Abgeordnete Adensamer. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Adensamer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Zukunft gehört der Jugend. Schon heute gilt es, sie auf die erwarteten Aufgaben vorzubereiten. Wie dieser Ausspruch positiv mit Leben gefüllt werden kann, hat Präsident Mag. Freibauer als langjährig erfahrener Förderer der Jugend mit der Einführung des Jugendkongresses im Jahr 1999 und der seither jährlichen Fortsetzung dieses Kongresses gezeigt. Verehrter Herr Präsident! Herzlichen Dank für dein Generationen übergreifendes Engagement. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum fünften Mal hat nun im vergangenen Dezember der Jugendkongress stattgefunden. Zahlreiche Jugendliche aus ganz Niederösterreich haben diese Möglichkeit genutzt, ihre Anliegen intensiv zu diskutieren und einen Themenkatalog aufzustellen. Diesmal schwerpunktmäßig zur EU.

Mit diesem Themenkatalog haben sich nun die zuständigen Abteilungen der Landesregierung und die Gemeindevertreterverbände in bewährter Weise eingehend auseinander gesetzt und ihre Stellungnahmen dazu abgegeben und im EU-Ausschuss hat man sich damit auch eingehend befasst.

Grundsätzlich lässt sich einmal festhalten, dass in Niederösterreich interkulturelle Jugendarbeit groß geschrieben wird. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Landesrätin Miki-Leitner ist es ein vorrangiges Anliegen, die Jugend von heute als Träger der Zukunft besonders anzusprechen. Und die Zukunft in Niederösterreich die liegt nicht irgendwo in weiter Ferne, wie wir heute schon

mehrfach diskutiert haben. Vielfach, sie liegt im Hier und Jetzt und wird mit dem 1. Mai 2004 in wenigen Stunden besonders greifbar.

Viele Veränderungen kommen auf uns zu. Und Veränderungen führen auch oft zu Verunsicherungen. Daher war es für Niederösterreich, wie heute schon beispielhaft vorgeführt, vordringlich, die Bevölkerung umfassend zu informieren. Besonders wichtig war und ist es nach wie vor, die Schülerinnen und Schüler entsprechend zu erreichen. Weil gerade sie als wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wesentliche Informationen in das familiäre Umfeld weiter tragen. Und Umfragen zeigen, dass 94 Prozent der Jugendlichen gegenüber der EU und der EU-Erweiterung positiv eingestellt sind.

So haben es sich zum Beispiel die NÖ Landesakademie und die NÖ Stadt- und Dorferneuerung zum Ziel gemacht, speziell für Jugendliche zwischen 14 und 19 aktuelle Informationen aus einschlägigen Fachkreisen zum Thema EU-Erweiterung weiter zu geben. Mit entsprechend aufgearbeiteten Referaten über die bevorstehende EU-Erweiterung wurden die Schülerinnen und Schüler direkt aufgesucht. Die Schulen konnten dabei schwerpunktmäßig aus Themenbereichen wählen wie Umwelt, Bildung, Landwirtschaft, Verkehr, Tourismus, Kultur, Wirtschaft oder Technologie. Diese Vorträge wurden von der NÖ Landesregierung und vom NÖ Landesschulrat unterstützt, sodass er an allen Schulen kostenlos angeboten werden konnte. Diese Referate wurden auch aus dem NÖ Fitnessprogramm gefördert und es wurden damit über 1.300 Schülerinnen und Schüler direkt erreicht.

Eine weitere großartige Initiative von Landeshauptmann Dr. Pröll ins Leben gerufen wurde heute schon mehrfach hervorgehoben, nämlich die Sprachoffensive. Gemeinsam mit dem Landesschulrat wird hier an den Schulen die Möglichkeit geboten, die Sprachen unserer neuen EU-Nachbarn zu erlernen. Tschechisch, Slowakisch und Ungarisch. Denn besonders der Kenntnis dieser Sprachen, der Sprachen unserer Nachbarn, wird in den nächsten Jahren eine wichtige Schlüsselqualifikation zukommen.

Und die enorme Beteiligung an dieser Offensive, die alle Erwartungen, wie bereits erwähnt, um ein Vielfaches übertroffen hat, zeigt, dass die Jugendlichen die Bedeutung von Fremdsprachenkenntnissen nicht nur kennen und wissen, sondern dass es ihnen auch wichtig ist, ihre Chancen zu nutzen. Mehr als 6.700 Schülerinnen haben sich aus mehr als 200 Schulen, begonnen von der Volksschule bis zur berufsbildenden höheren Schule an der Sprachoffensive beteiligt. Und sie

alle werden jetzt den Lohn auch für ihr Engagement neben dem Erlernen der Sprache erhalten, nämlich sie können die Sprache in unseren Partnerländern dann auch direkt ausprobieren bei einer einwöchigen Ferienwoche in Tschechien, in der Slowakei oder in Ungarn.

Jeweils in Regionen, wo es schon mehrjährige Partnerschaften gibt. Junge Menschen und Bildung haben in Niederösterreich einen hohen Stellenwert. Getragen von dem Gedanken, Europa erlebbar zu machen, gibt es eine weitere Reihe von Programmen, die den jungen Menschen die Chance bieten, internationale Erfahrungen zu sammeln und andere Sprachen und Kulturen kennen zu lernen. Hier leistet die NÖ Regionalstelle für EU-Jugendprogramme als Servicestelle für unsere Jugendlichen wichtige Arbeit. Hauptförderungsprogramme sind Jugendbegegnung, Jugendinitiativen und der europäische Freiwilligendienst. Derzeit sind zum Beispiel 80 niederösterreichische Jugendliche für freiwillige Dienste im Sozialbereich in EU-Staaten angemeldet.

Da die Landesregierung diese Aktion großzügig unterstützt, fallen für die Beteiligten keine Kosten an. Die TOPZ Jugendinfo Niederösterreich informiert weiters alle Schulen laufend über die aktuellen Angebote. Diese Infostelle informiert, berät und unterstützt außerdem Jugendprojekte dabei, EU-Gelder ans Land zu ziehen. *(Abg. Weiderbauer: Warum wissen die Schülerinnen das nicht?)*

Mit 500 Euro für über 50 Jugendprojekte ist im abgelaufenen Jahr einiges gelungen. Damit kein Cent in Brüssel liegen bleibt. Und ein Danke daher an Christian Tesch und sein Team. *(Abg. Weiderbauer: Warum fordern sie dann immer Informationen ein? Warum wissen sie das nicht?)* Das kann ich dir nicht beantworten, dann die Folder und die Plakate dazu hängen in allen Schulen. Und da die Schüler und Schülerinnen in unseren Schulen des Lesens kundig sind und ... Ich weiß nicht warum du es nicht weißt. *(Abg. Weiderbauer: Ich habe nicht gesagt dass ich es nicht weiß. Die Schülerinnen fordern es beim Jugendkongress!)* Ich weiß es nur wie es an meiner Schule gehandhabt wird. Es wird den Schülern, es werden die Schüler hingewiesen usw. Es ist also dies ein wichtiger Beitrag dazu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich wiederhole: Ein ganz wichtiger Beitrag, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer Erstausbildung schon die Chance haben europäische Luft zu schnuppern. Und damit jene Offenheit und Internationalität zu erlangen die not-

wendig sein wird um die Chancen des erweiterten Europa zu nutzen.

Und einen weiteren Schritt dazu leistet das EU-Programm Comenius. Dieses Programm wird vor allem mit den Nachbarstaaten durchgeführt. Denn wir müssen uns ganz klar sein. Die Erweiterung wird nur dann erfolgreich sein, wenn es auch viele Kontakte auf persönlicher Ebene gibt. Und wenn damit auch die Grenzen, die es im Kopf nach wie vor gibt, ausgeschaltet werden. Niederösterreich ist auch hier Vorreiter. Und da gilt unser Dank ganz besonders unserer Landesrätin Mikl-Leitner, aber auch allen Schulen, allen Direktorinnen, allen Lehrerinnen und den Eltern für das große Engagement das sie in diese Projekte legen.

In den letzten drei Jahren haben 205 grenzüberschreitende Comenius-Projekte von niederösterreichischen Schulen mit über 300 Partnerschulen stattgefunden. Und die Tendenz ist ständig steigend. Und auch heuer haben wir es wieder geschafft, die Nummer 1 unter den österreichischen Bundesländern zu sein. Von unseren Schulen in Niederösterreich stammen die meisten Projekte. Mit einem Wort, die Schulen sind informiert. Vielleicht einzelne weniger. Aber das liegt sicher nicht daran, dass zu wenig informiert wird. Es gibt so etwas wie eine Hol- und eine Bringschuld. Und die Holschuld ist ein wesentlicher Faktor in einer Gesellschaft, wo die Menschen verantwortungsvoll und selbständig agieren.

Es zeigt sich, dass es also für viele Anliegen der jungen Kongressteilnehmerinnen zu den Eurothemen bereits konkrete Angebote gibt. Wie die Beantwortung auch des Themenkatalogs beweist. Andere Anliegen werden auf ihre Durchführbarkeit geprüft. Es müssen auch Auswirkungen in den verschiedensten Bereichen ausgelotet werden und die Forderungen auch an die entsprechenden Stellen weiter geleitet werden wenn sie das Land nicht betreffen.

In schulischen Schreiben wird von Seiten des Landesschulrates, Herr Kollege, immer wieder auf EU-Themen und Förderungen hingewiesen. Die entsprechende Auswahl und Gewichtung von Schwerpunkten liegt außerdem gemäß unserer Rahmenlehrpläne im Ermessen der Lehrerschaft. Und aus eigener Erfahrung weiß ich, dass sehr viele Kolleginnen und Kollegen beim Setzen von Schwerpunktthemen sehr wohl auch die Schülerinnen und Schüler mit einbeziehen bei der Auswahl. Damit wird auch die Eigenverantwortung und die Selbständigkeit beim Wissenserwerb sehr positiv gefördert.

Ebenso werden dadurch die Schülerinnen geübt und geschult, Informationen eigenständig einzuholen, wenn nötig auch einzufordern und sie zielgerichtet zu nutzen. Durch die entsprechende Lehrerfortbildung werden immer mehr Lehrende verstärkt motiviert von der Rolle des überwiegenden Wissensvermittlers, der überwiegenden Wissensvermittlerin in die zukunftsorientierte Rolle des fördernden Prozessbegleiters, der Prozessbegleiterin zu wechseln.

Dass solches Lehrerengagement auch von Erfolg gekrönt ist und dass unsere Jugendlichen ihre Chancen erkennen und nutzen, zeigen die jungen Teilnehmerinnen des jährlichen Jugendkongresses. In diesem Sinne dürfen wir uns auf die Zukunft unseres Niederösterreichs freuen. Denn sie befindet sich bei der Jugend in besten Händen.

Ich darf noch festhalten zu den eingebrachten Resolutionsanträgen, dass diese mehrfach hier diskutiert worden sind. Unsere Haltung ist bekannt. Die ÖVP stimmt daher diesen Resolutionsanträgen nicht zu. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Sacher: Hoher Landtag! Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet darauf. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschusses, Ltg. 151/E-1/1:*) Das ist die Mehrheit.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden Resolutionsanträge eingebracht. Im Sinne unserer Geschäftsordnung handelt es sich um Abänderungsanträge, die jedoch in allen drei Fällen ausreichend von sechs Abgeordneten unterstützt sind. Ich bringe daher diese Abänderungsanträge der Reihe nach zur Abstimmung. Erster Abänderungsantrag der Abgeordneten der Grünen und der Freiheitlichen Fraktion, Stichwort Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25. (*Nach Abstimmung über diesen Antrag:*) Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt!

Der zweite Antrag, ebenfalls von den vier Abgeordneten der Grünen und den beiden Abgeordneten der Freiheitlichen unterzeichnet, Stichwort Senkung des passiven Wahlalters für Gemeinderatswahlen auf 18 Jahre. (*Nach Abstimmung über*

diesen Antrag:) Das ist ebenfalls die Minderheit. Damit ist der Antrag abgelehnt!

Der dritte Antrag der erwähnten Abgeordneten der Grünen und der Freiheitlichen, Stichwort Senkung des Wahlalters bei Gemeinderats- und Landtagswahlen auf 16 Jahre. (*Nach Abstimmung über diesen Antrag:*) Das ist ebenfalls die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt!

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche nun die Frau Abgeordnete Schittenhelm, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 208/B-35/1 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Schittenhelm (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 208/B-35/1, NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2003.

Hoher Landtag! Das NÖ Sportgesetz normiert im § 2 Abs.4, dass das Land Niederösterreich jährlich einen Sportbericht zu erstellen hat. Im Sinne dieses Gesetzauftrages wurde für das Jahr 2003 ein Sportbericht, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält, erstellt. Der Förderbericht enthält jene Projekte, die mit einem Beitrag des Landes Niederösterreich ab 3.634 Euro gefördert werden. Es enthält auch die Leistungen unserer Sportlerinnen und Sportler und ich glaube, dass wir hier allesamt sehr stolz darauf sein können. Ich stelle daher den Antrag des Kultur-Ausschusses (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 2003 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Sacher: Ich danke Frau Kollegin Schittenhelm für die Berichterstattung. Und ich eröffne die Debatte. Als erster Redner gelangt Mag. Ram zum Wort.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Dieser Sportbericht gibt den Überblick über das Sportgeschehen in Niederösterreich. Und er zeigt, dass das Jahr 2003 ein sehr gutes Jahr für den Sport in Niederösterreich war. Es war ein gutes Jahr für die Spitzensportler. Es gab auch heuer wieder großartige Erfolge. Zum Beispiel von Michaela Dorfmeister. Dann den Weltmeistertitel von Franz Stocher im Punktefahren bei der Rad-

bahnweltmeisterschaft. Und natürlich auch die großartigen Erfolge von Werner Schlager.

Werner Schlager hat ja schon in den letzten Jahren Weltklasseleistungen bewiesen. Sein Weltmeistertitel in Paris jedoch ist für mich die Krönung seiner Karriere und er bestätigt auch eines: Und zwar dass Werner Schlager ein großartiger Botschafter unseres Landes in der ganzen Welt ist und Niederösterreich und seinen Sport sogar in Ländern wie China populär macht.

Geschätzte Damen und Herren! Der Sportbericht zeigt auch, dass in Sachen Breitensportförderung viel geschieht. Gerade der Breitensport, besonders der Jugendsport liegt mir besonders am Herzen. Beim letzten Sportbericht schon habe ich auf die Bedeutung des Sports im Kampf gegen die Drogen hingewiesen. Leider haben wir auch in Niederösterreich ein Drogenproblem. Ein Drogenproblem, das auch in diesem Jahr verstärkt zu Tage gekommen ist. Besonders unter diesem Aspekt, aber auch unter dem Aspekt dass Sport dazu dient, die Jugend von der Gewaltbereitschaft wegzubringen, die Jugend zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung bringt und die Jugend auch zu einer gesunden Tätigkeit für ihren Körper und für ihr gesamtes Leben animiert, kann man den Sport und vor allem die Nachwuchsarbeit in den Vereinen, die Nachwuchsarbeit in ganz Niederösterreich nur unterstützen.

Auch im Sportstättenbau ist heuer einiges passiert. Das Land hat über 270 Anlagen, 240 Vereine und 81 Gemeinden gefördert. Im Zusammenhang mit dem Sportstättenbau sollte man aber auch über eine verstärkte Öffnung der Sportstätten in unserem Bundesland diskutieren. Es nützt zum Beispiel nichts wenn man hervorragende Sporthallen hat, die um sehr viel Geld errichtet werden, die um sehr viel Geld von den Gemeinden instand gehalten werden. Und diese Sporthallen die Hälfte der Zeit leer stehen. Hier wäre es unsere Aufgabe, aber auch vor allem die Aufgabe der Kommunen, für eine Öffnung dieser Sporthallen, dieser Sporteinrichtungen zu sorgen. Ich glaube, dass eine Öffnung, vor allem für Einzelpersonen oder auch für kleinere Gruppen hier durchaus möglich wäre und hier durchaus sinnvoll wäre.

Ein großes Anliegen ist uns auch der Behinderten- und Versehrtensport. Auch hier haben wir sensationelle Leistungen in Niederösterreich zu verzeichnen. Der Behinderten- und Versehrtensport zeigt, dass Sport Kraft geben kann, dass Sport auch für viele Menschen der Ausweg aus der Krise sein kann.

Geschätzte Damen und Herren! Der Sport hat sehr viele Facetten. Der Sport hat sehr viele Gesichter und er spielt in sehr viele Lebensbereiche hinein. So zum Beispiel, und ich habe es schon erwähnt, in die Jugendförderung, aber auch in die Kulturpolitik, in die Gesundheitspolitik. Und der Sport ist vor allem auch ein wirtschaftlicher Faktor. Denken wir nur an die sportlichen Großereignisse in unserem Bundesland, wie zum Beispiel die Waldviertel-Rallye, wo auch mein Kollege im Komitee tätig ist, aber auch an das Rennen am Semmering und an verschiedene andere Großveranstaltungen, die für die Regionen, wo sie eben veranstaltet werden und vor allem auch für die gesamte Wirtschaft in diesen Regionen, hervorragende Impulse bilden.

Und eines sollten wir auch nicht vergessen. Weil heute so viel gesprochen wird über die Verbindung zwischen den Ländern, über die Osterweiterung usw. Der Sport verbindet die Länder, der Sport verbindet die Menschen und der Sport bringt die Menschen näher zusammen.

Abschließend möchte ich meinen Dank aussprechen, und vor allem den Dank an die Funktionäre in den Vereinen, die meist unentgeltliche, engagierte Arbeit für den Sport leisten. Und auch für die Menschen in unserem Land.

Ich möchte aber auch an dieser Stelle, so wie im letzten Jahr, meinen Dank an die Frau Landeshauptmannstellvertreterin ausdrücken, weil ich der Meinung bin, dass sie in diesem Bereich mit sehr viel Engagement bei der Sache ist. Als ehemalige Spitzensportlerin weiß sie auch was die Sportler brauchen, welche Unterstützung der Sport in diesem Land braucht.

Ich darf nur appellieren bei dieser Gelegenheit, Sie machen schon sehr viel für den Sport. Schauen wir dass wir vielleicht im nächsten Jahr vielleicht noch mehr zusammen bringen. Danke! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Weiderbauer zu Wort gemeldet.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Danke, Herr Präsident!

Ich darf es kurz machen. Was den Sportbericht angeht, dürfte die Welt in Niederösterreich wirklich noch in Ordnung sein. Ich hatte das Vergnügen, bei etlichen Veranstaltungen und Sitzungen des Landessportrates dabei sein zu können und möchte an dieser Stelle im Namen der Grünen, vor

allem den Beamten des Landes, an der Spitze Herrn Hofrat Dr. Binder für seine Arbeit im Sinne des Sportes danken. Auch die Obleute der Dach- und Fachverbände haben durch ihre Verhandlungen eine ausgewogene und gerechte Aufteilung der finanziellen Mittel ermöglicht.

Obwohl leider auch der institutionalisierte Sport nicht ohne parteipolitische Einflussnahme und Punzierung auskommt, sind es gerade die vielen ehrenamtlich tätigen Funktionäre, die durch ihren Einsatz vor allem vielen Jugendlichen einerseits eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen, oder sie andererseits zu Höchstleistungen anspornen.

Ihnen ist es wahrscheinlich völlig egal welcher Partei ihr Sportverein zugerechnet wird. Sie sind Idealisten, die ihr Interesse und ihre Arbeit den Erfolgen ihrer Einzelsportler bzw. den Vereinen unterstellen. Ganz besonderer Dank an dieser Stelle all diesen Menschen, verbunden mit der Bitte, ihre Arbeit in diesem Sinne weiter zu führen.

Eine Kleinigkeit noch als Anmerkung und Anregung. Es geht in den Medien jetzt das Problem mit dem Schulsport, dass viele Turnlehrer sich beklagen und Turnlehrerinnen, dass die Kürzungen vor allem beim Turnunterricht greifen und daher sehr viele Schäden bei den Jugendlichen schon auftreten und zu bemerken sind. Vielleicht sollte man hier wieder gezielt Aktivitäten setzen um diesem Trend irgendwo Einkehr zu gebieten. Danke schön! (*Beifall bei den Grünen.*)

Zweiter Präsident Sacher: Nächster Redner Herr Abgeordneter Dworak. Ich bitte ums Wort.

Abg. Dworak (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Hoher Landtag!

Der vorliegende Sportbericht für das Jahr 2003 ist eine durchaus sehr erfolgreiche Bilanz in der die Schwerpunkte und Anstrengungen unseres Heimatlandes im Bereich des Sports sehr eindrucksvoll aufgezeichnet und dokumentiert werden.

Ich darf daher gleich zu Beginn meiner Ausführungen allen danken, die für diesen erfolgreichen Bericht verantwortlich sind und die Niederösterreich zu einem attraktiven Standort für Sportler und Sportvereine in fast allen Disziplinen entwickelt haben.

Wir können in punkto Sportförderung und Sportfolgen in Niederösterreich durchaus sagen, und das im Gegensatz zu einigen anderen Bereichen, dass wir beim Sport Europareife ja Europa-

klasse erreicht haben. Mein Dank gilt daher dem zuständigen Landesregierungsmitglied, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop, Herrn Hofrat Dr. Binder, dem NÖ Sportrat, allen Sportverbänden, die an dieser eindrucksvollen Leistungsbilanz mitverantwortlich sind. Den Sportschulen, den Institutionen, den Vereinen und vor allen Dingen den vielen tausenden Funktionären in Niederösterreich. Sie sind ja schlussendlich die, die rund 7,34 Millionen Euro erfolgreich verarbeiten und damit auch die nötigen Erfolge für unser Bundesland erzielen.

Besonderer Dank also gilt den Funktionären, die sich für die Menschen im Sportbereich einsetzen und damit unser Bundesland eine große Erfolgsbilanz vorlegen können. Diese Funktionäre stehen für mich bei der Analyse dieses Sportberichtes im Mittelpunkt, da ihr Engagement und ihr Einsatz das Sportgeschehen in Niederösterreich belebt und fördert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Natürlich ist es der Spitzensport, sind es unsere Weltklasse-Athleten, die das Sportgeschehen medial prägen. Die auch die Massen bewegen, Sport zu betreiben. Und wir können hier im Sportjahr 2003 neben den großen Erfolgen beim Schifahren, Tischtennis, Schwimmen, der Leichtathletik und im Radsport stolz feststellen, dass die Weltcupsiegerin Michaela Dorfmeister und Tischtennisweltmeister Werner Schlager bei der Wahl zum österreichischen Sportler des Jahres die großen Sieger waren.

Darüber hinaus hat Franz Stocher bei der Bahn-WM den Weltmeistertitel nach Niederösterreich geholt. Nicht vergessen aber auch die internationalen und nationalen Erfolge von Jürgen Melzer, Christoph Marik, Karin Mayr-Krifka, dem SVS Schwechat, Hypo Niederösterreich, Michael Buchleitner im Laufen und natürlich auch unserer Admira Wacker und den vielen anderen niederösterreichischen Sportlerinnen und Sportlern sowie Vereinen.

Durch diese vielen großartigen Siege wurde die NÖ Staatsmeisterehrung für 2003 heuer zum wahren Ehrungsmarathon, da unser Bundesland über 150 Staatsmeistertitel mit den Aktiven feiern durfte.

Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Hohes Haus! Erlauben Sie mir aber auch einige Anmerkungen zum Sportbericht, die für uns natürlich auch große Bedeutung haben müssen. Ich stelle fest, dass die sportärztlichen Untersuchungen mit rund 70.000 Euro gerade für die

angehenden Spitzensportler ein sehr gut investiertes Geld sind. Eine gründliche sportärztliche Untersuchung ist unbedingt erforderlich, damit die Sportausübung gerade im Spitzensport ermöglicht werden kann.

Erfreulich ist dabei, dass rund 1.870 Schülerinnen und Schüler von Sporthauptschulen in den Genuss einer professionellen Untersuchung gekommen sind und weitere 720 Angehörige von Verbandskadern und Leistungszentren von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben.

Ich darf aber auch positiv vermerken, dass der Budgetansatz für Dopingkontrollen deutlich gestiegen ist. Und das war ja schlussendlich auch eine Forderung von uns im Vorjahr. Dies aber nicht deshalb weil die Anzahl der Dopingsünder in Niederösterreich gestiegen ist, sondern weil wir in Niederösterreich verstärkt auf Information und Aufklärung setzen. Deshalb danke, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, dass anstelle der 18.640 Euro im Jahr 2002 dieser Budgetansatz auf 23.300 Euro gestiegen ist. Denn das ist der beste Kampf, das beste Mittel im Kampf gegen Doping und Drogen und daher auch die beste Information, die wir geben können.

Wir haben aber auch in Niederösterreich, im NÖ Sportgesetz der Anti-Dopingkonvention des Europarates Rechnung getragen und das österreichische Anti-Dopingkomitee darüber hinaus ermächtigt, geeignete Kontrollen vorzunehmen.

Ein großer Erfolg im letzten Jahr war natürlich wieder die NÖ Topsportaktion, die sich zum Ziel setzt, die Spitzensportler in Niederösterreich mit internationalem Standard zu fördern, dass sie sich bestens auf ihren Sport vorbereiten und konzentrieren können. Der Erfolg dieser Aktion, mit rund 110.000 Euro gefördert, schlägt sich hier eindrucksvoll in der sportlichen Erfolgsbilanz am Anfang meiner Ausführungen nieder.

Diese Topsportaktion ist eine nicht wegzudenkende, feste Institution für den niederösterreichischen Spitzensport geworden und wird auch durch Zuwendungen aus der Privatwirtschaft und den drei großen Dachverbänden hier gespeist.

Erfolgreich waren im Jahr 2003 auch die Maßnahmen im Bereich des Sportstättenbaus. Es ist dem Land Niederösterreich seit Bestehen der Sportförderung gelungen, in fast allen Gemeinden eine typengerechte Sportstätte zu installieren. Diese kommen natürlich den sportbegeisterten Menschen, der Bevölkerung zugute, den Vereinen und Sportverbänden. Und ich darf hier sagen, dass

mit 240 Vereinen und 81 Gemeinden mit rund 3,1 Millionen Euro hier ein großer Betrag ausgeschüttet wurde. Und ich darf mich hier nochmals auch bedanken bei Herrn Hofrat Binder. Denn er hat es auch schlussendlich zuwege gebracht, gemeinsam mit dem zuständigen Landesregierungsmitglied ein Plus von 8,8 Prozent im Budget zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich betrachte diese Förderung für die Gemeinden und für die Vereine als wichtigen Impuls für den niederösterreichischen Breitensport, weil auch ein wirtschaftlicher Faktor in einer Zeit der sehr schwachen Konjunktur dahinter steht. Es ist ja kein Geheimnis, dass gerade die Gemeinden durch Investitionen im Baubereich das marode Bau und Baunebengewerbe ankurbeln und sich diese Förderungen durch zusätzliche Mittel der Gemeinden und Vereine verdreifachen. Es sind dies auch in der Regel Investitionen, die der örtlichen und regionalen Wirtschaft zugute kommen.

Hoher Landtag! Ein weiterer sehr hoher Stellenwert für den niederösterreichischen Sport haben für mich drei Einrichtungen. Zum Ersten die Landessportschule, die nunmehr auf 13 sehr erfolgreiche Jahre für den Niederösterreich-Sport zurückblicken kann. Und wo heuer mit der Ballsporthalle ein sehr wichtiges Vorhaben realisiert wurde, das das Angebot der Sportstätten im Landessportzentrum hervorragend ergänzt.

Zum Zweiten natürlich die Leistungszentren und die 27 Sporthauptschulen, die der Motor des Schulsports sind. Gerade die Sporthauptschulen haben sich in Zeiten als die Jugend verstärkt in die Gymnasien gedrängt hat als stabiler Faktor für das niederösterreichische Pflichtschulsystem gezeigt und damit viele Schulstandorte nachhaltig abgesichert. Die Standorte der Sporthauptschulen Niederösterreichs sind heute sehr gut ausgelastet und sehr gut nachgefragt.

Und gerade in einer Zeit wo die Turnstunden im Unterricht eingespart werden, leider auch schon im Volksschulbereich, ist es wichtig, Schulsport und Vereinssport zu kombinieren. Deshalb finde ich es zum dritten sehr wichtig, dass wir in Niederösterreich auf die Trainer- und Lehrwarteausbildung einen sehr großen Stellenwert legen. Und ich darf sagen, dass die 241.000 Euro ein richtig investierter Betrag sind um hier bestqualifizierte Trainer auszubilden und moderne Trainingsmethoden zu entwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Sportjahr 2003 war ein sehr erfolgreiches für Nie-

derösterreich. Diese erfolgreiche Bilanz nehmen wir sehr, sehr gerne zur Kenntnis und gratulieren den Verantwortlichen. Den Verantwortlichen Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop und natürlich auch dem Sportreferenten Herrn Dr. Binder.

Es wird für die Zukunft des niederösterreichischen Sports notwendig sein, die finanziellen Mittel sicherzustellen. Die Budgetsteigerung von 8,9 Prozent im Vorjahr haben wir natürlich bemerkt. Und es beweist auch, dass der Sport in Niederösterreich sehr großartig unterstützt wird. Ich verknüpfe aber auch damit die Anmerkung, dass diese Budgetsteigerung natürlich nicht nur eine einmalige Sonderdotierung auf Grund der Landtagswahl im Vorjahr sein soll, sondern dass auch heuer diese Mittel für den Sport aufgebracht werden können. Denn ich glaube, nur so ist es möglich, dass wir langfristig unsere Spitzenposition im Sport ausbauen und absichern. Und ich verknüpfe auch damit die Bitte, dass wir natürlich auch die Randsportarten nicht vergessen, da sie es ohnedies immer sehr schwer haben, hier Sponsoren zu finden und diese daher verstärkt auf unsere Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde mir wünschen, dass wir im nächsten Jahr eine ebenso erfolgreiche Bilanz zur Kenntnis nehmen dürfen und an die großen sportlichen Erfolge im Jahr 2003 anschließen können. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass die Investition im Sport eine sehr gute ist und dazu beiträgt, die Vielfalt und vor allen Dingen auch das Niederösterreichbewusstsein zu stärken. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hiller am Wort.

Abg. Hiller (ÖVP): Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Hohes Haus!

Das Sportjahr 2003 schwelgt, und das haben meine Vorredner schon deutlich herausgestrichen, in Superlativen von Niederösterreich aus gesehen. Die Aufbruchsparole unseres Landeshauptmannes Niederösterreich muss unter die Top ten Europas geführt werden, hat sich im Sport möchte ich sagen sehr mustergültig umsetzen lassen. Und wir haben hier diese ehrgeizige Zielvorgabe in vielerlei Hinsicht bewältigen können.

Gerade in dem sehr medienumrankten Spitzensport sind die österreichischen Sportresultate sehr positiv und aufmerksam verfolgt worden. Aber auch der Breitensport ist es, der in Niederösterreich

nicht zu kurz kommt. Die Highlights wurden bereits erwähnt: Michi Dorfmeister und Werner Schlager haben Niederösterreich und Österreich in der Welt des Sporthimmels internationale Aufmerksamkeit und Wertschätzung und Anerkennung gebracht. Unsere niederösterreichischen Sportler des Jahres 2003 sind zugleich auch Weltspitze, das darf man nicht vergessen, in Massensportdisziplinen am Erdenrund.

Wir haben aber darüber hinaus auch zahlreiche Weltmeistertitel und Spitzenplatzierungen erreichen können. Es wurde darauf verwiesen, dass Franz Stocher es endgültig geschafft hat, Bahnradweltmeister 03 zu werden. Wir haben einen Weltmeister im Degenfechten, eine Europameisterin im Bogenschießen. Ingrid Hirschhofer und Christian Balek triumphierten wieder bei der Grasschi-WM in Italien und nomen est omen, Doris Gwinner aus St. Pölten erwies sich als die Gewinnerin bei den Karate-Weltmeisterschaften in Sunderland in England mit zwei Goldmedaillen im Einzelbewerb und im Mannschaftsbewerb.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in anderen Disziplinen der Leithathletik, des Schwimmens, wurden hier gute Plätze erreicht, die darauf zurückzuführen sind, dass es im niederösterreichischen Sport einfach durch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte stimmt; eine gute weitsichtige Aufbauarbeit getätigt wird. Und vor allem, darauf haben auch meine Vorredner verwiesen, eine Truppe oder eine unheimlich große Anzahl an Vereinsfunktionären hier mitarbeiten, aber auch die Gemeinden sich einbringen und natürlich die Landespolitik ganz besonders unter Führung von Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop.

Es ist ein gemeinsam eingeschlagener Weg über die Parteigrenzen hinweg. Und wenn man so diese vorangegangenen Berichte gehört, könnte man sagen, wären wir in allen Dingen so einer Meinung, so würde wahrscheinlich in Niederösterreich eine Einheitspartei regieren. Wenn das so wäre wie es im Sport uni sono hier voran entwickelt wird.

Der Sportbericht 2003 beschreibt Leistungen und Entwicklungen, die speziell auf die Infrastruktur des Sportes in Niederösterreich abstimmen. Das Schwergewicht des Sportstättenbaus mit einem Volumen mit mehr als drei Millionen Euro im vergangenen Jahr hat sehr viele Adaptierungen bei Sportstätten ermöglicht. Fußball führt im Ranking der Investitionen nach wie vor unangefochten vor Tennis, Stockschiitzen- und Reitanlagen.

Ein Trend ist auch festzustellen, dass ergänzend oder erweitert zu Tennisanlagen auch Beach-

volleyballanlagen hier hinzugebaut werden. Das Jahr 2003 war aber auch noch, möchte ich sagen, die auslaufende Sanierungsphase für die Hochwasserschäden des Jahres 2002. Und die letzten Sportstätten, Grafenwörth zum Beispiel, Weißenkirchen oder Hadersdorf wurden fertig gestellt. Und es waren, sind auch einige neue Sportanlagen hier angelegt worden, die zum Teil aus verdichteten Siedlungsräumen auf die grüne Wiese gestellt wurden, wie das in Korneuburg der Fall war, in Hohenau. In Zistersdorf wurde eine Mehrzweckhalle im Bereich der Landesberufsschule in der Finanzierung mitgetragen um hier nicht nur für die Berufsschule selbst, sondern auch für die Stadt und die Region eine schöne Ballspielhalle zu haben.

Besonders löblich hervorstreichen ist eine Neuerung die den Energiesektor betrifft. Ab April dieses Jahres gibt es auch die Möglichkeit dass Alternativenergieanlagen in Sportanlagen eingebaut werden. Diese Projekte, vor allem ist gedacht an Solar- und Erdwärmeenergieanlagen, werden bis zu 2.200 Euro mit maximal 30 Prozent gefördert.

Dieser gute Anlagenstandard, den wir in Niederösterreich entwickelt haben, ist nicht nur für den Breitensport eine wichtige Voraussetzung, sondern natürlich auch der Fundus für den niederösterreichischen Spitzensport. Und gerade hier sind beginnend von den Sporthauptschulen, Sportgymnasien, bis hin zur Landessportschule, der Sportschule Lindabrunn des NÖ Fußballverbandes, Schulschiheim Hochkar, wichtige Zentren in welchen unser Nachwuchs der besonders begabte sportliche Nachwuchs in höchster Qualität ausgebildet und forciert werden kann.

Weiters kommt dem Jugendsport in Niederösterreich eine ganz besondere Bedeutung zu. Mit mehr als 900.000 Euro sind hier ganz große Aufwendungen getätigt worden, um nicht nur für heute sportliche Lorbeeren zu ernten, sondern letztendlich auch den nachfolgenden Generationen immer wieder den Sport nicht als Idol, sondern als Ideal hier darzustellen und auch für die Werbewirksamkeit dann zu sorgen, welche von diesem Sportgeschehen, der Berichterstattung auf die Bevölkerung positiv überspringt.

An Veranstaltungen gibt es in Niederösterreich große Events. Das ATP-Turnier hier in St. Pölten steht unmittelbar bevor. Es ist den Veranstaltern gelungen, der „Kronen Zeitung“, auch Landeshauptmann hat hier mitgewirkt, ein besonderes Idol des Tennissportes dieser Jahre Andre Agassi hier zu gewinnen. Ich glaube, ein Vorzeigesportler der

weit über den Tennissport hin anerkannt und beliebt ist, wird hier die Prominentenliste anführen.

Wir haben im heurigen Jahr auch eine Sommerolympiade in Athen. Wir können mit Stolz berichten, dass in etwa 20 Athletinnen und Athleten im Bereich die Limits für die Qualifikation geschafft haben. Die Top-Sportaktion, die durch Jahre hindurch kontinuierlich ausgebaut wurde, ist hier die Möglichkeit einerseits mittel- und längerfristig Aufbauarbeit zu tätigen und mit den Zuwendungen direkt für die Athleten können ganz besondere Trainingseinheiten in den Vorbereitungsmonaten für die Qualifikanten hier vor den großen Meetings in Athen getätigt werden.

Heuer gibt's auch wieder ein Weltcupdamenschirennen am Semmering. Da sieht man, dass hier auch der Sport mit dem Tourismus, mit Wellness als wirtschaftliche Verknüpfung ganz wichtige Dienste für die NÖ Wirtschaft in einem modernen Dienstleistungssektor erbringt.

Im Sportbericht 2003, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir tatsächlich den untrüglichen Nachweis erfolgreicher niederösterreichischer Sportpolitik Marke Liese Prokop. Aber ich glaube, alle Fraktionen anerkennen das, du bist nicht jene Person die das allein auf sich bezieht, wir wissen das. Aber du bist die Fachfrau selbst, die selbst das lebt und wahrscheinlich ist in all deinem großen politischen Engagement, wo auch das Soziale sehr stark wiegt, wahrscheinlich die die du am liebsten magst, eben die Sektion des Sportes.

Im laufenden Sportbudget für das laufende Jahr haben wir auch diese Politik in Zahlen festgeschrieben und in Bälde wird hier auch das Sportbudget 2005 wieder in ähnlicher Güte vorliegen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf zum Schluss kommen. Ich habe eingangs erwähnt mit Freude und auch mit Stolz von Superlativen geschwärmt. Ich glaube, Niederösterreich hat eine gute Sportpolitik hier aufs Parkett gebracht, welche auch in Zukunft große Beachtung finden wird. Dafür möchte ich ganz herzlich speziell allen, die sich vor Ort draußen bei den Sportlern, beim Sportgeschehen selbst einbringen, ein großes Dankeschön sagen. Meine zweite Dankesadresse geht an die Verbände, an die Abteilung des NÖ Sportes, wo ebenfalls mit Weitsicht und Kompetenz national und international gut gearbeitet und gesteuert wird. Und mein dritter Dank geht an die Superlative des niederösterreichischen Sportes, an Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop. Seit 35 Jahren, direkt kann man sagen vom olympischen Stockerl, vom Podest weg arbeitet Liese

Prokop nunmehr für den niederösterreichischen

Sport mit vollem Engagement, mit höchster Kompetenz und mit einem besonderen Gespür für die Ausrichtung einer Zukunftssportpolitik.

Dieser Sportbericht, meine sehr geehrten Damen und Herren, des Jahres 2003 ist vielleicht ein schicksalhaftes Dankeschön auch in deine Richtung und für deine Bemühungen. Wir von der NÖ Volkspartei nehmen diesen Sportbericht sehr gerne und auch mit einem gewissen Stolz zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Ich frage ob die Berichterstatterin ein Schlusswort wünscht.

Berichterstatterin Abg. Schittenhelm (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kultur-Ausschusses, Ltg. 208/B-35/1:)* Das ist einstimmig angenommen!

Ich ersuche nunmehr Herrn Abgeordneten Hiller, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 214/A-1/14 einzuleiten. Ich bitte um die Berichterstattung.

Berichterstatter Abg. Hiller (ÖVP): Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 214/A-1/14, Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Lembacher, Adensamer, Dipl.Ing. Eigner, Hofmacher, Maier und Mag. Wilfing betreffend Führung und Betrieb der Landeskrankenanstalten durch den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds.

Mit einigen Gemeinden wurden Verhandlungen geführt bzw. weitere Gemeinden haben ihr Interesse bekundet, ihre Rechtsträgerschaft aufzugeben und auf das Land Niederösterreich zu übertragen. Die Übernahme der Rechtsträgerschaft für diese weiteren Krankenanstalten durch das Land führt zu einer beträchtlichen Erhöhung des vom Land Niederösterreich zu verwaltenden Budgetvolumens und Personals. Die zu übernehmenden Krankenanstalten haben überdies voraussichtlich einen hohen Betriebsabgang.

Es ist daher notwendig, eine effiziente Managementstruktur zu schaffen um die Landeskrankenanstalten als ein Unternehmen mit bis zu 15.000 Mitarbeitern und mit einem Budget von bis zu einer Milliarde Euro bestmöglich führen zu können, das Betriebsergebnis der Landesanstalten zu

verbessern und den hohen Qualitätsstandard zu halten. Darüber wird eine maastrichtkonforme Gestaltung der Budgetierung angestrebt. Zur Erreichung dieser Ziele soll der bereits landesgesetzlich eingerichtete Fonds für den Bereich Gesundheit und Soziales um diese Aufgabe erweitert werden.

Die Institution des Fonds hat sich in der Praxis bewährt und verfügt auch über die notwendigen Erfahrungen in dem neuen Aufgabenbereich. Ich stelle daher den Antrag (*liest:*)

„Antrag des Gesundheits-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Mag. Schneeberger, Kautz, Lembacher, Vladyka, Adensamer, Findeis, Dipl.Ing. Eigner, Hofmacher, Maier und Mag. Wilfing betreffend Führung und Betrieb der Landeskrankenanstalten durch den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds.“

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Sacher: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben hier den Antrag betreffend die Führung und den Betrieb der Landeskrankenanstalten durch den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds. Es ist ja so, dass derzeit das Land Niederösterreich vier Landeskrankenanstalten betreibt. Und es wurde auch schon vom Berichterstatter gesagt, es gibt Bemühungen zur Übernahme der Rechtsträgerschaft von den Gemeinden.

Das heißt, der Konflikt bzw. die Diskussion ist Ihnen ja allen bekannt, wir haben im Landtag schon öfter darüber debattiert. Es gibt die Auseinandersetzung zwischen manchen Gemeinden und dem Land Niederösterreich wer manche Spitäler übernimmt bzw. wie die Zusammenarbeit in diesem Bereich funktionieren sollte.

Besonders in den Medien war natürlich der Konflikt zwischen der roten Stadt St. Pölten und dem schwarzen Bundesland Niederösterreich, wo es natürlich in erster Linie, so sagen die Betroffenen und beide Parteien, um die Gesundheit gegangen ist. Aber in Wirklichkeit war es doch so, dass die Parteipolitik hier im Mittelpunkt in diesem Streitgespräch gestanden ist. Klar: Das rote St. Pölten möchte die Macht, möchte die Parteibuchwirtschaft in ihrem Krankenhaus nicht aufgeben und nicht dem schwarzen Land überlassen. Das schwarze Land wiederum, der schwarze Landesrat hat natürlich Bestrebungen, sich hier eine zusätzliche Machtposition in der Landeshauptstadt zu schaffen. Und genau das, meine Damen und Herren, ist, was mich traurig macht. Weil jeder spricht davon, dass die Parteipolitik im Gesundheitswesen nichts verloren hat, aber in Wirklichkeit, in der Realität schaut das ganz anders aus.

Und genau damit müssen wir uns heute auch beschäftigen. Wenn es um den NÖGUS geht, wenn es um den Antrag geht, wie dieser Fonds hier gestaltet werden sollte. Auch hier sieht man, und das sieht man auch beim NÖGUS sehr klar und deutlich, dass dieses Land aufgeteilt ist. Dieses Land ist aufgeteilt in Schwarz und Rot. Ich gebe schon zu, die Roten sind ein bisschen weniger, die haben weniger Macht als die Schwarzen, aber es ist doch so, dass die Parteipolitik hier beim NÖGUS zumindest so funktioniert, dass es eine Zusammenarbeit gibt, dass es ein Zusammenspiel gibt und dass alle anderen politischen Kräfte ausgeschlossen sind.

Wir haben als Freiheitliche im Landtag schon diverse Bemühungen gehabt, Möglichkeiten zu finden, alternative Systeme zum NÖGUS zu finden. Es gibt hier zum Beispiel das System im Bundesland Steiermark, wo eben der Fonds in eine Gesellschaft ausgegliedert worden ist und wo die Parteipolitik draußen ist. Aber in Niederösterreich ist es uns leider nicht gelungen, mit unseren Anträgen hier durchzudringen und hier auf Verständnis zu stoßen. Ich frage mich an dieser Stelle nur, warum.

Geschätzte Damen und Herren! Zu diesem Antrag, der uns vorliegt, ist Folgendes zu sagen: Im Mittelpunkt dieses Antrages, und das zieht sich immer wieder durch, stehen zwei Mitglieder der Landesregierung. Zwei Mitglieder, eines rot, eines schwarz. Und interessant ist auch, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, die die grundlegende strategische Entscheidung treffen wird, der eben die grundlegenden Entscheidungen vorgelegt werden müssen, ebenfalls aus diesen zwei Mitgliedern besteht und ebenso aus zwei Gemeindevertretern.

Und es ist schwer zu erraten, welchen Parteien oder welchen Gemeindevertreterverbänden diese zwei Gemeindevertreter angehören sollten oder angehören werden. Ich glaube, ... (*Zwischenruf bei Abg. Weninger.*)

Ich glaube schon dass das feststeht, lieber Hannes, und du wirst das sicher auch wissen wie ich dich kenne. Weil bei solchen Vereinbarungen seid ihr gerne dabei, auch wenn ihr sonst so auf die schwarze Allmacht im Land losgeht und auf die Parteipolitik in diesem Lande losgeht. (*Beifall bei der FPÖ. – Abg. Weninger: Soll man es ihnen allein überlassen?*)

Ja, da gebe ich dir wiederum auch Recht. Dieses Land ist zu schade um es einer Partei zu überlassen. Aber mir wäre es lieber, wenn dieses Land den Bürgern gehören würde und nicht zwei Parteien. Das wäre, glaube ich, die optimale Lösung. (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen.*)

Und genauso ist es gerade im sensiblen Bereich Gesundheit. Es sind hier zwei Gemeindevertreterverbände, die ihre Mitglieder entsenden werden. Nur frage ich mich, was ist mit den anderen Gemeinderäten? Zählen nur die Gemeinderäte und die Bürger, die eben von diesen beiden Gemeindevertreterverbänden vertreten werden? Oder zum Beispiel, was ist mit den grünen oder Bürgerlisten-Gemeindevertretern? Oder auch mit unseren freiheitlichen Gemeindevertretern? Warum haben die da nicht die Möglichkeit mitzusprechen?

Ich glaube, dass man hier die Möglichkeit finden sollte, wegzugehen von der Parteipolitik, hinzugehen zu einer Lösung für das Gesundheitssystem. Wir haben uns öfters ausgesprochen für die einheitliche Trägerschaft. Ich darf dabei nur erinnern an die letzte Budgetsitzung, wo sogar zu meiner Überraschung ein Antrag von uns auf einheitliche Trägerschaft mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Und ich glaube, dass es richtig ist, hier auf eine einheitliche Trägerschaft im Sinne der Patienten, im Sinne der Menschen Niederösterreichs hinzugehen und hinzuarbeiten. Ich glaube aber nicht, dass die Parteipolitik im Vordergrund stehen sollte Danke! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Krismer, ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Dobrij den, ich glaube, das passt heute gut diese Begrüßung. Der vorliegende Antrag – es heißt guten Tag – der vorliegende Antrag birgt weit-

reichende Veränderungen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Es bedeutet einiges für das Gesundheitssystem, wenn, und das ist relativ rasch, diese Gesetzesvorlage in Kraft treten sollte.

Und genau weil es so eine wichtige Umstrukturierung im System ist, hätte dieser Antrag ein Begutachtungsverfahren gebraucht und es hätte auch ausreichend Zeit im Ausschuss benötigt, um eben in eine politische Debatte einzusteigen. Daher möchte ich schon einmal die Mandatarinnen und Mandatare der zwei Regierungsfractionen fragen, wie es ihnen so denn geht, wenn einen Tag vor der Ausschusssitzung der Antrag den Mandatarinnen vorgelegt wird. Ich bin davon überzeugt, dass das keine moderne Demokratie ist, die hier von Ihnen in Niederösterreich gelebt wird. (*Beifall bei den Grünen und Abg. Mag. Ram.*)

Und gerade weil es hier mit den Usancen und mit der Geschäftsordnung noch nicht so einen Modernisierungsgrad hat in Niederösterreich und wir heute die Aktuelle Stunde im Zeichen der Erweiterung der Europäischen Union abgeführt haben, möchte ich schon Kritik anbringen. Dass es jetzt hoch an der Zeit ist, dass die Geschäftsordnung reformiert wird. Und das werden nicht wieder die zwei Parteien machen, das hat der Kollege Mag. Ram schon richtig gesagt. Es gibt nämlich vier Fraktionen, die hier im Hohen Landtag sitzen. Das sind wir hier, wir sind vom Souverän, vom Volk, von den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern gewählt worden und daher sollten wir auch unser Mandat dementsprechend ausfüllen können.

Ein bisschen erinnert mich die Situation St. Pölten frappant an die an Brüssel. Wo so gemauert wird, und da gibt es diese Ratsitzungen und niemand erfährt etwas. Und so ist das auch in Niederösterreich. Es gibt die Landesregierungsitzungen, von denen ich als Oppositionelle gar nichts erfahre. Und dann gibt es Ausschusssitzungen, wo die einzige Debatte im Ausschuss so abgeführt wird, dass die SPÖ sagt, wir werden dem Antrag beitreten. Denn ursprünglich war der vorliegende Antrag ja ein ÖVP-Antrag. Und das war die ganze politische Debatte.

Meine Damen und Herren! Ich sehe, wir haben gewaltigen Aufholbedarf. Wir wissen in Brüssel, vielleicht sehen Sie das auch so von SPÖ und ÖVP, in Brüssel haben wir jedenfalls einen Aufholbedarf was einen gelebten Parlamentarismus betrifft, aber, bitte, nehmen Sie sich bei der Nase, wir haben ihn hier auch in St. Pölten. (*Beifall bei den Grünen.*)

Nun zum Antrag im Detail. Also es ist für mich noch nie so offensichtlich geworden, dass Gesundheitspolitik in Niederösterreich nach der Salami-Taktik abgehandelt wird. Salami-Taktik bedeutet erstens einmal, dass gewisse große Dinge so scheinbarweise heruntergeschnitten werden, irgendwie zerstückelt serviert werden. Das ist geschehen. Und Punkt 2, die Salami ist eine Rohwurst. Und da gibt's Unterschiede. Da gibt's die gut gereiften Rohwürste und da gibt's diese billigen weichen. Ich würde meinen, so wie Sie Gesundheitspolitik machen ist eher von der zweiten Sorte.

Und ich kann Ihnen auch Beispiele anführen. Es ist schade, dass heute ... Landesrat Schabl ist hier, aber Landesrat Mag. Sobotka ist leider nicht hier. Ich habe mir das jetzt herausgekratzt, am 29. Jänner in der Jänner-Sitzung habe ich hier im Hohen Haus an den Landesrat Mag. Sobotka die Frage gestellt, na wie schaut es jetzt eigentlich aus, was ist das politische Ziel von Ihnen? Soll die Struktur vielleicht eine Holding werden? Wie gehen sie mit dem gewaltigen Personalzuwachs umzugehen? Ist das Amt nicht etwas überfordert? Und, und, und. Und dann hat er darauf geantwortet, Zitat: Wenn sie sagen, das Amt ist überfordert, dann muss ich ihnen sagen, Frau Dr. Krismer, das Amt war noch nie überfordert und wird nicht überfordert sein. Weil eine dementsprechende amtliche Verwaltung dort, wo es Engpässe gibt, auch dementsprechend so handelt, dass man immer wieder in der Lage ist, durch Zukäufe und dementsprechende Möglichkeiten der Erweiterung oder zeitliche Schritte auch setzen kann um das auch zu bewältigen und so weiter.

Das war im Jänner. Und einen Tag vor der Ausschusssitzung bekomme ich da einen Antrag über ein weitreichendes Gesetz das genau jetzt sagt, na eben, das Amt kann das nicht bewältigen. Wir brauchen eine neue Struktur. Es wurde gewählt dritte Säule, das Management hinein in den Fonds. Gut, über das hätte man reden können. Sie reden anscheinend wenn dann nur mit Journalistinnen oder Rot redet mit Schwarz, aber ansonsten erfährt man da in der Öffentlichkeit und auch nicht als Parlamentarierin hier im Hohen Haus nichts. Und das ist eine Salami-Taktik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und ich würde meinen, aus grüner Sicht wären schon noch einige Dinge zu klären gewesen. Denn es steht jetzt drinnen, es können die Geschäfte selber in dieser Holding besorgt werden, aber auch an Dritte vergeben werden. Also wenn ich jetzt die Salami-Taktik weiter fortführe, dann könnte ich fast so eine Verschwörungshypothese aufstellen, na

vermutlich sind Sie ja schon in Gesprächen mit Herrn Köck und Konsorten. Und wir werden im Nu in diesem Bereich, in dieser Holding drinnen Dritte haben, die die Geschäfte leiten. Kann ich mir durchaus vorstellen dass Sie an so etwas denken.

Zweiter Punkt. Ich finde, der Kollege Mag. Ram, da muss ich ihm Recht geben, hat das völlig richtig durchschaut was den regionalen Fondsbeirat betrifft. Diese Holding hat nicht nur für den Betrieb zu sorgen, sondern hat auch eine wichtige Lenkungsaufgabe. Und hier auf regionaler Ebene, es sind angedacht ja fünf dieser Fondsbeiräte, sollte die Bestückung durch jeweils auch durch die Standortgemeinden in der Region erfolgen. Also die Parteibuchangelegenheit ist wieder eine andere, die lasse ich jetzt weg.

Nur, dann gehen wir jetzt ins Detail. Ich weiß nicht, ob die Kolleginnen aus meiner Region gerade hier im Sitzungssaal sind. Sie sind es nicht. Dennoch: 160, Gottseidank ist der Landesrat da, 160 Millionen Euro sollen nach Baden und nach Mödling fließen in die zwei Landesspitäler.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Und Sie haben nicht das Gespür dafür, dass es in Mödling einen Gemeinderat gibt, dass es in Baden einen Gemeinderat gibt, wo die Mandatarinnen sehr wohl, und wenn wir schon dabei sind, Gesundheitspolitik hat keine Farbe, jeder Farbe informiert werden müssen. Denn, wie sagt die ÖVP immer so, sie sind die Bürgerinnen-nahen. Na wir werden auch von den Bürgerinnen gefragt was passiert in diesen Spitälern. Und da sollte sozusagen die Kommunikation auch passen.

Wie machen Sie das? Der Landesrat Mag. Sobotka ist in Mödling, Foto mit dem Bürgermeister Kollegen Hintner, dann ist Landesrat Sobotka in Baden, Foto mit Abgeordneter Adensamer und Bürgermeister Breining. So. Und das hat sich wieder erledigt in der Region. Manche Dinge erfährt man aus den Zeitungen oder auch nicht. Gottseidank gibt's ja Stellen an die man sich wenden kann. Aber das können andere Gemeinderätinnen nicht.

Und zu einer modernen Gesundheitspolitik, und da die Grünen es ja auch so sehen dass diese Spitäler in Landeshand kommen sollten, da sind wir, glaube ich, fast die Einzigen mit den Freiheitlichen da herinnen, in der Regierung ist man sich ja nicht so einig darüber. da muss das kommuniziert werden. Und ich denke und hoffe, dass das auch so gemacht wird.

Und letzter Punkt. Also das ist mir als Oppositionelle schon klar. Bei so einer Holding wird die politische Verantwortlichkeit so ein bisschen weggerückt. Wenn jetzt dann noch ein Dritter, ein Ex-terner in die Holding hereingeholt wird, dann, naja, mit wem rede ich jetzt dann darüber wenn mir das nicht mehr gefällt was in den Spitälern passiert? Die Geschäftsführer werden bestellt, aber nicht gewählt. Also auch was Berichterstattung an den Hohen Landtag betrifft. Und generell so etwas wie die Kontrolle, nämlich hier von uns, von den Parlamentariern, das wäre noch ausbaufähig gewesen.

Dennoch. Dennoch werden die Grünen diesem Antrag zustimmen, weil er im weitesten unsere Vorstellungen deckt. Ich hätte mir gewünscht, dass es auch dazu Gespräche gibt. Aber es ist mir klar, dass die ÖVP den Regierungspartner mehr bevorzugt, der sich aber sichtlich nicht so einig ist, denn wenn ich in das weite Land hinaus schaue, ist die SPÖ in den meisten Gemeinden in Opposition zur Regierung. Da eben die roten Hochburgen die Spitäler nicht hergeben möchten.

Und der Kollege Mag. Ram, und jetzt gebe ich ihm ein zweites Mal recht heute, hat auch ganz richtig den Proporz angesprochen. Völlig richtig! Das ist ein Mangel in dem vorliegenden Antrag. Genauso wie jetzt beim Flughafen Schwechat, man nehme schwarzen raus, roten rein und umgekehrt, das ist so ein puff-puff-System, erinnert mich so an 70er und 80er Jahre. Aber bitte, das ist ja in einer modernen Demokratie nicht mehr notwendig.

Weil von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi habe ich gar nichts gehört dazu. Was heißt das jetzt für das Gesundheitssystem? Ihnen reicht jetzt in dieser Landesklinikenholding nicht ein Geschäftsführer, nein, zwei Geschäftsführer. Und jetzt mutmaße ich, einer wird ein roter sein, einer wird ein schwarzer sein. Dann gibt es zwei Vorsitzende im Ständigen Ausschuss. Also das finde ich ja wahnsinnig toll, das erinnert mich an das Rotationsprinzip der Grünen anno dazumals im Parlament drinnen. Die zwei Landesräte wechseln sich monatlich im Vorsitz ab. Einmal der schwarze Landesrat Mag. Sobotka und dann wieder der rote Landesrat Schabl. Also ich glaube, da habt ihr es noch ziemlich lustig in der Regierung.

Und was die zwei Gemeindevertreter betrifft, das hat der Kollege Mag. Ram eben gemeint, da können wir jetzt ein Ratespiel daraus machen wie die besetzt sein werden. Zwei, da wird auch wieder einer rot, einer schwarz sein. Also bitte, seid einmal ehrlich: Das sollte Schnee von gestern sein. Ich als Grüne würde mir wünschen, dass wir das so nicht

mehr machen sollten in dem Land und dass wir hier einen neuen Weg gehen. Dass nämlich Menschen, die sich wirklich auskennen, Fachexperten da drinnen sitzen, die nach Möglichkeit überparteilich auch agieren sollten. Denn Sie betonen ja immer, es gibt kein Mascherl. Kein Patient hat ein Parteibuch. Der ist zu behandeln. Und ich würde mir auch wünschen, dass die Gremien genauso zusammen gesetzt werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und abschließend möchte ich Sie eben wirklich dazu einladen, sich nicht nur, was jetzt die Europäische Union betrifft zu erweitern, sondern auch einmal in sich zu gehen, vielleicht auch den Kontakt zur Opposition mehr zu suchen, die Gespräche zu suchen, damit sich hier der Horizont im Lande, was die Demokratie betrifft, dieses Selbstverständnis auch erweitert. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, es ist notwendig, Nachhilfeunterricht zu geben. Denn wenn ich immer höre, Parteibuchwirtschaft und das Land gehört den Bürgern, ja, meine sehr geschätzten Damen von den Grünen, sind Sie nicht auch gewählt? Nur wir haben mehr Stimmen bekommen als Sie. Das heißt, das Land gehört den Bürgern. Nur mit einem Unterschied: Die ÖVP und die SPÖ stärker als die Grünen. Das heißt, wenn Sie davon reden von den Bürgern, dann reden Sie falsch. Sie müssen sagen, Sie wollen hinein, die Grünen wollen hinein und die Blauen wollen hinein. Aber das Land gehört den Bürgern und die Gemeinden, und die Bürgermeister sind von den Bürgern gewählt worden. In großem Ausmaß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und bis jetzt war es eben so, dass der Finanzlandesrat Vorsitzender vom NÖGUS war und der Gesundheitslandesrat für die vier Landeskrankenanstalten und für die Gesundheit zuständig war. Und das war eigentlich nicht das was wir wollten. *(Abg. Dr. Krismer: Gut verhandelt! Das war von Anfang an gut verhandelt!)*

Denn es sollte zusammen gearbeitet werden. Denn Verantwortung spricht mit Verantwortung. Die Opposition oder von euch höre ich nie das Wort Verantwortung. Von euch höre ich immer nur ich will diesen Posten, ich will da hinein, ich will dort hinein, da muss ich informiert werden. Aber ich sage immer, Information ist eine Holschuld, keine Bringschuld. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr.*

Krismer: Sie machen es sich sehr einfach! Genau so reagieren Sie in der Gemeinde!

Frau Kollegin! Wenn Sie sich herstellen und Fragen stellen, so glaube ich, wäre es einmal vernünftig nachzulesen, wie sich der NÖGUS jetzt schon zusammen setzt. Denn da gibt es schon zwei Geschäftsführer. Einer heißt Dr. Griessner und einer heißt Dr. Rupp. Und diese zwei Geschäftsführer werden sich auch darum kümmern über die Landesgesellschaft die zwei Geschäftsführer gibt es ja schon. Und mit einem kann ich Sie mit ruhigem Gewissen beruhigen. Wenn ein Privater genommen wird als Dritter, so wird das ein seriöser Partner sein und nicht Köck heißen.

Das hätten wir dann auch damit besprochen. Die Frage der Gemeindevertreterverbände. Ja liebe Frau Kollegin, Sie können doch nicht glauben, dass die zwei großen Gemeindevertreterverbände, die die Bürgermeister vertreten, die das Geld in den NÖKAS hinein zahlen sich vielleicht von den Grünen und von den Blauen vertreten lassen sollen. Das kann ja doch nicht die Wahrheit sein. Die keinen einzigen Bürgermeister haben, die wollen die Mehrheit vertreten? Ja, liebe Freunde, so kann Demokratie nicht gespielt werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und die nächste Frage, die immer wieder auftaucht, naja, die Gemeinden zahlen auch und die Gemeinden sind durch Bürgermeister vertreten und durch Gemeindevertreter vertreten. Und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Nur, Frau Kollegin, wenn Sie schon sagen, das Gesetz müsste einer Begutachtung unterzogen werden, und Sie sind ja immer so, Ihre Frau Klubobfrau, die ist jetzt nicht da, ist ja immer so auf die Geschäftsordnung bemüht, dann müssten Sie wissen, dass ein Initiativantrag nicht in die Begutachtung gehen muss, und eine Regierungsvorlage ist das nicht, das ist eine Initiativantrag der beiden großen Parteien.

Und wenn er erst einen Tag vorher daher gekommen ist, das ist für euch traurig, das ist richtig. Aber a) drängt die Zeit und b) haben die anderen Parteien, nämlich Verantwortung mit Verantwortung gesprochen und haben wochenlang das ausgehandelt. Wochenlang; GVV und die zwei Landesräte. Und dann kam es eben ein bisschen knapp zur Ausschusssitzung. Aber, ich war im Ausschuss: Ich habe keine Stimme der Grünen gehört die Aufklärung haben wollte! Also nur daher stellen und kritisieren und im Ausschuss nichts sagen wollen dazu, liebe Frau Kollegin, das ist ein bisschen zu wenig. *(Abg. Dr. Krismer: Ich war die einzige die einen Debattenbeitrag gebracht hat!)*

Nun, Herr Kollege Mag. Ram, von euch kommt immer wieder so die Parteibuchwirtschaft. Da gibt es ein schönes Sprichwort: Wie der Schelm denkt so ist er. Ich denke an Kärnten, ich denke an diese Bundesregierung rot raus, blau rein, rot raus, schwarz rein. All das kann ich zu hunderten ... zu Oberösterreich, zu hunderten beweisen. Und sich da dann herzustellen und von Parteibuchwirtschaft reden, ich glaube, wenn man im Glashaus sitzt sollte man nicht mit Steinen werfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich ein bisschen zum Inhalt dieses Gesetzes kommen. Wir haben ein gutes Gesundheitswesen, Gottseidank, und es soll noch besser werden. Und die Leistungen sind die gleichen. Ob der Rechtsträger das Land ist, ein Gemeindeverband oder eine Gemeinde. Die Leistungen am Patienten sind gleich gut und wenn sie wollen auch gleich schlecht. Und wenn sie gleich schlecht sind, so müssen wir sie verbessern. Nur, was bis jetzt passiert ist, und daher haben wir versucht im NÖGUS eine Einigung zu finden, war, dass die Gemeinden, die ein Krankenhaus betreiben vom Herrn Landesfinanzreferenten ein bisschen ausgehungert worden sind und damit die Luft ausgegangen ist für andere Vorhaben in der Gemeinde.

Und jetzt versuchen wir eben in diesem Gesetz, das ist nur der Anfang davon, ich darf informieren, es wird noch mehr kommen. *(Abg. Dr. Krismer: Salami-Taktik!)* Es kommt noch mehr dazu. Es wird besser werden. Sie werden es nicht glauben, es wird besser werden. Dass wir versuchen, einen ersten Schritt zu setzen und wahrscheinlich noch vor dem Sommer weitere Schritte.

Und ich glaube, es ist daher notwendig, jene Häuser die es jetzt im Landesbesitz gibt und jene, die vielleicht noch dazu kommen unter einer einheitlichen Führung zu haben. Es kann ja nicht so sein, dass die jetzt im Landesbesitz befindlichen Häuser vom Kollegen Schabl, dem ich übrigens danke für dieses Gesetz, für die Gesetzwerdung, geführt werden und alle anderen Häuser vom Kollegen Mag. Sobotka. Da haben wir dann keine Synergieeffekte. Da haben wir dann kein kooperieren. Daher ist es notwendig, dass alle Häuser, die im Landesbesitz sind, von einer einheitlichen Stelle betreut und geführt werden. *(Abg. Hensler: Das sagt eh das Gesetz!)* Das haben wir ja gemacht deswegen. Genau deswegen haben wir das Gesetz gemacht. Herr Kollege, guten Morgen!

Die zweite Frage, und es wurde hier Steiermark angeführt und nachdem wir im Süden zu den wilden Bergvölkern gehören und die hinter dem Berg, ich weiß wie es in der Steiermark gegangen ist, ich habe sowohl Landesrat Mag. Sobotka als auch Landesrat Schabl darauf aufmerksam gemacht. Die steirische Lösung so durchzuführen wie es in der Steiermark ist, bitte, das hatten wir schon. Weil die Steiermark geht schon den umgekehrten Weg wieder. Nämlich den Weg den wir jetzt vorschlagen. Die steirische Lösung war ein Versuch, ein Rohrkrepierer, aber die Steiermark geht jetzt den Weg, den wir jetzt vorschlagen. Das heißt, man darf auch gescheiter werden.

Dass es zwei Geschäftsführer gibt und ein Einstimmigkeitsprinzip ... *(Zwischenruf bei Abg. Waldhäusl.)*

Entschuldigung schon. Wir reden von Fachleuten, ihr redet von der Parteibuchwirtschaft.

So ist es. Wie der Schelm ist so denkt er. Ich denke an den Hauptverband der Sozialversicherungen und ähnliche Institutionen. Herr Kollege, wenn ich im Glashaus sitze, nehme ich keinen Stein in die Hand!

Das heißt, wir haben einen richtigen Schritt in die Zukunft gemacht, aber es ist nur der erste Schritt. Es müssen weitere folgen. Und einer der weiteren Schritte muss es sein, einen kostendeckenden Punktwert zu erreichen. Es kann nicht so sein, dass im Jänner oder im Dezember budgetiert wird für das nächste Jahr und da heißt es, der Punktwert ist 1,5 Euro. Und am Jahresende wenn abgerechnet wird ist der Punktwert 92 Cent. Das heißt, so kann es nicht sein. Es muss ein einheitlicher Punktwert gegeben sein, der am Jahresende feststeht und der das ganze Jahr vorhanden sein muss. Denn dann kann das Haus auch anständig wirtschaften, dann kann es auch dementsprechend budgetieren und dann kann es nicht zu solchen Fällen kommen wie es in den letzten 20 Jahren gekommen ist dass am Anfang das Budget gestimmt hat und am Jahresende nicht.

Nur, das bedeutet, dass die Deckel aufgehoben werden. Weil ich weiß am Jahresanfang ja nicht wie hoch die Leistungen, die medizinischen Leistungen sein werden die ich das ganze Jahr erbringen muss. Sind es wenig, bleibt uns im Topf drinnen, sind es viel, muss nachgezahlt werden. Also die Deckel müssen aufgemacht werden.

Und der zweite Problemkreis sind die Trägeranteile. Es gibt Trägeranteile für die Gemeinden, für

die alten Gemeinden. Es gibt Trägeranteile für die Übernahmegemeinden, es gibt Trägeranteile für die Verbände Mistelbach und Lilienfeld. Es gibt keine Trägeranteile für die Standortgemeinden Mödling, Tulln und Grimmenstein. Und man höre und staune, es gibt auch andere Trägeranteile in den neu geschaffenen Krankenanstaltenverbänden.

Liebe Freunde! Das kann nicht das Gelbe vom Ei sein. Das heißt, hier muss eine Regelung kommen. Es muss ..., noch dazu gibt es von der Gewerkschaft ein Gutachten in Auftrag gegeben, wo es heißt, dass die Trägeranteile 1, egal wie es heißt, nicht gesetzeskonform sind. Das heißt aber im Klartext, es muss und es wird auch, da bin ich überzeugt davon, das Team, das Verhandlungsteam ist gut. Es wird einen NÖKAS-Anteil geben plus einen Standortvorteil. Standortvorteil kann man befürworten, nur auf die Höhe kommts drauf an. *(Abg. Mag. Fasan: Das kann ich dir schon sagen! Das wird die Höhe des Trägeranteiles 1 sein!)* Herr Kollege! Du bist kein Hellseher. Ich weiß schon mehr und das wird sicher nicht sein. Es gibt zwei Gutachten. Ein Gutachten spricht von 2 Prozent, ein Gutachten spricht von 17 Prozent. Und jetzt ... *(Abg. Mag. Fasan: Geschehen wird das was der Sobotka sagt!)* Das wird auch nicht passieren. Du bist ja nicht irgendwo bei einer grünen Generalversammlung, du bist im NÖ Landtag und hier wird verhandelt und nicht diktiert so wie die Grünen. *(Abg. Mag. Fasan: Da kenne ich den Herrn Finanzlandesrat genau!)*

Nein, lieber Freund, du bist nicht bei den Verhandlungen dabei. Also tu nicht was in den Raum stellen was du nicht weißt. Das heißt, hier wird man diskutieren müssen und können. Denn ich bin der Meinung, dass es zwischen den Gemeinden sogar Unterschiede geben wird. Denn in einer kleinen Gemeinde, wie zum Beispiel in Neunkirchen, wir haben ein Krankenhaus, da kommen aus 53 Gemeinden die Mitarbeiter des Krankenhauses. Und in einer großen Gemeinde wie Wr. Neustadt oder St. Pölten werden wahrscheinlich weit weniger aus anderen Gemeinden kommen und mehr aus der eigenen Gemeinde. Das heißt, hier ist die Umwegrentabilität eine andere. Das muss man ausverhandeln, dann wird es Gutachten geben, das wird man dementsprechend bewerten und auch dann zu bezahlen haben.

Aber für mich trifft es dann auch Mödling, Tulln und Grimmenstein. Weil es kann nicht so sein, dass jene Gemeinden, die ein Krankenhaus haben und nur weil sie nicht die Besitzer sind keinen Standortvorteil haben. Das heißt, wenn dort der NÖKAS-Beitrag bezahlt wird, müssten auch diese Gemeinden einen Standortvorteil beitragen können.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, glauben wir nicht, dass wir viel Unterstützung davon bekommen. Denn es gibt Dilettanten auf diesem Gebiet. Da habe ich einen Zeitungsausschnitt von der heutigen großflächigen Zeitung in dem drinnen steht: Soll uns Grasser doch sagen wo wir noch einsparen können. Ein Ausspruch des Mödlhammer, Präsident des Gemeindebundes. Denn die Gemeinden sparen ja zu wenig und da kommt ein gewisser Staatssekretär Finz zur Auffassung, auch im Altersheim kann man sparen. Außerdem entlohnen vor allem die großen Kommunen ihre Mitarbeiter deutlich höher als der Bund und bla bla bla ... Brauchen Stockerau und Korneuburg je ein eigenes Spital? Guten Morgen, Herr Staatssekretär, denn Korneuburg und Stockerau sind schon lange ein Gemeindeverband. Sind wohl zwei Häuser mit einem Krankenhaus. Und wenn solche Leute davon reden über Gesundheitspolitik, der nicht einmal weiß was los ist, na, liebe Freunde, gute Nacht! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen.)*

Der zweite Ansatzpunkt, zu sparen im Pensionistenheim, naja, ich stehe auf dem Standpunkt, dass diese Menschen die da drinnen sind, Österreich neu aufgebaut haben und sich die beste Pflege verdienen. Vielleicht denkt der Herr Staatssekretär nachdem er vom Finanzministerium kommt, wenn wir dort sparen ersparen wir vielleicht eine Pension. Das wäre aber ein abwegiger Weg wenn er das meint damit. *(Abg. Hensler: Wieso bei den Pensionen sparen?)*

Na wenn er früher stirbt, wenn er nicht gepflegt wird, lieber Freund. *(Abg. Hensler: Ich glaube, das ist schon eine Unterstellung!)*

Entschuldige, das hast du gesagt. Entschuldige, wenn ich dort spare, so spare ich bei der Pflege. Und wenn ich bei der Pflege spare, besteht die Gefahr, dass der Mensch früher stirbt. Solltest du das nicht wissen, frag den Kollegen Thumpser, der hat ein Pensionistenheim! *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Und der Finz hat es so gesagt. Ich zitiere nur Staatssekretär Finz und mach mir meine Gedanken dazu und Gedanken sind noch in Österreich frei. Auch bei der 53-%igen Mehrheit der ÖVP in Niederösterreich. Meine Gedanken sind frei. *(Abg. Hensler: Sie haben es wortwörtlich gesagt! Das ist ein Wahnsinn!)*

Entschuldigung schon. Du hast ja gefragt wie man sparen kann. Ich habe dir meine Gedanken gesagt. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn du willst, ich gebe dir nachher Nachhilfeunterricht, da können wir weiter plaudern. Ich bin sicher bis um 9.00 Uhr da, können wir noch reden darüber.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, bin ich der Meinung, dass dieses Gesetz der richtige Schritt in die richtige Richtung ist. Ich glaube, wir haben in Niederösterreich bis jetzt eine gute Gesundheitspolitik gemacht. Dieses Gesetz garantiert dafür, dass beide verantwortungsbewussten Parteien in diesem Haus weiter eine gesunde Gesundheitspolitik machen werden zum Wohle der Patienten und zur Sicherheit unserer kranken Menschen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Heuras.

Abg. Mag. Heuras (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn ich auf die Anzeigentafel blicke, kann ich mir eine Nebenbemerkung nicht ersparen. Als heute der Kollege Waldhäusl zur Aktuellen Stunde gesprochen hat, hat da oben nach seiner Rede ein dickes Minus geblinkt. Besser hätte man das nicht dokumentieren können was er hier gesprochen hat. *(Heftige Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)* Ich habe es inhaltlich jetzt interpretiert und nicht zeitlich.

Ich darf aber zurückkommen zum Thema Gesundheit, Krankenanstaltenfinanzierung und NÖGUS. Und mir vielleicht doch auch noch einmal zu den Blauen und zu den Grünen eine Bemerkung erlauben. Also wenn man sich das anhört, Kollege Mag. Ram, und auch die Aussagen von den Grünen, so ist das schon ein bisschen eigenartig. Ihr jammert da und kommt mir vor wie die Rumpelstilzchen. Ihr sagt, ihr habt keinen Einfluss, ihr seid gekränkt und verletzt und jammert, dass ihr offensichtlich in diesen Gremien zu wenig eingebunden seid. Das heißt, in Wahrheit geht es euch um mehr Machteinfluss und das ist ... In Wahrheit geht es um eure Befindlichkeiten. *(Abg. Waldhäusl: Wir haben euch gesagt was Sache ist!)*

Uns geht's um den Patienten. *(Abg. Waldhäusl: Euch ist es noch nie um den Menschen gegangen!)* Und das ist der ganz wesentliche Unterschied, der hier sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist und sehr deutlich manifestiert. *(Abg. Waldhäusl: Also einem Schwarzen ist es noch nie um einen Menschen gegangen!)*

Nein, uns geht es um den Patienten, euch geht es offensichtlich um Machtpositionen, die euch – und das hat der Kollege Kautz schon gesagt – auf Grund der Wahlen nicht zustehen.

Zurück zum Gesundheitswesen, zum Krankenanstaltenwesen und vor allem zu den Patienten, um die geht es in Wahrheit. Es ist auch der Ver-

such unternommen worden seitens der Grünen, das Gesundheitswesen und das Krankenanstaltenwesen in Niederösterreich krank zu jammern.

Ich sage ganz offen, dieses NÖ Gesundheitswesen ist top fit und gesund. Und ich möchte das vielleicht durch ein paar Zahlen und durch ein paar Fakten untermauern und belegen. Dieses NÖ Gesundheitssystem zählt sicherlich zu einem der besten in Europa. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Und das Land Niederösterreich gibt jährlich 1,1 Milliarden Euro, jährlich 1,1 Milliarden Euro für die Finanzierung der 26 Krankenanstalten aus. Das sind 15 Milliarden Schilling pro Jahr. Und gerade derzeit ist ein Investitionsvolumen von 702 Millionen Euro im Umlauf für geplante Umsetzungen im Krankenanstaltenbau bzw. für Planungen. 702 Millionen Euro. Das sind ebenfalls fast 10 Milliarden Schilling.

Gerade heute noch haben wir auf der Tagesordnung den Zu- und Umbau in Zwettl und fast jede Landtagssitzung beschäftigt sich mit einem derartigen Thema. Ich will damit nur sagen, das Land Niederösterreich verwendet viel Geld um den Anforderungen im Kranken- und Gesundheitswesen in diesem Land gerecht zu werden und um diesen hohen Qualitätsstandard, den wir zweifellos haben, auch in Zukunft zu sichern und da und dort anzuheben.

Ich sage das deswegen, weil manchmal gemammert wird, es fehle das Geld. Das Geld ist zur Verfügung um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Und wodurch zeichnet sich denn diese hohe Qualität des Krankenanstaltenwesens in Niederösterreich aus? Es sind im Wesentlichen einige wenige Punkte die ich hier nur herausgreifen möchte. Es ist die Flächendeckung. In Niederösterreich erreicht jeder Patient innerhalb einer halben Stunde ein top ausgestattetes Krankenhaus. Ein Krankenhaus mit Grundversorgung und Krankenhäuser mit Fachschwerpunkten. Zu dieser flächendeckenden Versorgung bekennen wir uns und es ist ein Erfolgsrezept für unsere Patienten.

Ein zweiter wichtiger Punkt den ich hier unterstreichen möchte. Es gibt in Niederösterreich kaum Beschwerden des Patientenanwalts. Und wenn es kaum Beschwerden des Patientenanwaltes gibt, dann spricht das eine sehr deutliche Sprache. Nämlich die, dass offensichtlich die Qualität, die medizinische Versorgung und die Betreuung in unseren Häusern für die Patienten qualitativ hoch und zufriedenstellend erfolgt.

Und als drittes vielleicht noch zu erwähnen, die in Niederösterreich aufgebauten Behandlungspfade

quer durch unsere Häuser. Das sind Dinge, die die Qualität unserer Krankenanstalten in Niederösterreich deutlich unterstreichen und daher gebührt dem NÖGUS, der seit 1997 dahingehend arbeitet, ein großes Lob. Weil es eine Erfolgsgeschichte gewesen ist seit 1997. Und das zeigen auch die Studien. Wenn Niederösterreich bei der finanziellen Bilanz an zweiter Stelle nach dem Burgenland liegt, wobei man dazu sagen muss, dass das Burgenland keine Spitzenmedizin vorhält, so gesehen ist dieses Zeugnis für den NÖGUS ein ausgezeichnetes Zeugnis und stellt diesem System, dem NÖGUS, dem Land Niederösterreich und unserem Gesundheitssystem ein erstklassiges Zeugnis der Qualität aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und weil sich Niederösterreich auch in Zukunft zu diesem Standard bekennt und weil sich Niederösterreich auch in Zukunft zu all diesen Standorten bekennt und zu dieser flächendeckenden Versorgung ist das, was wir heute machen, dieser Tagesordnungspunkt genau in jene Richtung angelegt um den Patienten auch in Zukunft bestmögliche Spitzenmedizin höchster Qualität anbieten zu können. Weil Patienten ist es „wurscht“ wer in Wahrheit das zahlt, welche Probleme auf Parteiebene auftreten. Dem Patienten ist es egal wie die Struktur im NÖGUS ausschaut. Dem Patienten ist nur eines wichtig: Er möchte diese hohe Qualität der Spitzenmedizin in unseren Krankenhäusern auch in Zukunft abgesichert haben und dazu dient unser heutiger Beschluss.

Zu den Hilfsangeboten, die das Land den Krankenanstalten gestellt hat, das ist auch von den Grünen aufgegriffen worden. Meines Erachtens haben diese Hilfsangebote, die man den Gemeinden macht, fünf wesentliche Punkte und Kriterien zu erfüllen und das tun sie auch. Sie sind fair und gerecht. Das behaupte ich, weil man bemüht ist, keine Sonderregelungen zu finden, ... *(Abg. Mag. Fasan: Natürlich! Genau das machen Sie!)* Weil man bemüht ist, alle Krankenanstalten gleich fair und gleich gerecht zu behandeln. *(Abg. Mag. Fasan: Eben nicht!)* Belegt durch diverse Studien und verschiedene andere Expertisen die man dazu heranzieht.

Zweiter wesentlicher Punkt bei diesen Hilfsangeboten: Es soll keine Sieger und Verlierer geben. Es wird in den Zeitungen immer wieder geschrieben und diskutiert, wer gewinnt und wer verliert. Es soll keinen Sieger und keine Verlierer geben, außer einem Sieger, das sind die Patienten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Punkt und vielleicht der wichtigste all dieser Verhandlungen: Ganz oben muss stehen die Sicherung der medizinischen Qualität auch in Zukunft, wer immer der Träger ist und vor allem auch bei diesem Hilfsangebot. Der vierte, das habe ich schon kurz erwähnt, keine Sonderregelung. Und der fünfte und sehr wichtig: Diese Hilfsangebote für die Gemeinden sind natürlich nur auf freiwilliger Basis anzunehmen oder abzulehnen. Und wenn die Grünen und die beiden Abgeordneten von der FPÖ oder der Kollege Mag. Ram hier sagt, hier geht's um Machtpositionen, dann stelle ich nochmals – ich habe es eingangs schon getan – fest, es geht hier nicht um Machtpositionen, es geht ganz einfach nur darum, das Bestmögliche für unsere Patienten in unseren Häusern zu machen.

Und daher würde, wenn alle diese Krankenanstalten in der Hand des Landes wären, es hier um die Übernahme des Risikoanteiles der Gemeinden in der Größenordnung von 60 bis 70 Millionen Euro gehen. Und derzeit sind ja die Hälfte der Häuser in Verhandlungen. Daher ist etwas in Bewegung, auch was die Finanzierung betrifft. Und es ginge schlussendlich um 15.000 Landesbedienstete. Und daher ist es wichtig, dass man eine derartige Struktur von der finanziellen Gebarung her, vom Management und von der Betriebsführung her so organisiert, dass es hier wirklich effizient über das gesamte Land machbar ist und dass ein vernünftiges und eine vernünftige, effiziente Managementstruktur für all diese Häuser aufgebaut wird. Das ist der Schritt den wir heute tun.

Dass neben dem Bereich Gesundheit und Soziales ein drittes Standbein für diesen NÖGUS geschaffen wird mit der Zielsetzung, diese Landeshäuser bestmöglich und effizient zu führen, mit einer schlanken und straffen Organisationsstruktur, mit einer Managementführung die am Patienten ausgerichtet ist und die ganz einfach die Struktur und manche Teile der heutigen Struktur vereinfachen und besser managen kann.

Sieger, und das sage ich abschließend noch einmal, Sieger und Gewinner all dieser Schritte und vor allem des heutigen Schrittes sollte in erster Linie das Land Niederösterreich sein mit seinen Patienten. Und die Häuser in diesem Bundesland zum Wohle unserer Patienten und unserer Kunden, die diese Häuser besuchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Viele von Ihnen wissen vielleicht, dass ich aus dem Gemeinderat gewohnt bin, mit dem Kollegen Kautz zu diskutieren. Das hätte ich noch ertragen können, nämlich ertragen selbstverständlich, ich meine jetzt ohne mich zu Wort zu melden. Aber die Wortmeldung des Kollegen Mag. Heuras konnte ich selbstverständlich auch politisch und persönlich ertragen. Aber ich musste mich daraufhin zu Wort melden. Sie werden mir diese fünf Minuten gönnen.

Es ist keine grüne Machtfrage, meine Damen und Herren des Landtages, dass wir kritisieren das Proporzsystem im Gesundheitswesen in Niederösterreich. Das ist keine Machtfrage, das ist eine Demokratiefrage. Das einmal zunächst. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist diese Holding-Lösung an und für sich durchaus zu begrüßen, weil sie ein Schritt in die richtige Richtung ist. Warum? Es wird versucht zu lösen dabei die Übernahme von Gemeindekrankenhäusern durch das Land und das ist ja etwas was wir auch wollen. Dass man aber die Mängel dieser Übergabe oder dieser Lösung aufzeigt, also bitte, das mit einer Machtdiskussion zu verwechseln, das ist, ich weiß es nicht, man könnte es als Arroganz der Macht bezeichnen. Aber das ist klar, dass das von einer Mehrheitspartei kommt.

Also was war denn der Ursprung der ganzen Geschichte? Die Gemeinden können sich ihre Spitäler nicht mehr leisten. Jahrelang haben wir bei jedem Rechnungsabschluss des NÖGUS darüber diskutiert. Inklusive St. Pölten, natürlich. Und der Ursprung war das Übernahmeangebot des Herrn Landeshauptmannes an die Stadt St. Pölten. Na gebts uns doch das Krankenhaus. Was hat St. Pölten gesagt? Nie im Leben geben wir unser Krankenhaus her, wir denken ja nicht daran unsere Patienten usw. Wir kennen doch die Diskussion. Und in Wr. Neustadt war es genauso und in Neunkirchen war es genauso.

Ist es nicht auffällig, dass ausgerechnet die roten Gemeinden sagen, wir zahlen uns lieber krumm bevor wir unsere Krankenhäuser hergeben? Und das Land sagt, wir nehmens, wir nehmens, wir nehmens. Der zynische Unterton war in jeder Zeitungsmeldung zu sehen. Sowohl beim Herrn Landeshauptmann als auch beim Herrn Landesrat Mag. Sobotka. Und das soll nichts mit Parteipolitik zu tun haben? Das soll nichts mit Parteiproporz zu tun haben dass die einen sagen, wir geben unser Krankenhaus nicht her? *(Abg. Mag. Schneeberger:*

So wie der Schelm ist so denkt er.)

So wie der Schelm ist so denkt er. (Abg. Mag. Schneeberger: Weil du das so machst!)

Was heißt weil ich das so mache? Ich habe kein Krankenhaus zu verwalten. (Abg. Mag. Schneeberger: Weil du das so machen würdest!)

Ich beobachte seit Jahren, sogar schon vor dieser Diskussion beobachte ich den St. Pöltner Bürgermeister und den Herrn Landeshauptmann. Und wenn das nicht eine klassische Proporzgeschichte ist, dann weiß ich nicht was Proporz ist in dem Land. (Beifall bei den Grünen.)

Was fehlt in diesem Modell? Es ist ganz einfach: Es ist falsch, Kollege Mag. Heuras was du gesagt hast, dass dieses Übernahmeangebot des Landes fair ist. Es ist unfair. Weil es nämlich zwei Kategorien von Landeskrankenhäusern schafft. Und das weißt du auch. Es schafft die Kategorie Landeskrankenhäuser die immer schon beim Land waren. Die zahlen einen ganz normalen NÖKAS-Anteil. Und die zweite Kategorie Landeskrankenhäuser, die jetzt übernommen worden sind, die zahlen den Trägeranteil 1. Und der ist in vielen Fällen sogar doppelt so hoch. Und das soll fair sein? Das willst mir du erklären? Es ist unfair!

Und dass die Patienten die Sieger sein sollen, natürlich. Aber jedes Gesundheitsprogramm beginnt bitte mit dem Satz, die Patienten sollen die Sieger sein. Nona! Das sagt uns der Landeshauptmann jeden Abend im Österreich-Bild. Also das ist doch kein gesundheitspolitisches Programm. Das ist doch nicht Teil eines Gesetzes.

Dass die medizinische Qualität steigen soll und die beste sein soll, na selbstverständlich. Aber wie soll denn das sein wenn die Kosten gedeckelt werden bei einer Bundesregierung, die auch von roten Finanzministern die Kosten gedeckelt hat. Ja? Aber natürlich, damals war die SPÖ noch an der Macht. Das LKF-System ist eingeführt worden unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler und einem sozialdemokratischen Finanzminister. Und der Abgeordnete Kautz, der gleichzeitig Bürgermeister in Neunkirchen war, hat immer wieder lautstark kritisiert die Bundesregierung die die Kosten deckelt. Das war von den Jahren 1996 bis 1999. Erzählt mir doch nichts!

Also. Zum Schluss: Wir jammern das Gesundheitswesen in Niederösterreich nicht krank. Niemand hat gesagt, dass die Krankenhäuser schlecht sind. Niemand hat gesagt, dass die Ärzte hier schlecht arbeiten. Niemand hat gesagt, dass die Verwaltungen schlecht sind. Wir haben eigentlich nicht einmal die Politik des NÖGUS kritisiert. Was

wir kritisiert haben ist, dass dieses Krankenanstaltenwesen in Niederösterreich zum parteipolitischen Spielball wird. (Beifall bei den Grünen.)

Und wer das nicht sieht, dem fehlt einer von mehreren Blickwinkeln in der niederösterreichischen Gesundheitspolitik. Das muss ich Ihnen schon sagen. Und abschließend, dass der Patientenanwalt wenige Beschwerden hat, das freut uns. Aber, die Patientenanwaltschaft baut aus. Sie geht auch in die Regionen hinaus, sie verstärkt ihre Tätigkeit. Und das ist gut so. Denn je stärker die Patientenanwaltschaft, umso besser die Kontrolle in den Krankenhäusern. Und das ist Gottseidank auch zum Nutzen der Patienten. Jetzt ist mir leichter. (Beifall bei den Grünen.)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich Herrn Abgeordneten Kautz das Wort.

Abg. Kautz (SPÖ): Herr Kollege! Wenn Sie schon etwas behaupten, dann behaupten Sie die Wahrheit. Denn der letzte Finanzausgleich, den ein sozialdemokratischer Finanzminister verhandelt hat, hat wohl das LKF-System eingeführt plus drei Milliarden Schilling dazu gegeben. Und den nächsten Finanzausgleich hat ein anderer Finanzminister verhandelt, kein sozialdemokratischer mehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Hiller (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 214/A-1/14:) Ich stelle fest, das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag ist angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Razborcan, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 135/A-2/12 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Razborcan (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn ich mich vielleicht vorstellen darf: Mein Name ist Gerhard Razborcan, ich komme aus dem Bezirk Schwechat. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Präsident Sacher und Dipl.Ing. Toms u.a. betreffend

Finanzierung dringend notwendiger Investitionen auf der Mariazeller- und Ybbstalbahn.

Die Regionalbahnen stellen wichtige verkehrs- und wirtschaftspolitische Rückgrate der Regionen in Niederösterreich dar. Die Aufrechterhaltung eines dauerhaften, fahrplanmäßigen Regelbetriebes auf diesen Bahnstrecken ist für die Bevölkerung, die Wirtschaft und den Tourismus mit den darin Beschäftigten in den betroffenen Regionen ein wichtiges Anliegen. Ein Signal der Stärkung und Unterstützung der Regionen und Gemeinden durch das Land Niederösterreich erscheint gerade jetzt, angesichts gravierender Veränderungen durch die EU-Erweiterung und anderer Faktoren, dringend gerechtfertigt.

Im Besonderen stellen die Schmalspurbahnen der Mariazellerbahn und der Ybbstalbahn umweltfreundliche regionale Verkehrsachsen und im Besonderen die Mariazellerbahn erhaltenswertes Kulturgut dar.

Dem gegenüber ist es in den letzten Jahren seitens der verantwortlichen Stellen des Bundes bzw. des ÖBB-Managements verabsäumt worden, notwendige Instandhaltungen, Investitionen und Attraktivierungsmaßnahmen zu finanzieren und durchzuführen. Der Ablauf eines reibungslosen Betriebes ist dadurch ernsthaft gefährdet. Immer häufiger kommt es zu Betriebsstörungen, Ausfällen fahrplanmäßiger Züge, Abweisung von Fahrgästen und Fracht wegen Kapazitätsmängel und daraus resultierende Abwanderung vom umweltfreundlichen Schienenverkehr auf ein zunehmend belastetes Straßennetz mit den bekannten negativen Auswirkungen auf Lebensqualität und Sicherheit.

Es scheint daher dringendst notwendig, seitens des Landes Niederösterreich gegenüber den Verantwortlichen im Bund und bei den ÖBB eine rasche Realisierung der notwendigen Maßnahmen zur Sicherung eines dauerhaften, fahrplanmäßigen Regelbetriebes auf der Mariazellerbahn und Ybbstalbahn einzufordern und gemeinsame Lösungen zu erreichen.

Ein erster wesentlicher Schritt dazu stellt der am 19. 12. 2003 abgeschlossene Vertrag zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und dem Land Niederösterreich dar, der eine Bestandsgarantie des Bundes für die nächsten fünf Jahre enthält. Gleichzeitig wurde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vereinbart, die einen Teilumbau der Strecken St. Pölten-Obergrafendorf-Mariazell bzw. Mank sowie Waidhofen a.d. Ybbs-Ybbsitz auf Normalspur inklusive Elektrifizierung zu erarbeiten haben wird. Wobei sowohl

technische als auch ökonomische Aspekte untersucht werden sollen.

Die Arbeitsgruppe wurde bereits eingerichtet und hat schon mehrmals getagt. Zwischenzeitlich wurden die Gespräche zwischen dem Land Niederösterreich und den ÖBB zur Gründung einer Betriebsgesellschaft für die NÖ Schmalspurbahnen auf der Basis des Letters of Intend vom 16. Mai 2002 weiter geführt.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass die Gespräche in der Arbeitsgruppe zielorientiert und zügig weitergeführt werden.
2. die Gespräche zur Gründung einer Betriebsgesellschaft für die NÖ Schmalspurbahnen zu finalisieren.
3. die Kulturabteilung des Landes NÖ zu beauftragen, die Möglichkeiten zu prüfen, ob und inwieweit die Mariazellerbahn zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt werden kann.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Präsident Sacher.

Abg. Präs. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mein Kollege Razborcan hat durch diese sehr detaillierte Berichterstattung ja schon das Wesentliche dieses heutigen Tagesordnungspunktes klar gemacht. Ich kann daher auf ein Wiederholen bzw. ein detailliertes Eingehen auf die Hintergründe nunmehr wohl verzichten.

Eines aber ist mir schon ein Anliegen. Angesichts der heute auch schon einmal erwähnten besorgniserregenden Entwicklung auf dem Sektor des Verkehrs in der Ostregion und der nicht abschätzbaren Belastung, vor allem Niederösterreichs, des Umlandes von Wien durch den intensiv zunehmenden und sich bis zum Jahr 2030 verdoppelnden Straßenverkehr ist es absolut notwendig, die bestehenden Regionalbahnlinien im Interesse

der Pendler abzusichern, zu erhalten und so zu attraktivieren, dass nicht noch mehr Verkehrsteilnehmer von der Schiene auf die Straße wechseln. Und diese zusätzlich belasten.

Und weil wir gerade eine Gesundheitsdebatte geführt haben: Natürlich hat Gesundheit auch etwas mit Verkehr zu tun. Die jüngsten Demonstrationen in den transitbelasteten Regionen Österreichs haben ja ganz klar gemacht, wohin diese uneingeschränkte Motorisierung führt. Ein ganz besonderes Sorgenkind ist uns immer die Existenz der Regionalbahnen gewesen. Und es wurde heute auch von Kollegen Thumpser schon angesprochen, dass wir hier im Zentralraum Niederösterreichs demnächst wieder die Einstellung eines Streckenabschnittes zu erwarten haben, nämlich auf der Bahn von Hainfeld Richtung Südbahn, Leobersdorfer Bahn genannt. Oder ich möchte Sie, sehr geehrte Damen und Herren, auch darauf hinweisen, dass man sich allen Ernstes bei der ÖBB überlegt, die Wachaubahn nur mehr in einem kurzen Abschnitt bis Spitz, zwischen Krems und Spitz, zu führen und darüber hinaus nur mehr im großen und ganzen in der Sommersaison touristisch unterwegs zu sein.

Ich warne vor dieser Entwicklung! Und es ist wirklich an uns, das aufzuzeigen, dass diese unbegrenzte Motorisierung auch gesundheitsgefährdend und, wie wir wissen, aus den immer steigenden Unfallzahlen, auch sicherheitsgefährdend ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nun, speziell, sehr geehrte Damen und Herren, zu diesen beiden angesprochenen Schmalspurstrecken. Ich möchte schon betonen, dass das offensichtlich, und dafür bin ich dankbar, ein Anliegen aller Mandatare hier im Landtag ist. Wir alle sollten uns aber Sorge machen, dass das darüber Reden und das Diskutieren und das Schönreden das eine ist, und dass die fehlenden Taten das andere sind.

Und da muss ich schon etwas sagen. Wir bräuchten zum Beispiel auf der Mariazellerbahn ein Investitionsvolumen von rund 35 Millionen um die Fahrbetriebsmittel zu erneuern, die zum Teil über 90 Jahre alt sind – und sie sind ja museumsreif und fahren immer noch, Respekt vor den Technikern der damaligen Zeit –, aber das ist doch keine moderne, attraktive Bahn.

Und die letzten Investitionen in die Bahn wurden noch unter sozialdemokratischen Verkehrsministern mit neuen Triebfahrzeugen gemacht, die auch nicht das Optimum darstellen, sage ich ganz offen. Weil sie Einzelstücke sind und die Fachleute

wissen, die Techniker unter den Eisenbahnern, wenn bei diesen zwei, drei Garnituren, die hier als Einzelstücke produziert wurden, irgendein Ersatzteil benötigt wird, weil ein Gebrechen auftritt, dann dauert es oft Wochen und Monate, bis dieser mühsam hergestellt und zugeliefert wird.

Wir brauchen daher etwas Taugliches. Und für diese modernen Triebfahrzeuge und für die neuen Garnituren ist ein Betrag von 35 Millionen Euro notwendig. Und das fordern wir ein. Es gibt hier natürlich einen beruhigenden Vertrag zwischen Land und Verkehrsminister. Aber ich habe oft das Gefühl, es ist ein einschläfernder Vertrag. Es ist ein einschläfernder Vertrag, denn es wurde noch keine einzige Million flüssig gemacht, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Mag. Fasan: So ist es!)*

Und das ist das Entscheidende warum wir diesen Antrag eingebracht haben. Und ich danke, dass er zu einer einhelligen Beschlussfassung im Ausschuss geführt hat und wahrscheinlich auch heute im Haus führen wird.

Aber ich möchte schon sagen, dieses nur scheinbar beruhigende Moment, dass das Geld einfach nicht zur Verfügung gestellt wird, lässt befürchten, dass die Bundesbahnen, die zur betriebswirtschaftlichen Führung verpflichtet sind, dieses Geld ganz einfach nicht investieren können, weil die Bahnen keinen Ertrag bringen.

Und jetzt haben wir eine absurde Situation. Wer heute zum Beispiel den „Standard“ gelesen hat, der weiß, dass im Wirtschaftsteil hier ganz allgemein für die ÖBB und nicht nur für die Schmalspurbahnen oder Regionalbahnen, hier etwas berichtet wird, was ich nicht verstehe. Da ist die riesige Überschrift: Grasser spitzt auf die Gewinne der ÖBB. Und dazu gibt es auch einen Kommentar, der das noch drastischer formuliert: In Grassers Würgegriff. Das ist jetzt nicht polemisch, das ist wirklich so. Die Bundesbahnen haben erstmals in ihrer Geschichte auf Grund drastischer Maßnahmen und Vorgaben einen Gewinn erzielt. Und zwar ist der Gewinn 117 Millionen Euro. Und wer jetzt glaubt, dass man endlich nach einem positiven Finanzergebnis Geld hätte, um es in den modernen Bahnausbau zu investieren, der täuscht sich. Der kennt den Finanzminister Grasser schlecht. Mittlerweile haben ihn die Österreicher ja eindeutig kennen gelernt.

Der Gewinn der ÖBB dient nicht dazu, dass die ÖBB investieren und moderner werden, sondern der wird abgezockt, sage ich, für die Budgetlöcher, die Grasser produziert hat. Von diesen 117 Millio-

nen werden 90 Millionen in das Budget fließen, und den ÖBB bleibt unterm Strich sozusagen nur eine Rücklage für den Notfall. Aber was sie bilanzieren dürfen, das haut mich wirklich um. Die machen 117 Millionen Gewinn, und in der Bilanz dürfen sie bitte, und diese Zahlen muss man sich noch einmal anschauen, 227 Euro Gewinnvortrag bilanzieren. Nicht 227 Millionen oder 227.000, nein, 227,44 Euro dürfen sie als Gewinnvortrag bilanzieren! Ja, wer kann denn dann in Zukunft noch erwarten, dass die Bahn jemals wieder Gewinne machen will, wenn man ihr die Gewinne weg nimmt?

Ich bin also besorgt. Der Herr Landeshauptmann schließt einen Vertrag mit dem Verkehrsminister, wir freuen uns, die Mariazellerbahn fährt weiter, die Ybbstalbahn fährt weiter. Ein „Schmarren“, pardon diesen Ausdruck, es ist nichts geflossen und es wird auch in Zukunft nichts fließen, wenn wir uns nicht durchsetzen. Wir brauchen dieses Willensbekenntnis des NÖ Landtages für unsere Regionalbahnen und speziell für die Mariazeller- und die Ybbstalbahn. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. Hofmacher (ÖVP): Herr Präsident! Verehrte Mitglieder dieses Hohen Hauses!

Zu einigen stimme ich zu was mein Vorredner, Präsident Sacher, bereits verlauten hat lassen, aber nicht mit allem. Denn: Ich muss überhaupt dazu sagen, ein wesentlicher Schritt ist ja überhaupt der abgeschlossene Vertrag, der bereits abgeschlossene Vertrag zwischen dem Infrastrukturministerium und dem Land Niederösterreich, vertreten durch unseren Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Und es ist sicher nicht richtig, Herr Präsident, wenn du sagst es ist ein einschläfernder Vertrag. Ich komme noch einmal kurz darauf wieso und ich werde das auch begründen dass er sicher kein einschläfernder Vertrag ist.

Es wurde ja bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt und wir haben ja das gehört vom Berichterstatter was die Aufgaben oder wo unser Bekenntnis liegt, weil sich das ja im Antrag wieder spiegelt. Und es werden sowohl von der Arbeitsgruppe technische Voraussetzungen überprüft. Ich denke jetzt an die Ybbstalbahn, wo ein Citytunnel in Waidhofen, also die Weiterführung geplant ist, wo eine statische Voraussetzung dort gegeben sein muss und verschiedene Brücken. Wenn die Umspurung erfolgt, ist sicher der Bedarf eines Ausbaues gegeben.

Aber auch ökologische Aspekte oder ökonomische Aspekte werden bereits untersucht und sollen auch weiters in der Arbeit dieser Arbeitsgruppe untersucht werden.

In der Zwischenzeit hat es ja Gespräche gegeben und zur Gründung natürlich einer Betriebsgesellschaft, ich brauch mich nicht zu wiederholen. Oder der dritte Punkt die Kulturabteilung des Landes Niederösterreich soll beauftragt werden, die Möglichkeiten zu prüfen, ob und inwieweit die Mariazellerbahn zum Weltkulturerbe der Unesco erklärt werden soll. Ich hoffe nicht, dass, wenn die Mariazellerbahn zum Weltkulturerbe erklärt werden soll, dass dann keine baulichen Veränderungen dort gestattet werden sollen. Das soll nicht sein, sondern, ich glaube, das Wichtige ist, dass dort auch bauliche Veränderungen natürlich erfolgen können. Das wollen wir ja miteinander haben.

Ich meine überhaupt, dass unsere Schmalspurbahnen ein wichtiges verkehrs- und wirtschaftspolitisches Rückgrat unserer Regionen darstellen. Egal welche Bahn hier gemeint ist. Und es kann nicht sein, dass nur Museumsfahrten oder Nostalgiefahrten dort durchgeführt werden sollen. Ich glaube, es muss unser aller Anstrengungen sein, dass auch der Personenverkehr und der Güterverkehr in der Frequenz dort erhöht werden muss. *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Natürlich, ich denke ein bisschen zurück, in drei Bundesländern haben wir in den letzten Jahren die Schmalspurbahnen verloren. In Niederösterreich sind nach wie vor fünf Linien mit über 250 Kilometer in Betrieb. Und das ist ja sicher kein Zufall. Und Herr Präsident, jetzt bin ich wieder bei dir: Es besteht ja bereits ein Vertrag. Daher kann man von einem eingeschläfernten Vertrag nicht reden. Es besteht bereits seit 1996 ein Infrastrukturvertrag und es werden 4,3 Millionen Euro jährlich dort investiert.

Und in Niederösterreich steht das Schmalspurnetz, also die Einstellung des Schmalspurnetzes sicher nicht zur Debatte. Eines muss man schon sagen, dass sich die Verhältnisse natürlich geändert haben. Die haben sich sicher geändert, weil der Straßenausbau muss funktionieren und funktioniert, das behaupte ich. Und natürlich, der Pkw ist heute nicht mehr eine Alternative, sondern ein wichtiges Verkehrsmittel und der Bürger greift natürlich immer zum Bequemeren und fährt natürlich mit dem Pkw.

Und ich glaube, es ist aber auf Grund der Initiative des Infrastrukturministeriums und des Landes Niederösterreich, glaube ich, ist die Einstellhysterie

bei unseren Bahnen ist die natürlich beendet. Ich muss aber eines dazu sagen, dass selbstverständlich auch die Gemeinden hier gefordert sind, in Zukunft zu unterstützen bei den Bahnhöfen und verschiedenen Attraktionen. Wir finden diese schon bei der Mariazellerbahn vor. Wir haben ja auch Gemeindevertreter hier, die ein Bekenntnis bei den Verhandlungen oder bei den Vorverhandlungen bereits abgelegt haben, und jetzt spreche ich von unserer Ybbstalbahn.

Und ich glaube, die NÖVOG, die arbeitet ja in der Zielgeraden. Wenn ich denke, dass der Bund die Kosten für die Bereitstellung und Erhaltung der Infrastruktur der Schmalspurbahnen am derzeitigen Standort, so lange die Schienenverkehrsleistungen wie zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses erbracht werden, dass der Bund auch hier sich finanziell dementsprechend beteiligt.

Es ist außerdem eine Erweiterungs- und Verbesserungsmaßnahmen bei der Schmalspurinfrastruktur natürlich vorgesehen und was für uns ganz wichtig ist, für Niederösterreich, dass die Kostenbeteiligung bei der Infrastruktur, bei der Umspurung auf Normalspur und Elektrifizierung vom Bund zu 80 Prozent und natürlich vom Land zu 20 Prozent getragen werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube und ich bin überzeugt, es soll dies partnerschaftlich auch in den Gemeinden an der Mariazellerbahn und an der Ybbstalbahn soll hier ein Schulterchluss gezogen werden. Und so liegen salopp formuliert, auch die Hausaufgaben in den Regionen neben der Einhaltung des Infrastrukturvertrages.

Die NÖVOG hat ja sehr konkrete Vorstellungen dazu und ein entsprechendes Feedback der Gemeinden ohne jedoch zu großer finanzieller Belastung muss auch in Zukunft für die Erhaltung natürlich vorhanden sein. Die NÖ Volkspartei wird diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Nasko das Wort.

Abg. Dr. Nasko (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

„Die Zukunftsaussichten für die Mariazellerbahn sind nicht rosig. An die Beschaffung neuer Triebfahrzeuge wird nicht gedacht. Die Geschwindigkeit wird womöglich auf Bestandsdauer der Bahn 50 Stundenkilometer bleiben. Es gibt kein offizielles Konzept, aus dieser Bahn das zu

machen, was sie sich in der heutigen Zeit verdient. Bleibt also nur die Resignation.“ Ein Zitat. Worte von scheinbarer Aktualität. Formuliert vor 25 Jahren von Horst Felsinger als mögliches Szenario in seinem bedeutenden Werk über die Mariazellerbahn.

Dabei war die Mariazellerbahn nach ihrer Elektrifizierung 1911 eine der attraktivsten Bahnen Europas. Im Reisealbum für die Linie der k.u.k. österreichischen Staatsbahnen hieß es 1911/12: Der Ausbau der NÖ steirischen Alpenbahn habe eine neue wichtige Verkehrsader sowohl für die Anrainer als auch deren wirtschaftlichen Produkte, für die Touristen und vor allem für die unzähligen Wallfahrer geschaffen.

Einen Weltrekord hält die Mariazellerbahn, wir haben es heute vom Präsidenten schon angedeutet bekommen, insofern als die von Kraus & Comp. hergestellten Lokomotiven der Baureihe E 1099 nach wie vor in planmäßigem Betrieb sind. Von den ersten Konzeptionen zur Mariazellerbahn an waren die damaligen Erbauer und Planer mit Ing. Josef Fogowitz der Überzeugung, dass diese einer der lebensfähigsten Linien bilden werde. Mariazell zählte 1895 jährlich bis zu 90.000 Wallfahrer, ein Verkehrsgebiet von 480 km² mit rund 25.000 Einwohnern und Holz-, Kohlen- und Eisenvorkommen wurde damit aufgeschlossen.

Finanzierbar war lediglich die Schmalspurvariante, eine Vollspuranlage hätte das Doppelte gekostet und den Bahnbau undurchführbar gemacht. Unter den Schlagzeilen „breitere Spur für Mariazellerbahn“ und „wer soll denn das bezahlen?“ zitierte die „Kronen Zeitung“ am 26. Oktober des Vorjahres Bundesbahnexperten, die von einem riesigen erforderlichen finanziellen Aufwand sprachen. Immerhin geht es um bis zu 100 Million Euro. Das Umspurungsbeispiel Wieselburg-Gresten und die Aufwertung des Personenverkehrs durch neue Direktverbindungen sowie eine Perspektive auch für den Güterverkehr rechtfertigen selbstverständlich eingeleitete Untersuchungen in diese Richtung.

Der Umbau der Strecke St. Pölten-Kirchberg a.d. Pielach auf Normalspur und die Führung durchgehender Züge Richtung Wien bzw. Krems und Kamptal bei gleichzeitig deutlich attraktiviertem ganzjährigen elektrischen Schmalspurbetrieb Kirchberg-Mariazell entbehrt nicht der Logik.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen selbstverständlich bewusstseinsbildende Erklärungen zur Mariazellerbahn in der Öffentlichkeit, die die Bedeutung der Bahn im Allgemeinen – und dieser Schmalspurstre-

cke im Besonderen – festigen helfen. Was aber Prinz Eugen seiner Kaiserin Maria Theresia auf die Frage, was er für die Kriegsführung in erster Linie benötige, antwortete, das gilt auch für die Mariazellerbahn, für ihre Erhaltung und Aufwertung: Geld, Geld und nochmals Geld. Und das wollen wir sehen.

Alleine das Infrastrukturentgelt ist mit 754.716 Euro jährlich eine riesige Landesbelastung, aber nicht ausreichend. Dazu kommen die 8,5 Millionen Euro der ÖBB für die Infrastruktur, die Sicherstellung eines entsprechenden Budgets durch Bund und ÖBB-Management unter fühlbarer Kooperation mit dem Land, nach Möglichkeit auch mit der Steiermark, ist notwendig und braucht endlich konkrete Konturen.

Der Streckenabschnitt Mariazell-Gußwerk ist ja seit 1988 eingestellt. Seit der Initiative von Verkehrsminister Rudolf Streicher zur Anschaffung von zwei modernen Triebwagen für den Personenverkehr auf dieser Schmalspurbahn und deren Einsatz 1994 ist nichts mehr Konkretes geschehen. Aber wir haben heuer ein 10-jähriges Jubiläum. Diese stehen allerdings bis zu 200 Tage jährlich – wir haben es ja schon angedeutet bekommen – weil bei Defekten der Nachbau von Steuerungsmodulen so zeitaufwändig ist.

Natürlich ist der Regionalbahnverkehrsdienstvertrag von NÖVOG und ÖBB 1996 positiv zu sehen. Natürlich stehen die Infora-Studien zur Mariazellerbahn 1998 über die drei Kernbereiche Nah-, Touristik und Güterverkehr außer Streit. Natürlich begrüßen wir die Kehrtwende des ÖBB-Vorstandes 2001, sich doch nicht generell von den Nebenbahnstrecken zurückzuziehen.

Natürlich stellt für uns auch die Unterzeichnung des Infrastrukturvertrages zwischen Niederösterreich und dem Bund vom 19. Dezember des Vorjahres ein positives Element dar, übernimmt der Bund damit unter anderem doch die Finanzierung des derzeitigen Infrastrukturausbaustandards der Mariazellerbahn. Nicht zuletzt befasst sich ja seither eine Projektgruppe mit dem Teilumbau der Mariazellerbahn auf Normalspur inklusive Elektrifizierung, wobei im Falle der Projektumsetzung der Bund 80 Prozent, das Land 20 Prozent der Infrastrukturinvestitionen zu tragen hätten.

Im ÖBB-Gesetz und Privatbahngesetz ist dies ohnedies geregelt. Umspurungsstudien brauchen Zeit. Diese Zeit erlaubt ein Hinausschieben der Investitionen für Triebwagen, die ja nur spurgemäß zu verantworten sind. Skeptisch macht uns selbstverständlich die auf Intervention des Finanzministe-

riums geänderte ursprünglich vorgesehene unbefristete Laufzeit auf eine Vertragsdauer von nunmehr nur bis Ende 2008. Bei einer Realisierungsphase von 2007 bis 2012 für die Umspurung ist dies ein sehr, sehr neuralgischer Punkt.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Anfragebeantwortung über den Erhalt der Mariazellerbahn am 11. Dezember 2003 sich selbst nach wie vor zur Gründung einer NÖ Regionalbahngesellschaft bekannt, allerdings zugegeben, dass es mit den ÖBB zu keiner Investitionsvereinbarung für fünf bzw. sieben Schmalspurtriebwagen für die Mariazellerbahn gekommen ist.

Diesem unterzeichnungsreifen Vertrag fehlt meines Wissens lediglich das Okay des Landes für die Flüssigmachung von den bereits heute erwähnten magischen 35 Millionen Euro für diese Investition. Der zuständige Bundesminister Gorbach hat in seiner Anfragebeantwortung über die Mariazellerbahn am 23. Dezember 2003 präzisiert, ich zitiere: „Nachdem Rollmaterial absatzseitige Investitionen sind und die Förderung bzw. Finanzierung dieser Investitionen mit den EU-Wettbewerbsregeln nicht in Einklang zu bringen sind, können seitens des Bundes keine Finanzierungsmittel dafür bereit gestellt werden.“ So weit die Antwort.

Offensichtlich geht die Strategie des Bundes weiters dahin, den Ländern die Regionalnetze zu übertragen. Dagegen wehren sich die Länder. Schon jetzt leistet Niederösterreich für die 23 Regionalbahnen rund 9,5 Millionen Euro jährlich. Bei einer Übernahme der Bahnen wäre auch der zweifelloso vorhandene Mehrbedarf zu tragen. Das Damoklesschwert der Schließung der Regionalbahnen schwebt über diesem Szenario und der Bund will diesen „Schwarzen Peter“ offensichtlich den Ländern zuspielen.

Unabhängig von den derzeit laufenden Untersuchungen soll die Mariazellerbahn in ihrer einzigartigen Besonderheit durch spezielle touristische Maßnahmen gefestigt werden.

Meine Damen und Herren! Ein Blick in die Chronik macht deutlich, dass bereits unmittelbar nach Errichtung der Mariazellerbahn 1898 über schwach frequentierte Züge und unwirtschaftliche Betriebsführung Klage geführt wurde. Die Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten hat in ihrer Publikation 10 Jahre Niederösterreichisches Landesverkehrskonzept festgehalten, dass die Mariazellerbahn unwirtschaftlich sei und im Landesverkehrskonzept 1997 daher nicht mehr berücksichtigt wurde.

Was die NÖVOG von den Gemeinden, Vereinen und Tourismusverbänden an Engagement zur Verbesserung der Mariazellerbahn-Situation erwartet, ist aus der Sicht des Vereins der Freunde der Mariazellerbahn nicht unrealistisch. Er spricht von einem unübersehbaren Aufschwung. Die Mariazellerbahn ist in das Landestourismuskonzept aufgenommen, der Weiterbestand der Bahn ist parteiübergreifend, wir haben heute schon die Bekenntnisse gehört, ein Anliegen. Der Touristenverkehr hatte ursprünglich im Verhältnis zum Schüler- und Berufsfahrerverkehr eine sehr untergeordnete Rolle. Letztere konnten ihr Niveau durchaus halten, ja ausbauen.

Züge mit 200 Fahrgästen sowohl im Regionalverkehr als auch im Touristikverkehr über die Bergstrecke sind nichts Besonderes. Ja es werden selbst Züge mit 400 Reisenden laufend geführt. Durch Sanierung der meisten Langsamfahrstellen kann der Planverkehr derzeit weitgehend pünktlich abgewickelt werden. Der Touristikverkehr und die Dampfzüge boomen weiterhin. Beklagt wird eher das Fehlen von ausreichend Sitzplätzen in den Zügen. Marketingmäßig sollten vor allem deutsche und tschechische Touristen angesprochen werden.

Wenn im „Kurier“ am 28. Oktober 2003 die Vision von Eilzügen der Mariazellerbahn beschrieben wurde, so sei historisch angemerkt, dass es zwischen 1908 und 1918 - also bitte Sie sehen, ob es wirklich einen Fortschritt gibt - sogar einen Schnellzug auf dieser Strecke gegeben hat. Die Nachfrage nach Eilzügen in diesen dünn besiedelten Bereichen ist meines Erachtens eigentlich nicht gegeben. Wohl aber wäre generell eine Mindestreduktion der Fahrzeit von derzeit 2,35 Stunden auf maximal 2 Stunden unbedingt notwendig.

Die Gesamtzahl der Berufs-, Schüler und Touristikfahrgäste auf der Mariazellerbahn wurde im Vorjahr mit 700.000 ausgewiesen. Das ist ja doch ein ganz schönes Quantum.

Hoher Landtag! Mit einem 270 km langen Schmalspurnetz ist Niederösterreich das Bundesland der 760 mm Schmalspurbahnen schlechthin. Die Mariazellerbahn war nicht die erste Schmalspurbahn im Bereich der damaligen Donaumonarchie und ihr Reiz besteht auch nicht darin, dass sie die höchste, steilste oder schnellste unter den Schmalspurbahnen wäre. Ihr tatsächlicher Reiz besteht vielmehr in ihrer sanften und genialen Ausnutzung der natürlichen Geländeformen ohne spektakuläre Kunstbauten und mit einer geradezu zierlichen Streckenführung.

Die Mariazellerbahn führt durch den Zuständigkeitsbereich von 15 Gemeinden bzw. 6 Tourismusverbänden in zwei Bundesländern. Auf dieser Strecke passiert der Fahrgast 75 größere Brückenbauten und 21 Tunnels mit einer Gesamtlänge von 4.575 m. Damit erhält die Mariazellerbahn letztlich auch ein eindrucksvolles, natürliches und kulturelles Profil, das die Frage nach der Erhaltung dieser Bahnstrecke in ein besonderes Licht rückt.

Niederösterreich hat sich mit der Semmeringbahn und der Wachau in die Liste des Weltkulturerbes eingetragen. Von außergewöhnlichem Interesse und weltweitem Wert ist zweifellos auch die Mariazellerbahn. Wenn wir gemeinsam zu dieser Erkenntnis kommen, wenn wir uns für die Erhaltung dieses Kulturguts ohne Wenn und Aber entscheiden, dann müssen wir auch gemeinsam die Weichen stellen für eine Finanzierung. Wir wollen die Erhaltung der Gesamtstrecke mit entsprechender Infrastruktur und funktionierendem Rollmaterial, die konzeptive und finanzielle Absicherung der Mariazellerbahn. Und wir beantragen gleichzeitig, dass die Kulturabteilung beim Amt der NÖ Landesregierung beauftragt wird, den Antrag zur Bewerbung der Mariazellerbahn als Weltkulturerbe der UNESCO vorzubereiten. Das ist mehr als ein bloßer Formalakt, meine Damen und Herren, denn die Aufnahme der Mariazellerbahn in die Liste des Weltkulturerbes setzt voraus, dass neben den wichtigen Kriterien der Einzigartigkeit und Authentizität auch ein überzeugender Erhaltungsplan vorliegt. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Berechtigt stellt sich die Frage, was kann man da eigentlich nach so einer perfekten Abhandlung, was kann man da noch anbringen? *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)*

Man könnte eigentlich diese Rede sogar für touristische Zwecke verwenden, weil man fährt schon fast mit, wie schön das gesprochen und geschildert wurde. Und es zeigt auch, dass es wichtig ist, dass es Abgeordnete gibt, die sich wirklich hier ein bisschen tiefer damit beschäftigen worum es geht. Erspart natürlich mir jetzt, dass ich in die Tiefe gehen und ich möchte daher nur ganz kurz auf ein paar Punkte eingehen.

Selbstverständlich werden wir diese Initiativen auch weiterhin unterstützen. Weil es hier um mehr geht als nur um eine Schmalspurbahn. Ich möchte

aber einiges doch ins rechte Licht rücken. Ein Investitionsbedarf von 35 Millionen Euro in etwa für Attraktivierungsmaßnahmen, Instandhaltungen und auch für Triebwagen und das dann damit zu verbinden dass man sagt, naja, die sind schon so veraltet dass sie schon fast nicht mehr fahren. Und da gibt's da den Bund und dann eventuell da wen. Es ist ein bisschen einfach. Und darum komme ich von der geschichtlichen Seite jetzt zur politischen Seite.

Ich meine, wir wissen schon wie lange die SPÖ auf Bundesebene für Infrastruktur zuständig war. Und wir wissen auch, was für finanzielles Chaos hier dieser Minister hinterlassen hat. Und das war nicht ein Jahr oder zwei Jahre dass die SPÖ für den Verkehr zuständig war, sondern das waren Jahrzehnte. Und die Triebwagen sind nicht in drei Jahren veraltet oder in vier Jahren. Das wissen wir auch wie lange ein Triebwagen wirklich hält. Das heißt, der war schon veraltet da waren die Sozialdemokraten noch die Sozialisten und waren noch in Regierungsarbeit. Also so fair muss man auch da sein.

Aber es ist trotzdem in Ordnung, dass man darüber spricht und dass man sich einig ist. Und man sollte auch dann so fair sein, und wenn man das dann nicht macht, dann gibt's halt jemand anderen der das tut, so wie ich, der sagt, bei dem, was halt bei der ganzen ÖBB und in dem Bereich hinterlassen worden ist. Ich muss sagen, egal was für Minister, ich will gar nicht jetzt unseren schützen, wer da jetzt tätig ist. Es kann jeder nur mit Wasser kochen und es hätte keiner die Möglichkeit dass er jetzt ganz einfach hergeht und sagt, so, und über Nacht ist das erledigt. Es ist wichtig, dass es hier und darum auch vertraglich geregelt Maßnahmen geben soll. Es ist wichtig, dass wir uns letztendlich auch dazu bekennen, alle miteinander, es zum Weltkulturerbe erklären zu wollen. Und es ist auch wichtig, dass nach einer Arbeitsgruppe, nach dem Einsetzen und nach vielen Gesprächen es zu Taten kommt.

Ich glaube, dass es da nicht wesentlich ist ob da jetzt aufgefordert wird der Landeshauptmann Dr. Pröll, weil das ist fast Majestätsbeleidigung. Da darf man nur schreiben die Landesregierung wird aufgefordert. Ist aber dann mit der qualifizierten Mehrheit in diesem Lande sowieso geändert worden so wie es üblich ist, damit die Majestätsbeleidigung nicht wirklich stattfindet. Und deshalb wird die Landesregierung aufgefordert. Auch das, diese kleinen Spielchen sind ja alle in Ordnung und man kann sie auch kommentieren.

Wesentlich ist, dass man nach der Gesprächsphase zu einer Realisierungsphase kommt. Und da

ist schon wichtig, dass man neben dieser Mariazellerbahn, neben der Ybbstalbahn, und das war wichtig, weil der Vorredner das auch gesagt hat, und auch der Präsident Sacher, es so viele Schmalspurbahnen gibt in Niederösterreich auf die wir stolz sein können. Und wenn wir sie touristisch verwenden können und der Bedarf auch gerechtfertigt ist, und das ist er, dann sollten wir im großen und ganzen über all diese Dinge nachdenken. Nach dem Vorbild der Mariazellerbahn können wir vielleicht eine niederösterreichische Lösung finden, die im Einklang mit dem Bund selbstverständlich auch all diesen Bahnen den Erhalt sichert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich dachte schon, der Kollege Waldhäusl wäre schmähstad geworden nach der Rede des Dr. Nasko. Für die ich diesem auch sehr danke. Ich will, was diese vor allem historischen Fakten und auch dieser emotionale Vortrag dem will ich gar nichts hinzufügen. Ich möchte die Sache aus ein bisschen einer anderen Sicht beleuchten, nämlich aus der Sicht des bestehenden Antrages der uns vorliegt.

Ich bin nämlich der Ansicht, dass nicht, oder natürlich auch der Vertrag, da gebe ich dem Präsidenten Sacher völlig recht, der jetzt bei 5 Jahre Bestandsgarantie gibt, uns einschläfert. Sondern es schläfert uns auch der vorliegende Antrag ein. Denn was hat dieser Antrag eigentlich für einen Inhalt? Ich komm dann noch darauf zurück.

Zunächst aber einige andere Anmerkungen, nämlich den Beginn dieser never ending Story, die wir ja schon einmal im Landtag hatten. Im Sommer 2000 gabs ja diese Einstellungsdebatte über die Regionalbahnen in Niederösterreich und natürlich ist die von den ÖBB aus gegangen. Und da kann man lange einen Vertrag haben seit 1996 schon. Trotz dieses Vertrages, den das Land hat mit der ÖBB, wurden Regionalbahnen in Niederösterreich eingestellt. Also man sollte einmal untersuchen ob nicht die ÖBB da von sich aus eigentlich schon vertragsbrüchig geworden sind.

Es hat uns dieser Vertrag eigentlich nichts geholfen. Und es ist die Frage, wie lange dieser Vertrag so noch bestehen bleiben kann. Es hat aber jedenfalls im Jahr 2000 dann oder im Jahr 2001 vielmehr das Land meiner Ansicht nach durchaus

etwas Vernünftiges gemacht, was offensichtlich die ÖBB wieder an ihre Pflichten erinnert hat. Das Land ist nämlich auf Interessentensuche, nach Betreibern für die Regionalbahnen gegangen. Das Land hat also vorsichtig begonnen, sich nicht mehr auf die ÖBB zu verlassen. Weil das haben Sie völlig richtig gesagt, dass eine weitere Zusammenarbeit mit der ÖBB unter Umständen gar keinen Sinn mehr hat, weil die ÖBB das gar nicht betreiben will. Und weil vielleicht das Ministerium gar kein so besonderes Interesse hat.

Es ist richtig, ich pflichte dem Dr. Nasko völlig bei, dass es dann diesen Meinungswechsel bei den ÖBB gegeben hat, der vermutlich auch mit einem Wechsel in der Generaldirektion zu tun hatte, nachdem die ÖBB sich wieder mehr für diese Regionalbahnen verantwortlich gefühlt haben. Dann kam dieser letter of intend, wo man das Ziel gefasst hat eine gemeinsame Betriebsgesellschaft zu gründen. Und dann kam eben dieser, laut Meinung des Präsidenten Sacher und auch meiner Meinung nach, etwas einschläfernde Vertrag. Nämlich, jetzt haben wir fünf Jahre Zeit um eine gemeinsame Betriebsgesellschaft zu gründen. Und was soll in diesen fünf Jahren geschehen? Der Vertrag ist einschläfernd. Man kann in diesen fünf Jahren auf Investitionen verzichten, man kann das Wagenmaterial weiter veraltern lassen, man kann die Fahrgastzahl weiter sinken lassen, man kann der Bevölkerung zumuten damit das Auslangen nicht zu finden und daher auf andere Verkehrsmittel umzusteigen, was wiederum die entsprechenden Konsequenzen hat die der Präsident Sacher auch schon angeführt hat.

Und genau da stehen wir. Und es fehlen ja eigentlich jetzt insbesondere also die notwendigen Investitionsentscheidungen. Das ist es. Ich gebe dem Dr. Nasko völlig recht wenn er die Befürchtung ausspricht, dass der Bundesminister Gorbach am liebsten hätte - ich kenne diese Anfrage - dass er am liebsten hätte, naja, das Land soll sich mit den Regionalbahnen herumschlagen. Ja, aber, Herr Dr. Nasko und insbesondere alle anderen Damen und Herren, vor allem auch von der ÖVP, wir dürfen uns eigentlich nicht wundern. Wenn das Land mit offenen Armen sämtliche Bundesstraßen in Landesverwaltung nimmt, Bundesstraßen, nicht Landesstraßen, dann darf sich das Land nicht wundern wenn der Bund sagt, ja zumindest die Regionalbahnen, die könnt ihr euch selber verwalten und für die könnt ihr selber aufkommen. Wenn das Land hier einem falsch verstandenen Föderalismus huldigt, dann darf sich das Land nicht wundern, dass der Bund weiterhin unangenehme Verantwortungsbereiche an das Land abschiebt.

Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir dürfen nicht verwechseln ÖBB und Bund. Wenn das Land ähnlich wie bei der Verwaltung der Landesstraßen für die Landes- oder Regionalbahnen zuständig ist, vielleicht in Verbänden, ähnlich wie es in Deutschland durchaus üblich ist, entsprechende Mittel zur Verfügung hat, wobei ich eher der Ansicht wäre, dass wir das aus eigenen Einnahmen lukrieren sollten und nicht aus zugeführten Bundesmitteln, weil das im Finanzausgleich wenig aufgabenorientiert ist, aber grundsätzlich, wenn das Land für die Regionalbahnen unter Zuführung entsprechender Bundesmittel hat, dann täten wir uns vielleicht schon leichter.

Und jetzt kommen wir zu dem vorliegenden Antrag. Meine Kritik an dem Antrag ist schlichtweg, dass er auch einschläfernd ist. Niemand hat sich bis jetzt mit dem Antragstext eigentlich noch näher befasst von meinen Vorrednern. Was steht in diesem Antrag? Da steht drinnen, also die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Gespräche in dieser Arbeitsgruppe, die ohnehin schon existiert und schon mehrfach getagt hat, zügig weiter geführt werden. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt heißt: Die Gespräche zur Gründung einer Betriebsgesellschaft für die Schmalspurbahnen zu finalisieren. Na nona. (*Abg. Präs. Sacher: Da steht zwischen den Zeilen, „... und nicht verzögert wird“!*)

Ja, nicht verzögert wird, na selbstverständlich. Aber jetzt frage ich dich, Herr Präsident: Schätzt du den Herrn Landeshauptmann so ein? Bei aller Kritik die die Grünen am Landeshauptmann immer wieder vorbringen. Schätzt du den Herrn Landeshauptmann so ein, dass ihn so ein Antrag wesentlich von den Socken reißt und dass er sich jetzt da besonders animiert fühlt anders vorzugehen als vorhin? Das Entscheidende ist, was mir fehlt in diesem Antrag, das Entscheidende ist doch, dass wir keine Vorgaben leisten, wie lange dieses offensichtlich endlose Hin- und Herschieben der Verantwortung, der Finanzierungsverantwortung, insbesondere für die Triebwagen, wie lange das noch andauern soll. Und wie lange wir den ÖBB noch Zeit geben sollen, überhaupt da weiter im Spiel zu sein. (*Abg. Präs. Sacher: Ende des heurigen Jahres fällt der Groschen!*)

Ende des heurigen Jahres. Na gut, dann schreiben wir es hinein in den Antrag. Dann schreiben wir es hinein!

Also das ist meine Kritik, dass man hier keinerlei Zeitlimit setzt und dem Landeshauptmann etwas empfiehlt, was man ohnehin tut. Jetzt sehe

ich schon ein, natürlich ist es eine Willenserklärung des Landtages, es ist auch wichtig für die Öffentlichkeit. Aber meiner Ansicht nach ist es ganz einfach. Man soll der Landesregierung den Auftrag geben, bis zu einem gewissen Zeitpunkt mit den ÖBB zu verhandeln und wenn es dann keine Einigung gibt, dann soll man mit der Bundesregierung weiter verhandeln. Und zwar nicht dass die ÖBB die Mariazellerbahn betreiben, sondern dass die Bundesregierung dieselben Finanzmittel zur Verfügung stellt und dass man sich schlicht und ergreifend einen anderen Betreiber sucht als die ÖBB. Die ÖBB haben keine Erbpacht auf niederösterreichische oder andere Regionalbahnen. Es kann, wie in allen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union auch üblich, auch andere Betreibergesellschaften geben, eine Regionalbahn zu führen. Die können das vielleicht effizienter, die können das vielleicht sparsamer, die können das vielleicht besser.

Wissen Sie, was beispielsweise in Deutschland für Erfolge erzielt wurden bei Regionalbahnen und anderen, auch Buslinien im öffentlichen Personennahverkehr die nicht von der deutschen Bahn geführt worden sind, sondern beispielsweise in einer Betreiberkooperative, in einem kooperativen Modell von ehemaligen Bediensteten? Oder schlichtweg von irgendwelchen Firmen die das machen. Das können Global players im Konnex sein, das können aber auch kleinere Firmen sein die das machen.

In Wirklichkeit läuft es darauf hinaus auf den Kernsatz, auch im öffentlichen Personennahverkehr brauchen wir Wettbewerb. So lange die ÖBB auf diese Sachen ein Monopol hat, wird sie sich nicht bewegen. Und das nützt die ÖBB mehr oder minder schamlos aus in diesen Verhandlungen. Unser Verhandlungspartner ist in Wirklichkeit die Bundesregierung, das Infrastrukturministerium. Das ist der Verhandlungspartner vom Herrn Landeshauptmann. Und dort sollte man sich kümmern. Und das fehlt mir leider in diesem Antrag. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und wenn wir schon dabei sind, wenn wir schon bei der Frage öffentlicher Personennahverkehr sind. Es ist ja eine vergleichbare Situation was den Postbus betrifft. Es findet niemand was dabei, ja der Herr Landeshauptmann rühmt sich geradezu der Postbus-AG das Geld hinten hineingeschoben zu haben. Dafür dass die um nichts mehr machen als bisher. 2,5 Millionen Euro pro Jahr dafür dass der Postbus genauso weiter fährt wie er bisher gefahren ist. Ja wo ist da der Zweck für die Fahrgäste in diesem Land? Nur weil der Postbus sagt, sonst betreibe ich es vielleicht nicht mehr weiter.

Wenn die Postbus-AG, die übrigens auch immer mehr zur Monopolgesellschaft wird seit sie den ÖBB gehört, wenn die Postbus-AG nicht betreiben will zu den vorliegenden Bedingungen, dann wird man diese Linien ausschreiben. Dann muss aber die öffentliche Hand, also das Ministerium und das Land, auch entsprechende Voraussetzungen schaffen und auch entsprechende Transparenz schaffen dass andere überhaupt die Möglichkeit haben da mitzubieten. Und bei diesen Ausschreibungen sich überhaupt zu beteiligen. Ich glaube, das würde dem öffentlichen Personenverkehr sehr, sehr gut tun und wir könnten damit wieder mit steigenden Fahrgastzahlen rechnen.

Ein letzter Punkt dieses Antrages, auch aus Aktualitätsgründen. Natürlich begrüßen wir alle Möglichkeiten, auch die Mariazellerbahn vielleicht auch die eine oder andere niederösterreichische Regionalbahn zum Weltkulturerbe zu erklären. Wir wären durchaus auch einverstanden gewesen wenn man gleich gesagt hätte man soll das anstreben. So ist die typische Formulierung, wir prüfen es. Aber soll sein.

Wir geben auch zu, dass das wahrscheinlich schwierig sein wird, weil es nicht so einfach ist in der heutigen Zeit wo eine gewisse Inflation einsetzt was dieses Weltkulturerbe betrifft. Aber ich erinnere an ein anderes Weltkulturerbe, an eine andere Bahn in Niederösterreich, die es geschafft hat Weltkulturerbe zu werden. Und nachdem die Frau Landesrätin Mikl-Leitner heute schon den Herrn Landeshauptmann zitiert hat, darf ich jetzt auch den Herrn Landeshauptmann zitieren, was er dort gesagt hat als die Semmeringbahn, die Ghega-Bahn, von der spreche ich nämlich, zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Ich werde diesen Satz wahrscheinlich nie vergessen. Ich sehe den Herrn Landeshauptmann so richtig vor mir: Wir müssen alles vermeiden was nur irgendwie in diesem sensiblen Ökosystem Schaden hinzufügt. Sprachs und genehmigte wenige Wochen später den Vollausbau der Semmering-Schnellstraße, die den Semmering zum Brenner macht. In ein- und demselben Landschaftsschutzgebiet, mit ein- und demselben Naturschutzgesetz, wie beim Semmeringbasistunnel, gegen den sich der Herr Landeshauptmann vehement zur Wehr setzt. Gesagt, versprochen, gebrochen kann man da nur sagen.

Und jetzt erlauben Sie mir dass ich noch einmal den Herrn Landeshauptmann zitiere wenn ich sage: Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt wird sich vielleicht die eine oder der andere fragen, warum sage ich das jetzt gerade? Ich

sage das deshalb, weil möglicherweise die Ghega-Bahn tatsächlich in Gefahr ist Bedeutung zu verlieren, wenn eine Hochleistungsstrecke unterm Semmering durchgeht. Das könnte passieren. Das wäre die schlimmste Konsequenz am Semmering-Basistunnel, so sich die HL-AG durchsetzt.

Nur eines, meine Damen und Herren, ist natürlich auch eine große Schwierigkeit. Eine gewisse Rechtssicherheit muss ein Projektant in Niederösterreich haben. Wenn ich vergleiche wie in Niederösterreich, und das sage ich jetzt ganz, ganz wertfrei ohne eine Präferenz für das eine oder andere erkennen lassen zu wollen und auch zu haben. Wenn ich vergleiche, wie in Niederösterreich der Herr Stronach behandelt wird wenn er europäisches Naturschutzrecht bricht oder die Behörde dann bricht auf Ansuchen des Herrn Stronach oder die HL-AG behandelt wird wenn hier in diesem Fall europäisches Naturschutzrecht zum Vorwand genommen wird, Bescheide auszustellen im Naturschutzrecht, dann denke ich mir, Rechtssicherheit gibt's eigentlich nicht in dem Land für einen Projektanten.

Das Schwierige ist in Wirklichkeit, dass wir bei diesem Weltkulturerbe vor dem Problem stehen, dass wir in ein- und demselben Landschaftsschutzgebiet mit ein- und demselben Naturschutzgesetz einen Straßenbau, einen hochrangigen Transitstraßenbau genehmigt haben, einen Autobahnbau, und einen Eisenbahnbau verhindern wollen. Und da hat der Herr Umweltanwalt schon Recht wenn er sagt das sind unterschiedliche Gesteinszonen und unten kommt mehr Wasser raus als oben. Das ist durchaus richtig. Aber auf der anderen Seite darf ich schon an die Luftverschmutzung erinnern, an den Erdaushub und an das was naturschutzrechtlich ja eigentlich wesentlich und zu beurteilen ist, nämlich an das Landschaftsbild. Um das geht's ja eigentlich im Naturschutzgesetz. Und nicht um Dinge, die eigentlich im Wasserrechtsgesetz drinnen sind.

Das heißt also, die Suppe Semmering-Basistunnel, Verwaltungsgerichtshofentscheid, hat sich der Herr Landeshauptmann eigentlich ganz allein eingebrockt. Indem er populistisch genug war zu sagen okay, Straße gut, Eisenbahn schlecht. Und so einfach kann man sich in einem Naturschutzgebiet eben nicht machen.

Daher darf ich abschließend sagen, wir stimmen diesem Antrag zu in allen drei Punkten. Hoffen aber sehr, dass sich die Verhandlungen hier ganz einfach beschleunigen und dass mehr letztendlich herauskommt als in diesem Antrag drinnen steht. Denn es ist wie immer der übliche Minimalkonsens offensichtlich der zwischen ÖVP und SPÖ gefun-

den werden konnte. Und wir hoffen sehr, dass es ein bisschen mehr ist. Denn sonst besteht wirklich ernste Gefahr für die Mariazellerbahn. Ich danke Ihnen schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gratzer.

Abg. Ing. Gratzer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mein Vorredner hat sich gegen Ende seiner Ausführungen weit von den Schmalspurbahnen entfernt, macht aber nichts. Ich möchte mich in meinen Ausführungen in erster Linie mit der Situation der Ybbstalbahn befassen. Die Lage der Mariazellerbahn ist allerdings ähnlich und wurde von meinen Vorrednern, im Besonderen von Dr. Nasko, bereits ausführlich erläutert.

Was die Ybbstalbahn betrifft, hat es in den letzten 10 bis 15 Jahren viele Besprechungen und auch zahlreiche Ansätze gegeben, den Fortbestand der Bahn zu sichern und einen fahrplanmäßigen Betrieb aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern. Es ist zwar bisher gelungen, den Betrieb aufrecht zu erhalten, aber die ständige Diskussion um den Erhalt der Schmalspurbahnen hat auch der Ybbstalbahn, der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dem Vertrauen der Kunden in dieses Verkehrsmittel Schaden zugefügt.

Seit dem Herbst 2002 wurden bereits begonnene Investitionen auf der Strecke, wie zum Beispiel der Umbau auf Zugleitbetrieb wieder eingestellt und bei den fahrenden Betriebsmitteln wurden ebenfalls keine neuen Investitionen getätigt. Seit dem Ende des Jahres 2003 gibt es nun ein schriftliches Abkommen einen sogenannten letter of intend zwischen dem Bund und dem Land, wie wir heute bereits mehrfach gehört haben, in welchem der Fortbestand der Schmalspurbahnen in Niederösterreich gesichert scheint. Allerdings vorläufig nur bis Ende 2008.

Parallel zu diesem Grundsatzabkommen gibt es eine visionäre Idee einer teilweisen Umspurung der Mariazellerbahn und der Ybbstalbahn auf Normalspur. Diese Idee stammt von Dipl.Ing. Knoll, der heute hier ist und den ich hiermit herzlich begrüßen möchte. Diese Umspurung würde der Ybbstalbahn im Bereich der Stadt Waidhofen a.d. Ybbs einen Direktanschluss an die Rudolfsbahn bringen und soll bis Ybbsitz geführt werden. Der Erhalt der Schmalspurbahn soll von Waidhofen bis Gstaad durch eine dritte Schiene und von dort bis Lunz am See auf der bestehenden Trasse gesichert werden.

Der Idee stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Es geht aber jetzt darum, erstens möglichst rasch die Kosten für die geplanten Maßnahmen zu ermitteln und damit die Antwort für die Umsetzbarkeit zu finden. Ich würde mir von einer Teilmispurung kein erhöhtes Fahrgastaufkommen erwarten, aber auf jeden Fall eine bessere Bedienung des Güterverkehrs für einige Betriebe.

Und zweitens ist es erforderlich, die Investitionen auf der Schmalspurbahn so rasch als möglich zu tätigen und deren Erhalt zu sichern. Und darüber hinaus ihre Attraktivität für den Schüler- und Pendlerverkehr, aber auch für den Tourismus, zu steigern. Ich sehe diesen Punkt sogar gleichwertig mit dem Gedanken der Umpurung, ja sogar vorrangig vor die Idee zu stellen. Denn wir haben im Jahr 2007 die Landesausstellung in Waidhofen a.d. Ybbs und in diesem Zusammenhang sollte die Ybbstalbahn als zusätzliche touristische Attraktion entwickelt werden. Das muss aber bald geschehen!

Nach der Landesausstellung im Jahr 2007 sehe ich für den Fortbestand der Ybbstalbahn eine gewisse Gefahr. Und zwar deshalb, weil im Herbst 2007, also im Anschluss an die Landesausstellung, mit der Verlängerung des City-Tunnels in Waidhofen a.d. Ybbs Richtung Ybbstal begonnen wird, das wurde heute auch schon ausgeführt. Und im Zuge dieses Ausbaus werden die Geleise der Ybbstalbahn entfernt und es wird ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Und zwar auf die Dauer von voraussichtlich zwei Jahren.

Worin sehe ich nun die Gefahr? Technisch ist es kein Problem auf diesem Tunnel die Geleise der Ybbstalbahn wieder aufzusetzen. Aber wenn ein Verkehrsmittel auf die Dauer von zwei Jahren durch ein anderes ersetzt wird, bedarf es vermutlich enormer Anstrengungen und wirklich guter Ideen, das ursprüngliche Verkehrsmittel, nämlich die Ybbstalbahn, wieder attraktiv zu machen. Und das noch dazu zu einem Zeitpunkt wo der heute gültige Vertrag bereits abgelaufen ist.

Daher ist es jetzt wichtig und notwendig, ein ehrliches und breites politisches Bekenntnis zum Erhalt der Schmalspurbahnen in Niederösterreich abzulegen und damit den Fortbestand auf längere Zeit zu sichern. Die betroffenen wirtschaftlich ohnehin schwachen Regionen sind auf dieses Verkehrsmittel gerade im Hinblick auf eine bessere touristische Entwicklung angewiesen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Mariazellerbahn hat, haben wir heute gehört, eine lange Geschichte und viele positive Dinge in dieser ihrer Geschichte. Technische Pionierleistungen am Anfang, die Geburtsstunde unserer EVN ist mit der Elektrizitätsversorgung dieser Bahn in Zusammenhang zu bringen. Sie hat aber auch natürlich Versäumnisse in ihrer Geschichte. Und wenn ich die Presseaussendungen der letzten Tage und Wochen Revue passieren lasse, dann ist gerade in der Mitte der 90er Jahre, wo einige Kollegen auch aus diesem Haus gemeint hätten, durch die Investition in die neuen Triebwägen, das wäre die letzte brauchbare Investition gewesen, die da erfolgt wäre, dann glaube ich, dass die Praxis dieser bald zehn Jahre gezeigt haben, dass gerade diese Triebwägen so wie sie damals angeschafft wurden unter Streicher und Übleis zur Lösung der Probleme der Mariazellerbahn nicht beigetragen haben. Sie sind ein untaugliches und eigentlich auch ungeeignetes Mittel. Einer dieser Triebwägen steht die ganze Zeit in der Remise und auch der andere leistet keinen betriebswirtschaftlichen Beitrag, weil ein einziges modernes Betriebsmittel auf dieser Bahn einfach zu wenig ist.

Und auch im Infrastrukturbereich haben sich die Langsamfahrstrecken vermehrt. Und von Seiten der ÖBB möchte ich auch an dieser Stelle hier meinen Hut ziehen vor vielen Eisenbahnern, die an der Strecke arbeiten. Mit Leib und Seele für diese Bahn da sind und das Ihre ganz sicher leisten. Herzlichen Dank an diese Herren und Damen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist aber sehr kritisch anzumerken, dass innerhalb der ÖBB dieser vielen verschiedenen Geschäftsbereiche einfach auch sehr viele Quertreiber am Werk waren, die den Bestand dieser Bahn mit der internen Erhaltung der Betriebsmittel und was da alles zu nennen ist, auch ernsthaft gefährdet und behindert haben. Und jede Störung im Betrieb wirkt sich natürlich auf die Kunden aus.

Ein negativer Höhepunkt in dieser Chronologie ist sicher der Juli 2001 als die ÖBB allen Ernstes erwogen haben die Mariazellerbahn einzustellen. Und dass diese Bahn noch fährt, verdanken wir alle in Niederösterreich, wenn ich mir diese Debatte jetzt angehört habe, einem Mann, nämlich dem Verkehrsreferenten des Landes Dr. Erwin Pröll, der damals auf der Basis der bestehenden Nahverkehrsverträge und weil das Bundesland Niederösterreich eben einen finanziellen Beitrag für die Nebenbahnen leistet. 25 Millionen Schilling in ATS

wars zu Beginn 1996, gestiegen auf 31 Millionen, jetzt sind es 2,3 Millionen Euro p.a. aus Mitteln des Landes Niederösterreich damit die Mariazellerbahn noch fährt. Und auf Grund dieser Leistungen ist es gelungen, diese Einstellung im Jahr 2001 zu verhindern. Das ist, glaube ich, ein Erfolg und da kann man und da ist auch die Region dankbar und weiß auch wem sie das verdankt, nämlich unserem Landeshauptmann.

Ein zweiter positiver Punkt ist zu nennen, das ist auch von Kollegen Ing. Gratzner dankenswerterweise gesagt worden. Ich glaube, dass die NÖVOG ein anerkannter Träger ist. Nicht nur hier im Landtag, sondern auch in der Region, mit dem Dipl.Ing. Knoll an der Spitze, die wirklich konzeptiv, tiefgreifend und, glaube ich, sehr realistisch die Dinge plant und, das Planen allein wäre es auch nicht, auch in vielen, vielen Veranstaltungen in der Region diskutiert. Weil genauso wichtig wie die Diskussion mit den Entscheidungsträgern im Ministerium auf Bundes- und Landesebene ist einfach auch die Region zu aktivieren. Und daher möchte ich auch namens meiner Fraktion und aus tiefer persönlicher Überzeugung sagen, die Mariazellerbahn ist ein Juwel. Dass es diese Bahn gibt verdanken wir dem Landeshauptmann. Und ich glaube, es lohnt sich, alle Kräfte zu bündeln dass das auch in Zukunft so sein kann.

Die Mariazellerbahn ist auch und war auch sage ich ohne diesen ersten Antrag, das muss ich doch kritisch anmerken, auf der Schiene Richtung Zukunft. Hat mich ein bisschen gewundert wie ich diesen ersten Antrag von den Kollegen der SPÖ gelesen habe, dass da von dem Infrastrukturvertrag gar nichts drinnen gestanden ist so als wäre da erst jetzt ein Antrag notwendig damit da was passiert. Sie wissen es und Gottseidank haben wir wieder zurückgefunden auf diese gute Schiene, in dem Fall gemeinsame Schiene für diese Bahn, wo eben jetzt in dem Antrag auch auf diesen Vertrag hingewiesen wird vom 19. Dezember, auf die Bestandsgarantie und darauf, dass auch eine Arbeitsgruppe punkto Umspurung und weitere technische Möglichkeiten eben da ist.

Ich sage, eine Investition von dieser Größenordnung verdient wirklich eine gründliche Prüfung. Weil so eine Chance für diese Bahn werden wir so schnell nicht wieder bekommen. Und daher sage ich jetzt, ohne Präjudiz, unvoreingenommen prüfen, was sind die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten. Und dann geht's darum, die Dinge auch zügig zu realisieren. Von unserer Seite ist jedenfalls jeder Wille da das auch durchzuführen und hier alles dafür zu tun.

Ich glaube, dass es ganz besonders wichtig ist, dass die Region, durch die die Mariazellerbahn fährt, hier mitmacht. Und diese Einbindung der Region ist aus meiner Sicht optimal geglückt. Ich war bei so vielen Veranstaltungen dabei und ich weiß, dass viele Freunde der Mariazellerbahn, ich zähle mich selbst dazu, dass jeder überlegt was kann ich rund um die Bahn machen. Ob das ein Mountainbike-Event ist, ein Wandertag, eine spezielle Kulturveranstaltung, eine Wallfahrt nach Mariazell. Da gibt's tausend verschiedene Möglichkeiten, Kunden zu bringen. In diesem Sinn möchte ich auch Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen einladen, vielleicht haben Sie einmal irgendwo einen Ausflug zu organisieren. Nehmen Sie die heutige Debatte zum Anlass: Das Pielachtal ist wunderschön, Mariazell ist eine Reise mit der Mariazellerbahn wert.

Und daher glaube ich, und das ist jetzt auch ein konkreter letzter Punkt den ich nennen möchte: Die Investitionen, unabhängig von dieser Prüfung, Umspurung, Güterverkehrspotenziale, Anbindung an den Zentralraum Krems-St. Pölten. Da gibt's ja verschiedenste Ideen. Geht's auch darum, an der Bergstrecke jetzt schon, dort wird sich unter Garantie nichts ändern. Ob das Frankenfels wird oder Kirchberg, darüber kann man diskutieren. Wir wollen eigentlich Frankenfels. Das ist ein Wunsch aus der Region. Aber das ist in einer gemeinsamen Region festgehalten. Wir wollen, dass Investitionen spürbar als Zeichen dass wir es ernst meinen mit dem Bestand so rasch als möglich da sind.

Die Ideen liegen auf dem Tisch. Da gibt's eine Arbeitsgruppe ECO-PLUS, LEADER-PLUS, die Region gemeinsam. Ich habe das Gefühl, das wird etwas werden. Und die Anstrengungen der letzten zwei, drei Jahre werden es mit sich bringen, dass der Landtag von Niederösterreich noch viele Jahre, so wie er am Beginn der Mariazellerbahn dabei war, dass diese Bahn organisatorisch sozusagen eine Struktur bekam, so werden wir mit dieser Debatte und weiteren dafür sorgen, dass die Mariazellerbahn Richtung Zukunft fährt durch eine wunderschöne Region. Und ich danke für das Interesse aller Kollegen des Landtages an dieser Bahn und insbesondere dem Landeshauptmann, der das Herz für dieses Weltkulturerbe in spe eben gefunden hat und daher auch ein Garant für diese gute Entwicklung ist. Danke vielmals! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Razborcan (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verzichte auf das Schlusswort, darf Ihnen aber zur besseren Wiedererkennung meines Namens ein Visitkarte überreichen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Das ist sehr lieb, ich danke sehr herzlich. Nur ist das kein Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verkehrsausschusses, Ltg. 135/A-2/12:)* Ich stelle fest, das ist die Einstimmigkeit. Der Antrag ist angenommen!

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 211/S-5/6 und Ltg. 212/S-5/7 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher Herrn Abgeordneten Maier, zum Geschäftsstück Ltg. 211/S-5/6 und danach Herrn Abgeordneten Herzig, zum Geschäftsstück Ltg. 212/S-5/7 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 211/S-5/6 zur Neuerrichtung des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Stockerau.

Kurz zum Inhalt: Im Zuge der Planungsgespräche hat sich ergeben, dass aus Kostengründen und betrieblichen Gründen ein Neubau wirtschaftlicher ist als eine Generalsanierung oder ein Um- und Zubau. Bei den Baumaßnahmen handelt es sich um eine Gesamtbettenanzahl von 108 Betten, aufgeteilt auf 3 Stationen zu je 36 Betten. Aus ökologischen und wohnlichen Gründen, und das ist besonders zu betonen, wird erstmals in Niederösterreich in einem NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim der Bettentrakt in Holzbauweise ausgeführt. Baubeginn voraussichtlich Mai 2004 und die Fertigstellung im Dezember 2005. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 12,238.693,43 Euro. Ich darf daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Neuerrichtung des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Stockerau wird mit Gesamtkosten von € 12.238.693,43 exkl. USt. genehmigt.

Daher errechnen sich nachstehende voraussichtliche jährliche Leasingraten: Immobilien (inkl. Kautions), Laufzeit 25 Jahre € 487.719,17 exkl. USt.; Mobilien (inkl. Kautions), Laufzeit 9 Jahre € 171.068,07 exkl. USt.“

Herr Präsident! Ich darf Sie bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Berichterstatter Abg. Herzig (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf berichten zum Geschäftsstück Ltg. 212/S-5/7, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Wallsee, Neuerrichtung.

Das Heim wurde um das Jahr 1900 errichtet und 1957 durch einen Zubau erweitert. Es hat im Jahr 1989 bis 1993 Modernisierungen gegeben. Es stehen derzeit 15 Wohn-, 28 Betreuungs- und 35 Pflegeplätze, daher insgesamt 78 Plätze zur Verfügung. Und man hat aber festgestellt, dass es in baulicher und ausstattungsmaßiger Hinsicht den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr entspricht.

Es wird hier festgehalten, dass die Planung auf Basis einer Artikel 15a Vereinbarung erfolgt, bei der sich Bund und Länder über die gemeinsamen Maßnahmen für pflegebedürftige Personen verpflichtet haben, Mindeststandards zu gewährleisten. Und in diesem Zuge soll durch die Neuerrichtung des Heimes in Wallsee von 78 auf 102 Plätze erweitert werden. Der Baubeirat hat in seiner Sitzung am 13. April 2004 die Neuerrichtung einstimmig empfohlen. Die Kosten sollen 11,515.000 Euro exklusive MWSt. auf Basis Jänner 2002 betragen und setzen sich zusammen aus Planungs- und Nebenkosten in Höhe von 1,550.000 Euro, Baukosten von 8,415.000 Euro und Einrichtung von 1,550.000 Euro, zusammen 11.515.000 Euro.

Die Finanzierung soll erfolgen, es sind gegenüber dem ursprünglichen Plan von 11,200.000 Euro exklusive USt., die bereits genehmigt sind, eine Erhöhung von 315.000 Euro exkl. USt. festzustellen, die auf einen Zusatzaufwand bei der Fundierung beruhen. Es ist eine Bodenbegutachtung erforderlich gewesen und die Fundierung soll nicht wie geplant in Streifenfundamenten, sondern mit einer Betonplatte durchgeführt werden. Es ist ein Erdwärmetauscher notwendig. Und zwar zur Reduzierung der laufenden Betriebskosten. Und die EDV muss grundlegend geändert werden auf Grund der Ausstattung der NÖ Heime mit NÖSIN sind in diesem Zuge auch Verkabelungen durchzuführen.

Ich darf daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses vorbringen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Neuerrichtung des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Wallsee wird mit Gesamtkosten von € 11,515.000,- exkl. USt. genehmigt.

Daher errechnen sich nachstehende voraussichtliche jährliche Leasingraten: Immobilien inkl. Kautions (Laufzeit 25 Jahre) € 451.606,92 exkl. USt.; Mobilen inkl. Kautions (Laufzeit 9 Jahre) € 179.649,53 exkl. USt.“

Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchführen zu lassen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte zu den beiden Geschäftsstücken und erteile Herrn Abgeordneten Ing. Gratzner das Wort.

Abg. Ing. Gratzner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zum Neubau der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime in Stockerau und Wallsee werde ich aus zeitökonomischen Gründen nicht alle Zahlen und Fakten, die heute bereits im Bericht und Antrag erwähnt wurden, wiederholen. Es handelt sich in beiden Fällen um dringend notwendige Maßnahmen, die nun durch einen Beschluss des Landtages zur Umsetzung gelangen sollen.

An der Aufbereitung dieser Materie haben viele engagierte Menschen mitgewirkt und ich danke allen Beteiligten, angefangen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Abteilung, den vor Ort verantwortlichen Entscheidungsträgern und ihren Bediensteten, vor allem aber auch dem Pflegepersonal für die bisher geleistete Arbeit.

In den beiden Fällen, also bei beiden Häusern, hat sich im Zuge der Baubeiratssitzungen und Planungsgespräche ergeben, dass aus Kostengründen und aus betrieblichen Gründen ein Neubau wirtschaftlicher ist als eine Generalsanierung oder ein Zu- bzw. Umbau. Die Anzahl der Betten wird in den beiden Häusern um rund 10 Prozent erhöht. Dies ist einerseits durch die im Altersalmanach 2000 von Prof. Amann ausgewiesene Entwicklung notwendig und andererseits durch die zusätzliche Bedarfssituation in den Bezirken Korneuburg und Amstetten begründbar.

Die beantragten Baumaßnahmen und die dafür erforderliche Finanzierung sind in den Anträgen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses detailliert angeführt und wir werden daher einer menschenwürdigen, bedarfsgerechten und modernen Unter-

bringung und Betreuung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Heimen Stockerau und Wallsee - unserem Verständnis für Sozialpolitik und Gesundheitspolitik in diesem Land entsprechend - unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Hinterholzer.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit der heute anstehenden Beschlussfassung für den Neubau des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes in Stockerau und Wallsee wird ein weiterer, wichtiger Schritt zur Umsetzung des bereits beschlossenen Ausbauprogrammes für das Jahr 2002 bis 2006 gesetzt. Wir haben uns ja vorgenommen, immerhin in diesem Zeitraum rund 150 Millionen Euro in den Ausbau von Landesheimen oder in Heime privater Träger zu investieren.

An beiden Standorten sind die bestehenden Heime in die Jahre gekommen und entsprechen heute in mehrfacher Hinsicht nicht mehr den Anforderungen. Sowohl bei den sanitären Einrichtungen als auch die Unterbringung in Dreibettzimmern entspricht wohl nicht mehr dem geforderten Stand. In Wallsee ist zudem ein Befahren der Gänge mit Pflegebetten in keiner Weise mehr möglich und in Stockerau ist der Wohnteil überhaupt nicht mehr vollständig belegt.

An beiden Standorten hat sich erwiesen, dass nach den Planungsgesprächen ein Neubau besser ist als eine Sanierung der bestehenden Heime. Und so sollen zwei völlig neue Pensionisten- und Pflegeheime entstehen, die den sehr hohen Standards, und denen haben wir uns in Niederösterreich verschrieben, gerecht werden.

Beide Heime werden in der Bettenzahl etwas aufgestockt und jeweils drei Stationen mit rund 35 Betten haben. Das sind überschaubare Größen die einerseits wirtschaftlich vertretbar sind, aber sich vor allem für eine individuelle Betreuung als ideal herausgestellt haben.

In dieser Größenordnung ist gewährleistet, dass der alte Mensch zu keiner Nummer verkommt und wirklich auf individuelle Bedürfnisse noch sehr gut eingegangen werden kann. Die Grundstücke, das möchte ich auch erwähnen, sind in Stockerau durch einen Grundtausch mit der Stadtgemeinde erworben worden und in Wallsee wurde von der Gemeinde Wallsee-Sindelburg ein Grundstück zur Verfügung gestellt.

Ich kenne die Situation gerade in Wallsee sehr gut und möchte hier auch festhalten, dass die Grundkosten für die Gemeinde durchaus eine finanzielle Hürde dargestellt haben. Man war sich aber der Notwendigkeit des Neubaus bewusst. Immerhin ist das Landes-Pensionisten- und Pflegeheim auch der größte Arbeitgeber in der Gemeinde und in der Gemeinde sehr, sehr gut integriert.

An beiden Heimen lässt sich aber auch sehr deutlich die Strukturveränderung in der stationären Altenhilfe erkennen. In den 70er Jahren wurde das Heim in Stockerau und etwas früher schon, 1957, das Heim in Wallsee weitgehend als ein Wohnheim für Pensionisten errichtet. Heute, durch den flächendeckenden Ausbau der mobilen Hauskrankenpflege und Heimhilfe, wird ein Verbleiben in der eigenen Wohnung, in den eigenen vier Wänden, und ich glaube, jeder von uns wünscht sich das, weitgehend ermöglicht.

Das heißt, rüstige Senioren sind daher den Heimen immer seltener dauerhaft anzutreffen. Wohnplätze werden daher immer weniger benötigt. Es sind heute die gestiegenen Anforderungen durch die zunehmende Hochaltrigkeit der Bewohner und damit auch die dementen Heimbewohner ebenso wie neue Pflegeformen in der Kurzzeitpflege, in der Tagespflege, in der Übergangspflege, die Intensiv-, die Hospiz- und die Palliativpflege, die das Betreuungspersonal vor besondere Herausforderungen stellen. Anstelle von Wohnplätzen werden daher in beiden Heimen ausschließlich mehr Pflegeplätze errichtet.

Es werden zwei neue Heime werden, die, wie gesagt, den Qualitätsansprüchen des Landes Niederösterreich gerecht werden. Offene Heime einerseits, die ein Wohlfühlen und beste Pflege gewährleisten. Heime, in denen Angehörige, Freunde und Bekannte der Bewohner jederzeit gerne als Besucher gesehen sind. Andererseits Heime, die im Ort bzw. in der Stadt integriert sind in verschiedensten Projekten. Sei es durch die Mitwirkung von Vereinen, Schulen und Kindergärten. Die Baukosten immerhin mit 12,2 bzw. 11,5 Millionen Euro veranschlagt. Die Ausschreibungen sind bereits erfolgt. Mit dem Bau kann demnächst begonnen werden und beide Heime sollen im Dezember 2005 dann für die Bewohner zur Verfügung stehen.

Meine Fraktion wird sehr gerne den beiden Geschäftsstücken die Zustimmung erteilen, weil damit ein weiterer moderner und zeitgemäßer Ausbau unserer Heime möglich wird, sodass ein Altern in Würde, Sicherheit und Lebensqualität bis ins hohe Alter für unsere Landesbürger möglich wird.

Gleichzeitig wird für das Pflegepersonal, das einen sehr schweren und anstrengenden Dienst an den alten und kranken Menschen leistet die tägliche Arbeit erleichtert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage, ob seitens der Herren Berichterstatter ein Schlusswort gewünscht wird.

Berichterstatter Abg. Maier (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. Herzig (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 211/S-5/6:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag ist angenommen!

(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 212/S-5/7:) Ich stelle fest, dass das ebenfalls die Einstimmigkeit ist und der Antrag somit angenommen ist!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Findeis, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 213/H-11/5 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 213/H-11/5 betreffend a.ö. Krankenhaus Zwettl, Zu- und Umbau mit Hubschrauberlandeplatz, Freigabe der Gesamtkosten, Phase 2.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtkosten in der Höhe von € 25.735.000,-- exklusive USt (Preisbasis Juni 2002) für das Investitionsvorhaben ‚Zu- und Umbau mit Hubschrauberlandeplatz (Phase 2) am a.ö. Krankenhaus Zwettl‘ werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt.

Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60 %-igen Landesbeitrages für die Gesamtkosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs. 2 NÖ KAG, LGBl. 9440-21.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich, auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen eine jährliche Belastung des Landes im Falle einer Leasingfinanzierung im Ausmaß von 4,7 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 7 Jahre und 2,89 % für die restlichen 18 Jahre.“

Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Honeder das Wort.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Honeder (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Uns liegt der Antrag auf Freigabe der Investitionskosten in der Höhe von 25,735.000 Euro für den Zu- und Umbau am Krankenhaus Zwettl, die sogenannte Bauphase 2, vor. Mit dem Aus-, Zu- und Umbau am Krankenhaus Zwettl geht ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung und der Verantwortungsträger des Bezirkes in Erfüllung. Das Krankenhaus Zwettl wurde im Jahr 1979 in Betrieb genommen. Damals ein sehr moderner Flachbau mit 14 achteckigen Pavillons konzipiert.

In den letzten 25 Jahren hat das Haus eine sehr erfolgreiche Aufwärtsentwicklung genommen. Das Krankenhaus ist für 241 Betten systemisiert und mit 425 Mitarbeitern auch ein wichtiger Arbeitgeber in der Region.

Sowohl in medizinischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht wird das Spital sehr gut geführt und ist daher entsprechend ausgelastet. Die medizinischen Schwerpunkte und der Versorgungsauftrag liegen im Bereich Orthopädie, orthopädische Chirurgie, Gefäßchirurgie sowie Kinderabteilung mit Frühgeburtenstation. Besonders im Bereich der orthopädischen Chirurgie ist das Spital Zwettl eine der ersten Adressen in Niederösterreich unter der medizinischen Leitung von Dozent Dr. Manfred Weißinger.

Dies zeigt auch die Patientenstatistik. Von den 12.359 Patienten, die im Jahr 2003 in Zwettl behandelt wurden, kommen 4.561 oder 36,9 Prozent aus dem übrigen Niederösterreich, aus Wien, aus Oberösterreich bzw. aus dem Ausland. Das heißt auch, dass die Auslastung in den Abteilungen

Orthopädie und Innere Medizin über 100 Prozent liegt. Bei der Orthopädie 113 Prozent und bei der Inneren Medizin 104 Prozent. Eine permanente Überbelegung ist daher die Folge.

Nach 25 Jahren Spitalsbetrieb waren daher die Raumnot, die Überbelegung, gravierende Baumängel sowie technische Überalterung der Haustechnik und die Notwendigkeit, die Sechsbettzimmer auf Zwei-, Vier- und Einbettzimmer umzubauen, Gründe für die notwendige Generalsanierung und Modernisierung. Die Bauphase 1 mit Baukosten in der Höhe von 23,900.000 Euro sowie für die Errichtung des Neu-, Zu- und Umbaus des Hub-schrauberlandeplatzes ist bereits weitgehend abgeschlossen. Die feierliche Eröffnung wird am 10. Juli 2004 stattfinden. Die Bauphase 2 mit Gesamtkosten in der Höhe von 25,735.000 Euro, die wir heute beschließen, umfasst die Sanierung des Altbestandes und den Innenausbau. So wird noch im Jahr 2004 begonnen und hat laut Bauzeitplan ein Ende im Jahr 2006.

Ich glaube, dass jeder Euro, der in den Krankenhausausbau Zwettl investiert wird, sehr gut angelegt ist und auch für die Bevölkerung unseres Bezirkes und darüber hinaus beste und modernste medizinische Versorgung bieten wird. Das ist in einem Bezirk, der 1.400 km² groß ist, und wo die Anfahrtswege doch sehr weit sind, eigentlich unverzichtbar. Das ist auch für das Fitnessprogramm unserer Region für die EU-Erweiterung ein wichtiger Beitrag.

Die aus diesen Investitionen resultierenden Belastungen im Bereich von 4,70 Prozent für die ersten sieben Jahre und 2,89 Prozent für die weiteren 18 Jahre sind sicher verkraftbar. Ich danke schon jetzt namens der Region, dem Herrn Landeshauptmann, den Mitgliedern der Landesregierung sowie Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die Zustimmung zur Realisierung dieses für die Region unverzichtbaren Projektes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Auch von mir ein paar Worte zu diesem wichtigen Schritt, zu diesem Zu- und Umbau mit Hub-schrauberlandeplatz, die sogenannte Phase 2. Mein Vorredner hat als Zwettler Abgeordneter bereits auch in Zahlen und in Gesamtbettenanzahl und in allen genauen Punkten erläutert, wieso die-

ser Umbau jetzt auch notwendig ist und hat bereits alle wichtigen Dinge gesagt. Auch ich bin der Meinung, dass diese Phase 2 wichtig und notwendig ist. Dass Zwettl ein nicht mehr wegzudenkender Standpunkt in der Gesundheitsversorgung in dieser Region ist. Dass für diese Region natürlich auch dieses Schwerpunktkrankenhaus enorm wichtig ist. Sowohl in medizinischer Hinsicht als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Und wir Freiheitlichen natürlich auch selbstverständlich diesem Tagesordnungspunkt unsere Zustimmung erteilen.

Ich würde nur den Herrn Abgeordneten Honeder ersuchen, nachdem er ja weiß dass es sich hier, weil wir heute immer von dieser politischen Phase gesprochen haben, eher um diese ÖVP-Krankenhäuser, um ein sehr schwarz-dominiertes handelt. Vielleicht könnte es möglich sein, dass am 10. Juli irgend wann doch einmal ein Freiheitlicher dort eingeladen wird. Weil momentan hat es das dort noch nicht gegeben dass man so weit kommt in der Demokratie dass dort in Zwettl auch andere geduldet sind. *(Beifall bei der FPÖ und den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist damit erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 213/H-11/5.)* Danke. Gegenstimmen? Keine Gegenstimmen. Der Antrag ist einstimmig angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Findeis, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 210/B-46 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Findeis (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 210/B-46 betreffend Aufhebung des NÖ Berufsschulbaufondsgesetz 1973.

Der NÖ Landesrechnungshof hat in seinem Bericht vom Juli 2002 die Ansicht vertreten, dass zur Unterstützung der gesetzlichen Schulerhalter der öffentlichen Berufsschulen in Niederösterreich der Weiterbestand des eigens dafür gesetzlich eingerichteten Fonds grundsätzlich nicht erforderlich ist und empfohlen, den niederösterreichischen Berufsschulbaufonds aufzulösen.

In Umsetzung dieser Anregung hat die Landesregierung dem Landtag die gegenständliche Regierungsvorlage übermittelt, mit der das NÖ Berufsschulbaufondsgesetz aufgehoben wird. Ich darf daher folgenden Antrag stellen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Aufhebung des NÖ Berufsschulbaufondsgesetzes 1973 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident, ich bitte die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Präsident Mag. Freibauer: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 210/B-46:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Auf Grund des Antrages der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger, MMag. Dr. Petrovic und Mag. Ram kommen wir nun zur Wiederbestellung des Landesrechnungshofdirektors für die Funktionsperiode ab 1. Juli 2004. Der gemeinsame Antrag lautet: Landesrechnungshofdirektor Dr. Walter Schoiber wird gemäß Art. 52 Abs.5 der NÖ Landesverfassung 1979 ab 1. Juli 2004 auf weitere sechs Jahre wiederbestellt.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Vorfeld der heutigen Wahl des Landesrechnungshofdirektors hat es Gespräche gegeben auf der Ebene der Präsidiale und wir sind eigentlich übereinstimmend zur Überzeugung gekommen, dass in diesem Fall dass das Amt in einer Art und Weise wahrgenommen und ausgeübt wird, wie es eigentlich die Zustimmung und die Billigung aller Fraktionen hier im Haus findet, dass es in so einem Fall irgendwie komisch wäre und nicht angebracht wäre, eine Ausschreibung durchzuführen. Denn das hieße ja irgendwo auch den bestehenden Amtsinhaber in Frage zu stellen oder auch die Möglichkeit anzudeuten, dass es hier eine bessere Wahrnehmung der Agenden geben könnte.

Und das war eine übereinstimmende Einschätzung aller vier Parteien, dass das Amt gut ausgeübt wird, dass der NÖ Rechnungshof funktioniert und dass dieses Amt auch vor allem, was für so eine Kontrollfunktion natürlich absolut essenziell ist, in einer unparteiischen Art und Weise und wirklich nur der Sache verpflichtet, wahrgenommen wird.

Also wir haben als Oppositionspartei immer großen Nutzen gezogen aus diesen Berichten und ich denke, für die Regierung gilt dasselbe. Denn die Berichte sind ja dann eine Möglichkeit, auch Verbesserungen durchzuführen.

Ja, und wir haben dann eigentlich festgestellt, dass die Geschäftsordnung, wir können uns natürlich einigen auf das und letztlich wenn sich vier Parteien, vier Fraktionen hier im Haus einig sind, dann kann das sicher auch so gehandhabt werden. Aber eigentlich wäre es nach der Geschäftsordnung so, dass es kein besonderes Verfahren gibt. Ob das jetzt eine Erstbestellung ist, bei der vielleicht mehrere Personen, die unter Umständen alle geeignet sind, sich um dieses Amt bewerben oder ob es um eine Wiederbestellung eines überaus bewährten Amtsträgers geht.

Und wir haben seitens der Grünen daher angeregt, doch diese Wiederbestellung, von der ich ausgehe, dass sie gleich in der Folge vorgenommen werden wird, diese Wiederbestellung zum Anlass zu nehmen, doch insgesamt über die Geschäftsordnung zu reden. Ich sage das ausdrücklich, dass wir uns auch hier geeinigt haben, dass wir einmal Gespräche beginnen. Deren Ausgang ist natürlich noch offen. Aber wir haben ein großes Interesse daran, und nicht nur weil es uns betrifft und weil wir der Meinung sind, dass die Minderheitenrechte hier in Niederösterreich weniger entwickelt sind als in praktisch allen anderen Bundesländern, sondern ich glaube, wenn es insgesamt für eine moderne Demokratie, für einen modernen Landtag notwendig ist, hier das Spiel der Kräfte auf eine fairere und gleichere Basis zu stellen.

Dass selbstverständlich die Regierungsmehrheiten immer das Sagen haben werden, das ist ja ein Wesensmerkmal der Demokratie und das wird natürlich von niemandem in Frage gestellt. Aber dass alle Kontrollrechte hier im Hause nur von Mehrheiten wahrgenommen werden, das ist, glaube ich, ein Element der Geschäftsordnung das obsolet ist und dass wir sehr bald korrigieren sollten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dazu kommen andere Dinge, die, glaube ich, nicht nur die äußere Form der Geschäftsordnung betrifft wie etwa dass die weibliche Form nicht nur

mit einer Bestimmung als mit gemeint hineingeschrieben werden soll, sondern dass man sie heute, jetzt auch in diesem neuen Jahrtausend durchaus erwähnen sollte. Dazu kommen Bestimmungen, die in sich auch widersprüchlich oder un schlüssig sind wie etwa die Bestimmung dass die Ausschussvorsitze hier im Haus nach D'Hondt zu verteilen sind. Demnach stünde den Grünen ein Ausschussvorsitz zu. Dem steht wieder entgegen, dass die Ausschüsse - und das auch mit guten Gründen - eine Größe haben, dass die Grünen kein ordentliches Mitglied bestellen können. Also da passen zwei Bestimmungen ganz einfach nicht zusammen. Und hier sollten wir uns dranzumachen, natürlich wir sagen auch im Sinne einer Aufwertung der Minderheitenrechte, jedenfalls aber im Sinne einer Bereinigung von Bestimmungen, die so nicht mehr zeitgemäß sind.

Wir haben das ausdrücklich, weil das wäre der Sache und auch der Person des Landesrechnungshofdirektors nicht angemessen gewesen. Es gibt selbstverständlich von unserer Seite hier kein wie immer geartetes Junktim. Es ist dies eine Wahl. Es war mir nur wichtig, bei dieser Wahl auch anzumerken, dass es neben der Möglichkeit einer erleichterten Bestellung von Amtsträgern auch andere Punkte gibt. Und ich ersuche Sie sehr, dass wir noch vor dem Sommer in möglichst fruchtbare Gespräche eintreten mögen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Wir kommen nun zur Wahl. Das heißt, ich bitte die Abgeordneten, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, abzugeben. Sollte jemand seinen Stimmzettel nicht mehr finden, weil er ist schon zu Beginn der Sitzung ausgeteilt worden, wir haben noch Reservestimmzettel. Wer also noch einen braucht, bitte aufzeigen. Es gibt noch welche. Hat jeder seinen Stimmzettel gefunden? Dann bitte ich, die Stimmzettel einzusammeln. Und ich ersuche gleichzeitig die Schriftführer, das sind die Abgeordneten Ing. Hofbauer, Cerwenka, Dr. Krismer und Waldhäusl, dann nach Einsammlung der Stimmzettel das Wahlergebnis zu ermitteln. Ich bitte die Schriftführer nach vorne zu kommen.

(Nach erfolgter Stimmenabgabe und Stimmenzählung:)

Die Stimmenzählung brachte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 53 Stimmzettel. Zwei Stimmzettel waren ungültig, 51 gültig. Mit 51 gültigen Stimmen wurde Herr Dr. Walter Schoiber zum Landesrechnungshofdirektor gewählt. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich darf feststellen: Der Landesrechnungshofdirektor wurde vom Landtag bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen nach Artikel 52 Abs.1 der NÖ Landesverfassung 1979 gewählt. Ich frage Herrn Dr. Walter Schoiber, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Walter Schoiber: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Präsident Mag. Freibauer: Ich beglückwünsche persönlich und im Namen des Landtages Herrn Landesrechnungshofdirektor Dr. Schoiber zu seiner Wiederbestellung. Nach Artikel 52 Abs.4 der NÖ Landesverfassung 1979 hat der Landesrechnungshofdirektor vor dem Antritt seines Amtes gegenüber dem Präsidenten des Landtages das Gelöbnis der strengen Unparteilichkeit und der gewissenhaften Erfüllung der mit seinem Amt verbundenen Pflichten zu leisten. Ich ersuche Herrn Dr. Schoiber, zum Präsidium zu kommen.

(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.)

Ich frage Sie, Herr Rechnungshofdirektor, Dr. Walter Schoiber: Geloben Sie, in Ausübung aller mit dem Amte des Landesrechnungshofdirektors verbundenen Aufgaben die strenge Unparteilichkeit, die gewissenhafte Erfüllung aller mit diesem Amt verbundenen Pflichten?

Dr. Walter Schoiber: Ich gelobe!

(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident Mag. Freibauer: Herr Rechnungshofdirektor, ich darf Ihnen die Urkunde der Bestellung der Wahl übergeben. Ich gratuliere nochmals recht herzlich und wünsche weiterhin gute Arbeit im Dienste des Landtages von Niederösterreich, für die Bevölkerung von Niederösterreich. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Eigner, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 209/A-1/13 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich berichte zu Ltg. 209/A-1/13, Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 bzw. zur Änderung des Pflegegeldgesetzes.

Die derzeitigen Bestimmungen des NÖ Sozialhilfegesetzes sagen aus, dass EWR-Bürger österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt sind und daher auch Anspruch auf Sozialhilfe haben, sofern sie in Niederösterreich ihren Hauptwohnsitz haben oder mangels eines solchen ihren Aufenthalt haben. Mit dem vorliegenden Antrag soll ein mögliches Ausnutzen unseres Sozialsystems verhindert werden. Ich verwende den Ausdruck sicherlich nicht, den Sie heute schon gebracht haben.

Es soll also eindeutig klargelegt werden, dass nur jene EWR-Bürger Anspruch auf Sozialhilfe im gleichen Ausmaß wie österreichische Staatsbürger haben, die zu einem rechtmäßigen Aufenthalt von mehr als drei Monaten in Niederösterreich berechtigt sind. Rechtmäßig hält sich ein EWR-Bürger im Sinne des Fremdenengesetzes dann in Österreich auf, wenn er sich auf Artikel 18 EGV berufen kann und über ausreichende Mittel zu seinem Unterhalt oder über eine Krankenversicherung verfügt. Dies gilt auch für Bürger, die eine Einstellungserklärung ihres Arbeitgebers vorlegen können oder zu einer selbständigen Erwerbstätigkeit hier berechtigt sind.

Da dieses Problem auch für das Pflegegeld gilt, wurde im Sozial-Ausschuss ein § 34-Antrag zur entsprechenden Abänderung des NÖ Pflegegeldgesetzes aus 1993 eingebracht. Ich darf daher entsprechend dem Sozial-Ausschuss folgenden Antrag stellen und zwar hinsichtlich des NÖ Pflegegesetzes 1993 sowie des Sozialhilfegesetzes über Antrag der Abgeordneten Schittenhelm etc. *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Schittenhelm u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Der dem Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Schittenhelm und Vladyka (beiliegende Gesetzentwurf) betreffend Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bitte um die Einleitung der Debatte und um Abstimmung.

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kollege Dipl.Ing. Eigner hat es in seiner Berichterstattung gleich vorweg genommen worum es geht, darum erspare ich mir eine langwierige Rede. Ich möchte bei diesem Punkt natürlich schon erwähnen, warum müssen wir dieses Gesetz reparieren, warum müssen wir dieses Gesetz gerade jetzt ändern.

Wir haben beim 1. Tagesordnungspunkt über die EU-Osterweiterung gesprochen, dass wir kurz davor stehen. Und jetzt befürchtet man, dass diese Länder noch nicht so weit sind, dass das Sozialsystem noch nicht so weit ist, dass es hier zu einem Sozialtourismus nach Österreich kommen kann. Und genau darum geht es. Diese Länder sind noch nicht so weit, diese Länder sind noch nicht reif genug. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und stimmen diesem Gesetz klarerweise zu um eben hier für Niederösterreich Schaden abzuwenden. Danke! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Als nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Den als Resolutionsantrag bezeichneten Antrag betreffend Änderung von § 13 Bundespflegegeldgesetz betreffend die Ruhendstellung von Anteilen des Pflegegeldes dem werden wir zustimmen.

Ich glaube, dass der Antrag eine völlig falsche Grundhaltung widerspiegelt. Nämlich einerseits spiegelt er die Haltung wider, dass Menschen sich sofort auf die Reise machen wenn sie irgendwo eine finanzielle Leistung lukrieren können. Das ist aber nicht so. Denn bereits heute könnten natürlich alle EU-Bürgerinnen und -Bürger aus ärmeren Regionen ja kreuz und quer in der ganzen Union sich bewegen und auch Arbeit suchen. Sie tun es nicht. Und wir wissen ja auch aus unserem eigenen Land, da gibt es auch Regionen mit einem höheren Durchschnittseinkommen und Regionen, in denen das Durchschnittseinkommen etwas hinten nachhinkt. Demnach müssten alle die Bewohnerinnen und Bewohner aus Grenzregionen, aus ländlichen Regionen, blitzartig irgendwo in die Ballungsräume strömen. Das tun sie nicht.

Menschen haben eine sehr hohe Verbundenheit mit ihrer regionalen Heimat, mit dem Ort aus dem sie kommen. Und sie gehen in aller Regel nur

dann schweren Herzens weg, wenn die Bedingungen so schlecht sind, dass sie keine Zukunft mehr sehen. Das ist aber in unseren Nachbarstaaten und in den Beitrittsstaaten nicht der Fall. Nicht umsonst hat man ja viele Jahre geprüft und auch Kriterien definiert um dann erst später, eben jetzt am 1. Mai, diesen Beitritt tatsächlich durchzuführen. Hier werden keine Heerscharen kommen, und das verstärkt einmal mehr so dumpfe Angstbilder, die sachlich durch nichts gerechtfertigt sind. Und alle Studien des WIFO, alle wirtschaftspolitischen Aussagen sagen, das wird nicht passieren.

Es gibt einen zweiten Grund, warum wir diesem Antrag so nicht zustimmen. Denn, ich habe es heute schon einmal gesagt, es gibt eine andere Gruppe von Menschen, die de facto dringend im Notfall, im Ernstfall Sozialhilfe brauchen würden. Das sind diese Menschen, die teils seit Jahrzehnten in Österreich leben, arbeiten, Steuer zahlen, nicht EWR-Bürgerinnen und -Bürger sind und die eine Aufenthaltsbewilligung haben und brauchen und eine Arbeitsbewilligung. Aber wir wissen, dass es in diesen Fällen oftmals keine Aufenthaltsbewilligung gegeben hat, weil die Quoten erschöpft sind. Das betrifft sogar die Kinder von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten für die wirklich schändlicherweise in Österreich eine Quote gilt. Und für diese Leute, die immer nur touristisch da sind, die gelten in der Statistik als Touristinnen und Touristen genauso wie die Leute die aus Amerika, aus vielen Teilen der Welt, aus Japan zu uns kommen. Die, würde ich sagen, echte Touristinnen und Touristen sind.

Diese de facto Arbeitsmigranten fallen rechtlich in denselben Status hinein, obwohl sie hier de facto integriert sind, obwohl die Wirtschaft sie braucht. Gerade in den heute auch schon mehrfach angesprochenen immer wichtigeren Bereichen von Tourismus, Gastronomie, Freizeitwirtschaft geht es nicht mehr ohne diese Leute. Und sogar in Ländern mit sehr restriktiven Einwanderungsregelungen gab es immer wieder von Zeit zu Zeit Legalisierungsaktionen. Das war in Amerika der Fall, das war in der Schweiz der Fall, dass man gesagt hat, jeder der oder die de facto sieben Jahre da ist, nicht irgendwie straffällig geworden ist, nicht irgendwie sich negativ bemerkbar gemacht hat, der oder die soll jetzt einen ganz legalen Aufenthalt haben.

So eine Regelung wäre gerade für Niederösterreich mit seiner Branchenstruktur extrem wichtig. Und ich verstehe nicht, warum die NÖ Landesregierung hier nicht viel mehr Druck macht auf die Bundesregierung, dass eine so humane und

wirtschaftspolitisch notwendige Regelung endlich umgesetzt wird. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es gibt einen dritten Punkt warum wir dieser Regel nicht zustimmen können, weil nämlich die Gewährung von Sozialleistungen in diesem Bereich hier extreme Definitionsfreiräume für die Behörde schafft. Und daher für uns gar nicht erkennbar ist, in welcher Art und Weise diese Spielräume tatsächlich dann ausgeübt werden. Denn hier wird darauf abgestellt, dass den Aufenthaltsberechtigten keine übermäßige Sozialhilfeleistung zuteil wird. Es ist zu prüfen, ob es sich in dem betreffenden Fall um vorübergehende Schwierigkeiten handelt. Mein Gott, was ist vorübergehend? Wenn jemand etwa im Zuge des Zusammenbruchs der Firma den Job verliert. Das kann länger dauern, das kann aber auch nur von ganz kurzer Dauer sein. Das heißt, hier ist schon Tür und Tor geöffnet für Kriterien, die man so nicht einfach der Administration überlassen kann oder soll.

Das heißt, ich geh' davon aus, dass schon bald eine grundsätzliche Überarbeitung der Vorschriften betreffend Sozialhilfe und Pflegegeld notwendig sein wird. Und heute wird es nicht mehr zu erreichen sein, diese Vorlage wird jetzt so beschlossen werden. Aber ich gehe davon aus, dass Sie vielleicht doch einmal auch über diese Argumente nachdenken, dass vielleicht bei einer nächsten Novelle ein etwas größerer Wurf glückt. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rosenmaier.

Abg. Rosenmaier (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe heute die angenehme aber auch die schöne Aufgabe, über die Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 sowie das Pflegegeldgesetz sprechen zu dürfen. Ich möchte hier eingangs gleich einmal feststellen, dass es sich hierbei um eine Änderung handelt, welche weder das höher gültige, das sogenannte alte Gesetz in Frage stellt. Oder, wie es ja bereits bei der Bundesgesetzgebung üblich ist, verabschiedete Gesetze durch ein Reparaturgesetz wieder verfassungskonform zu machen.

Hier geht es einzig und allein darum, dass ab dem 1. Mai, dem Beitrittsdatum der neuen EU-Länder, es zu keinem Missbrauch der derzeitigen Gesetzeslage kommt. Die Anpassung des Sozialhilfegesetzes an die vorhandenen Anforderungen wurde bereits in der vergangenen Legislaturperiode, nämlich in der 21. Sitzung des NÖ Landtages,

und zwar exakt am Donnerstag, den 18. November 1999, vorgenommen. Ein bereits über 25 Jahre altes, 13 mal novelliertes Gesetz, wurde zur Gänze überarbeitet und in ein anwendungsfreundliches und sehr, sehr modernes Gesetz umgewandelt.

Wenn man sich in das Gesetz einliest, kommt man rasch zu der Überzeugung, dass hier bei der Neugestaltung wirklich alles wohl durchdacht und auch überarbeitet wurde. Kurz gesagt, es wurde eigentlich nichts dem Zufall überlassen.

Die Bedarfslage wurde ermittelt, die Effizienz gesteigert sowie die Einzelbetreuung in den Vordergrund gestellt. Besonderes Augenmerk wurde vor allem auf die Entwicklung der zukünftigen Altersstruktur gerichtet. Den Menschen, welche immer älter werden und damit auch gebrechlicher, sind auf die Pflege und vor allem auf hochqualifiziertes Personal geradezu angewiesen.

Sich an den weisen Spruch: „Ein Volk, welches auf seine Alten vergisst, hat keine Zukunft“ anlehnend, hat man in Niederösterreich ein modernes, aber vor allem auf die Menschen maßgeschneidertes Sozialhilfegesetz geschaffen.

Ich glaube daher, dass die Änderung des Sozialhilfegesetzes 2000 im Besonderen dahin zielt, dass wir hier in Österreich in einem Land mit hohem Wohlstand leben. Aber es viele gibt, die daran nicht teilhaben können. Und es gibt berechtigte Befürchtungen, dass ab dem 1. Mai 2004 von den neuen EU-Ländern eine große Anzahl von Menschen die derzeitige Gesetzeslage für sich nützen könnte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir ein zusätzliches Problem, und zwar von Seite der jetzigen Bundesregierung zu erwarten haben. Ich will weder schwarz malen noch gar in Demagogie verfallen. Aber eines kann man schon bemerken: Dass es immer öfter eine Ankündigungspolitik gibt, wo bei den gegebenen Versprechen für einen genauen Beobachter, welcher diese Politik im Auge behält, eines rasch klar wird: Nämlich, dass die Versprechen, welche für unsere Bürger und unser Land von Vorteil sind, regelmäßig zum Zeitpunkt der Einlöse vergessen sind. Und die Ankündigungen, in welchen immer wieder Verschlechterungen enthalten sind, mit Sicherheit zum Tragen kommen.

Mit Schaudern und Besorgnis sehe ich der Tatsache entgegen, dass schon allzu oft von Seite der Bundesregierung die Notstandshilfe angesprochen wurde. Welche bewusst in eine Sozialhilfe umgewandelt werden soll. Und der Grund dafür,

geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liegt eindeutig auf der Hand: Nicht der Bund, sondern Länder und Gemeinden sollen die Finanzierung übernehmen. Dass man damit die Gemeinden, welche finanziell bereits völlig ausgeblutet sind, in eine unmoralische, vom Zaun gebrochene Finanzkrise treibt, ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass Menschen, Bürger und Bürgerinnen unseres Landes, welche ein Leben lang rechtschaffene Staatsangehörige waren und für die Entwicklung unseres Landes gearbeitet, hart gearbeitet haben, zu Bittstellern degradiert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages! So etwas darf nicht passieren! So einfach kann sich diese Bundesregierung nicht aus der Verantwortung stehlen. Dagegen muss sich das Land Niederösterreich, und das mit aller Kraft und vor allem überparteilich, zur Wehr setzen. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern auch schuldig.

Als Mensch und als bekennender Sozialdemokrat, sehr geschätzte Damen und Herren des Hohen Landtages, schlagen gerade in sozialen Belangen zwei Herzen in meiner Brust. Eines, welches seinen Antrieb aus dem Gefühlsleben heraus bekommt und das mir sagt, eigentlich sind wir verpflichtet, allen Menschen in Not zu helfen. Das zweite wird angetrieben aus einer sich ergänzenden Symbiose von Vernunft und Realität, in welcher die Machbarkeit, aber vor allem die Finanzierung eine übergeordnete Rolle spielen.

Und ich glaube, geschätzte Damen und Herren, liebe Freunde, dass Machbarkeit und Finanzierung in dieser Frage der Abänderung des Sozialhilfegesetzes einen unmittelbaren Zusammenhang mit Vernunft und Verantwortung haben. Und ich gehe davon aus, dass in dem Schreiben von Herrn Dr. Heinz Zimper, seines Zeichen Bezirkshauptmann des Bezirkes Wr. Neustadt, meines Heimatbezirkes, vom 25. März 2004 an die NÖ Landesregierung mitgeteilt, die Gefahr der massiven Zuwanderungen von Volksgruppen aus der Slowakei nach dem 1. Mai nach Niederösterreich als sehr wahrscheinlich ist. Er, Bezirkshauptmann Dr. Heinz Zimper, hat diese mündliche Information durch die Fremdenpolizei, nämlich dass Angehörige von Volksgruppen bereits über die Sozialhilfeleistungen in Niederösterreich informiert sind.

Damit besteht die akute Gefahr eines sich abzeichnenden Sozialtourismus in Niederösterreich. Und es wäre weder im Sinne des Gesetzgebers noch im Sinne der Menschen, und das deshalb

nicht, weil jeder Bürger letztendlich die geschaffenen Sozialleistungen selbst finanziert und zwar in Form von Steuerabgaben. Daher wird es einer der wichtigsten Aufgaben des Landes Niederösterreich sein, die erwirtschafteten Gelder bestens anzulegen und diese auch bestens zu verwalten.

Wir Niederösterreicher dürfen auch davon ausgehen, dass Personen, welche in Not geraten sind bzw. auf Sozialleistungen angewiesen sind, von ihrem eigenen Staat ordentlich unterstützt werden. Und sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir anzumerken, dass es für mich persönlich ein Kriterium für den EU-Beitritt wäre, dass Menschen in den Beitrittsländern mit den Grundbedürfnissen, welche man zum Leben braucht, auch im eigenen Land versorgt und gut ausgestattet werden.

Denn dies wäre meiner Ansicht nach eine grundlegende Voraussetzung für eine gedeihliche, aber auch für eine menschliche Zusammenarbeit in der EU. Mit der Bestimmung soll sichergestellt werden, dass nur EU-Bürger, die Arbeitnehmer oder selbständige Personen, denen dieser Status erhalten bleibt, oder ihre Familienangehörigen einen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen können. Alle anderen EU-Bürger haben nur Anspruch auf Sozialhilfe wenn sie sich regelmäßig länger als drei Monate in Niederösterreich aufhalten. Nur EU-Bürger, die in einem Mitgliedstaat zu einem Daueraufenthalt bzw. zu einer Niederlassung berechtigt sind und EU-Bürger, die Arbeitnehmer oder Selbständige sind, müssen den Staatsbürgern des Aufenthaltsstaates völlig gleichgestellt sein.

Kurzum auf den Punkt gebracht kommt hier das Diskriminierungsverbot zur Anwendung. Der Anspruch auf Sozialhilfe wird im § 46 Fremdenengesetz zur Niederlassung und somit zu einem dauernden Aufenthalt in Österreich ausdrücklich nur für EU-Bürger geregelt.

Die Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993 geht konform mit der Regelung des Sozialhilfegesetzes 2000. Es sind die gleichen Kriterien bestimmend und daher auch ausschlaggebend.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie können davon ausgehen, dass wir der Änderung des Sozialhilfegesetzes sowie der Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes unsere Zustimmung geben werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Schittenhelm.

Abg. Schittenhelm (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Die Niederösterreicher verfügen über ein dichtes und hochqualifiziertes soziales Netz, das wir natürlich auf die Bedürfnisse der Menschen in unserem Land und auch der Menschen die zu uns kommen abgestimmt haben. Und sich natürlich widerspiegelt im Sozialbudget des Bundeslandes Niederösterreich.

Erlauben Sie mir daher kurz darauf zu verweisen. Immerhin ist der Sozialbereich im NÖ Landesbudget im Jahr 2004 mit über 473 Millionen Euro dotiert. Das sind immerhin 10,3 Prozent des Gesamtbudgets. Und der klassische Anteil, nämlich die Sozialhilfe und sonstige soziale Leistungen beläuft sich immerhin auf 29 Millionen Euro, das sind 6,1 Prozent des Sozialbudgets. Wobei die allgemeine Sozialhilfe wie Krankenhilfe, Hauskrankenpflege, Pensionisten- und Pflegeheime, Strukturmittel des NÖGUS, Investitionsförderungen etc. immerhin eine Gesamtsumme im Sozialbudget von 313,375.000 Euro ausmachen.

Und ein ganz großer und wesentlicher Brocken im Sozialbudget unseres Landes ist natürlich der Pflegebereich, der sich immerhin mit 54 Millionen Euro zu Buche schlägt. Warum sage ich das? Weil ich damit noch einmal bewusst machen möchte, dass wir es sind hier im Hohen Haus, und es an uns liegt und in unserer Verantwortung, alles zu tun um diese sozialen Leistungen in ihrer Qualität und vor allem auch in ihrer Finanzierbarkeit weiterhin zu gewährleisten und sicherzustellen.

Und für uns in Niederösterreich gibt es als NÖ Volkspartei eine klare Zielsetzung: Alles zu tun, jene zu unterstützen und jenen Hilfe zu geben die es brauchen und ihnen alle diese Hilfe zu ermöglichen, möglichst unbürokratisch. Genauso aber auch alles zu unternehmen um Missbrauch und Sozialtourismus, der zu Lasten der wirklich Betroffenen geht, zu verhindern und hintanzuhalten.

Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, sind wir uns einig - die Grünen sind dagegen - dass es wichtig und richtig ist, das jetzige sehr gute Sozialhilfegesetz Niederösterreichs zu novellieren. Unser jetziges Sozialhilfegesetz sieht im Gegensatz zu anderen Bundesländern eine Gleichstellung von EWR-Bürgerinnen und -Bürgern und österreichischen vor, wenn diese einen

Wohnsitz vorweisen bzw. sozial bedürftig sind. Ein leichtes Unterfangen also. In allen anderen Bundesländern sind die EWR-Bürger nur dann den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern gleichgestellt wenn sich diese rechtmäßig nach dem Fremdenengesetz in Österreich aufhalten.

Nun, mit einer neuen EU-Richtlinie, die am 10. März dieses Jahres in Kraft getreten ist, hat sich hier einiges geändert. Denn diese EU-Richtlinie besagt das Recht aller Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten und damit natürlich auch bei uns in Österreich frei zu bewegen und aufzuhalten. Es soll auch so sein. Und diese EU-Richtlinie sagt auch, dass jeder Staatsbürger, ab 1. Mai dieses Jahres natürlich auch unserer neuen Mitgliedsländer, unserer Nachbarländer, keine fremdenrechtlichen Bewilligungen mehr für ihren Aufenthalt in Österreich brauchen. Das heißt, es fällt hier diese Kontrolle weg.

Und daher meine ich, dass es eine absolute Notwendigkeit ist, unser Sozialhilfegesetz in der Form zu ändern und auch das Pflegegeldgesetz aus dem Jahr 1993, damit hier die Rechte der EWR-Bürger und österreichischen Bürger neu geregelt werden.

Es wurden hier die Details schon genannt. Hohes Haus! Mit dieser Regelung wollen wir niemanden in eine Ecke treiben um zu sagen wir helfen nicht. Ganz im Gegenteil! Mit dieser Regelung soll dem Sozialtourismus, vor allem aus den neuen Mitgliedstaaten, Einhalt geboten werden. Denn wir wissen natürlich, dass diese neuen Mitgliedsländer, diese neuen Staaten in der Europäischen Union bei weitem nicht jenes soziale Netz haben wie es bei uns vorzufinden ist. Denn bei den bisherigen EU-Mitgliedsländern hat sich diese Frage nicht gestellt, weil diese ein ähnlich gutes Sozialsystem aufweisen wie Österreich, speziell Niederösterreich auch.

Und da ist die Zielsetzung unseres NÖ Sozialhilfegesetzes ganz einfach in der Form zu verstehen, jenen zu helfen die es brauchen und nicht jene aufzufangen, die ganz bewusst und berechnend unsere sozialen Leistungen, weil es diese in ihren Heimatländern nicht gibt, versuchen in Anspruch zu nehmen und daher ausschließlich und zu diesem Zwecke in unser Land einreisen und nach Konsumation wieder ausreisen.

Hohes Haus! Wir alle wissen, dass sich auf Grund der hohen Lebenserwartung, aber auch auf Grund der ständigen Steigerung - dafür stehen wir - der Qualität sowohl im Gesundheits- als auch im Sozialbereich die Kosten stetig nach oben schrau-

ben. Daher ist der Einsatz der Mittel effizient und effektiv vorzunehmen um jenen, wie ich schon sagte, die es brauchen, helfen zu können. Aber genauso ist alles zu tun um den Missbrauch zu verhindern. Wir stehen mit der Änderung in unserem NÖ Sozialhilfegesetz ganz klar zu den Richtlinien der Europäischen Union und Grundfreiheiten. Wir sagen damit aber auch ein klares Nein zum Sozialtourismus und wir sagen ein klares Ja zu all jenen, die unsere Hilfe brauchen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte Sie ersuchen und gleichzeitig den Antrag stellen, dass in beiden Gesetzesentwürfen zum Sozialhilfe- und Pflegegesetz der Buchstabe „Ö“ in lit. b durch das Wort „Österreich“ ersetzt wird (*liest*):

„Antrag

der Abgeordneten Schittenhelm, DI Eigner, Nowohradsky, Lembacher, Hinterholzer und Doppler zum Antrag der Abgeordneten Schittenhelm und Vladyka betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000, Ltg.-209/A-1/13-2004.

Der Gesetzesentwurf betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000, in der vom Sozialausschuss beschlossenen Fassung wird wie folgt geändert:

Im § 4 Abs.2 Z.4 lit. b wird der Buchstabe ‚Ö‘ durch das Wort ‚Österreich‘ ersetzt.“

Und sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf weiters einen Resolutionsantrag betreffend Änderung des § 13 Bundespflegegesetz einbringen. Ihnen allen ist bekannt, und ich darf hier das nur in verkürzter Form wiedergeben (*liest*):

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Schittenhelm und Vladyka zum Antrag der Abgeordneten Schittenhelm u.a. betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000, Ltg. 209/A-1/13-2004, betreffend Änderung des § 13 Bundespflegegeldgesetz (BPGG).

Wenn BezieherInnen eines Bundespflegegeldes auf Kosten oder unter Kostenbeteiligung eines Landes, einer Gemeinde oder eines Sozialhilfeträgers in einer Einrichtung stationär gepflegt werden, geht für diese Zeit der Anspruch auf Pflegegeld bis zur Höhe der Verpflegungskosten, höchstens jedoch bis zu 80 % des Pflegegeldes auf den Kostenträger (Sozialhilfeträger) der Pflege über. Für die Dauer des Anspruchsübergangs gebührt der pflegebedürftigen Person ein Taschengeld in der Höhe von 10 % des Pflegegeldes der Stufe 3.

Bei allen Heimunterbringungen auf Kosten der Sozialhilfe werden 10 % des Pflegegeldes (= Differenz zum Pflegegeldtaschengeld von € 41,40 und den 20 % Anteil des Pflegegeldes) ruhend gestellt. Diese 10 % ruhend gestelltem Pflegegeld verbleiben dem Bund. Da Heimunterbringungen auf Kosten der Sozialhilfe im Regelfall erst ab Stufe 3 des Pflegegeldes erfolgen, gehen dem Sozialhilfeträger in NÖ dadurch ca. € 6,5 Mio. pro Jahr verloren.

Bei Einführung des 7-stufigen Pflegegeldes im Jahr 1993 wurde der Mehraufwand für das Bundespflegegeld mit knapp 7 Mrd. Schilling angegeben. Durch die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge wurden die Mehrkosten für das Bundespflegegeld jedoch ausgeglichen. Im Gegensatz zum Aufwand für das Bundespflegegeld erhöht sich jedoch der Aufwand für das Landespflegegeld jährlich (Altersstruktur). Dieser Aufwand ist zur Gänze aus dem Sozialbudget der Länder zu finanzieren.

Durch den Wegfall der ‚Ruhestellung‘ eines Teiles des Pflegegeldes bei Unterbringung auf Kosten eines Sozialhilfeträgers würde sich die Eigenleistung der HilfeempfängerInnen erhöhen und somit das Sozialhilfebudget der Länder entlastet werden. Die BezieherInnen von Pflegegeld würden durch diese Änderung des § 13 Bundespflegegeld nicht schlechter gestellt werden, da ihnen weiterhin 10 % des Pflegegeldes bei einem stationären Aufenthalt als Taschengeld verbleiben. Hingegen würde damit der ungerechte Zustand, dass sich der Bund zu Lasten der Länder Mittel aus dem Pflegegeldbereich erspart, beseitigt werden.

Von den Bundesländern wird seit Jahren die Aufhebung des Ruhens des Pflegegeldes bei Aufenthalt in stationären Einrichtungen gefordert. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz würde eine Aufhebung des Differenzruhens nach § 13 BPGG zu jährlichen budgetären Mehrkosten von rund 45,4 Mio. € im Bereich des Bundes führen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung auf eine Änderung des § 13 Bundespflegegeld im Sinne der Antragsbegründung zu dringen.“

Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. Vladyka (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf mich nur ganz kurz zum Resolutionsantrag zum Wort melden. Nachdem, wie meine Vorrednerin schon gemeint hat, es mehrere Anläufe gegeben hat und dies auch ein wichtiges Thema beim Kommunalgipfel war, wo hier verschiedene Anträge hiezu eingebracht wurden, aber dieser heute vorliegende der einzige ist, wo wirklich nicht diejenigen, die diese Ansprüche haben, zum Handkuss kommen und wobei es mit der Beschlussfassung wirklich sicher gestellt werden soll, dass diese Gelder nicht im Bund verbleiben, sondern im Land hier in Niederösterreich, stimmen wir gerne diesem Resolutionsantrag zu und möchten diesem auch beitreten. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Das nächste, wir kommen zur Abstimmung. Ich beginne mit dem Änderungsantrag der eingebracht wurde von Frau Abgeordneter Schittenhelm. Er ist ausreichend unterstützt mit sieben, acht Unterschriften. Der Änderungsantrag heißt: Buchstabe „Ö“ in lit.b) durch das Wort „Österreich“ ersetzt wird. *(Nach Abstimmung über diesen Abänderungsantrag:)* Danke. Das ist die Mehrheit. Diese Korrektur ist damit durchgeführt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut der Gesetze sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 209/A-1/13 und zu Ltg. 209/A-1/13, das ist der § 34-Antrag. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Danke. Mit Mehrheit angenommen!

Und jetzt kommt noch der Resolutionsantrag der Abgeordneten Schittenhelm und Vladyka betreffend Änderung des § 13 Bundespflegegeldgesetzes. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Gegenstimmen? Frau Abgeordnete Dr. Krismer, dafür oder dagegen? *(Unruhe bei Abg. Dr. Krismer.)* Sie haben nicht mitgestimmt. *(Abg. Dr. Krismer: Es haben mehrere Kollegen nicht aufgezeigt.)*

Ich will ja nur wissen, wir müssen es ja protokollieren. Es haben alle dafür gestimmt, nur Sie haben die Hand nicht gehoben. Da darf ich Sie ja noch fragen. Sie müssen sich auf die Abstimmung konzentrieren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe alle Hände in der Höhe gesehen, nur Ihre beim einen Mal nicht und beim anderen Mal nicht. Und deswegen habe ich gefragt ... *(Unruhe bei den Grünen.)*

Das ist ja nicht wahr. Sie sitzen daneben, ja. Aber Sie sehen trotzdem nicht alles! (Beifall bei der ÖVP.- Weiterhin Unruhe bei den Grünen.)

Ich möchte Sie aufmerksam machen, dass das einen Ordnungsruf verdient wenn Sie sagen das ist ein Witz was der Herr Präsident hier durchführt. Ich habe abstimmen lassen und habe in aller Höflichkeit gefragt die Frau Abgeordnete Dr. Krismer ob sie jetzt dafür oder dagegen ist, weil sie weder das eine noch das andere Mal aufgezeigt hat. Und das

war die einzige Stimme die hier gefehlt hat. Und jetzt will ich wissen, wie die Frau Abgeordnete gestimmt hat. Dafür, für den Resolutionsantrag oder dagegen? (Abg. Dr. Krismer: Dafür!)

Dafür. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen! Und der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt. Die Tagesordnung auch der gesamten Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekannt gegeben. Es ist jetzt 19.53 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung um 19.53 Uhr.)